
KURDISTAN
REPORT
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten
Nr. 138 Juli/August 2008 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 138 Juli/August 2008 berichten wir über:

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
4.-Zilan-Frauenfestival in Gelsenkirchen
Foto: Annett Bender

Rückseite:
Rodi Khalil – ohne Titel
Foto: Annett Bender

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



„Es reicht, wir wollen eine Lösung“, Friedensdemo am 1. Juni in Istanbul Foto: DIHA



Vertrocknete Felder erschweren das Leben der Menschen in Kurdistan Foto: DIHA



Der Protest gegen das Ilisu-Staudammprojekt wird von immer mehr Menschen getragen Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

das Ihnen vorliegende Heft wurde genau zu der Zeit der Fußball-Europameisterschaft erstellt. Es ist zu beobachten, wie Fußball und Nationalismus eng miteinander verknüpft werden. Überall sind Fahnen zu sehen, nach einem Spiel sind die Straßen überschwemmt von einem Fahnenmeer und nationalistischem Geschrei. In den türkischen Medien wird der Fußball zum Anlass genommen, um den Nationalismus durch Werbespots und Musikclips zu verstärken. In Deutschland kam es auch zu Angriffen von türkischen Nationalisten auf kurdische Menschen und Arbeitsplätze. Auch im 21. Jahrhundert stellt der Nationalismus die größte Gefahr für die Menschheit dar. Denn der Nationalismus spaltet, erklärt andere zum Feind und Gegner. Die Parole nach dem 2. Weltkrieg *Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!* muss wieder belebt und weltweit erhoben werden. Dies ist die Aufgabe, die sich Demokraten, Antifaschisten und Linke stellen müssen.

Parallel zu den anhaltenden Militäroperationen in Kurdistan verschärft sich die politische Krise. Das Verfassungsgericht beschleunigt das Schließungsverfahren gegen die Regierungspartei AKP wie auch gegen die DTP. Während die DTP am 26. Juni mündlich Stellung zur Sache beziehen wird, ist am 3. Juli die AKP an der Reihe. Das Urteil des türkischen Gerichts wird bis zum August erwartet.

Die bevorstehenden Kommunalwahlen in der Türkei werden von diesen Verfahren beeinträchtigt werden. Schon jetzt wird über vorgezogene Kommunalwahlen spekuliert. Die derzeitige Regierungspartei hat mit dem Wahlkampf bereits begonnen. Die Reise Erdoğans nach Diyarbakır,, um sein angeblich neues ökonomisches Lösungspaket vorzustellen, muss so bewertet werden. Es ist sein Versuch, den Imageverlust seiner Partei in Kurdistan aufzuhalten und die Wählerstimmen wiederzugewinnen.

In den vergangenen zwei Monaten gingen Kurdinnen und Kurden mit verschiedensten Forderungen auf die Straße: Friedensdemos, Großdemonstration für die kurdische Sprache, massenhafte Selbstbezichtigungen „Ich zeige mich selbst an, weil ich ‚verehrter Herr Öcalan’ sage“, aber auch Kundgebungen gegen die Dürre und gegen die falsche Agrarpolitik des Staates wurden und werden organisiert. Die Dürre in diesem Jahr hat das ohnehin harte Leben der Menschen in der Türkei und Kurdistan weiter erschwert. Die Ernte ist schwer davon betroffen. Neben der allgemeinen globalen Klimaerwärmung ist auch die bewusst falsche Politik der Regierungen verantwortlich für diese ökologische Katastrophe. Daher sind Kurdinnen und Kurden äußerst skeptisch, was das Wirtschaftsprojekt Erdoğans betrifft. Der türkische Ministerpräsident will ein Jahrhundertprojekt zur ökonomischen und sozialen Entwicklung des kurdischen Südostens mit großen Schritten vorantreiben. Dies verkündete der Regierungschef in der vor ausgesuchtem Publikum gehaltenen Rede in Diyarbakır. Zu den ehrgeizigen Zielen gehören die Schaffung neuer Einkommensquellen für 3,8 Millionen Menschen und eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in der Region um 209 Prozentpunkte. Für das seit Jahrzehnten bestehende sogenannte Südostanatolien-Projekt (GAP) sollen allein in diesem Jahr 1 Milliarde Lira (umgerechnet rund 500 Millionen Euro) zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Bis 2012 sollen die meisten Projekte fertig sein. Aber die Menschen wissen, dass die Dürre eng mit den Staudämmen zusammenhängt und Wasser als Waffe gegen die Kurden eingesetzt wird. Deswegen verstärkt sich auch der Widerstand gegen diese Großprojekte wie in Hasankeyf. Dies zu unterstützen ist auch in Europa möglich. Aktivitäten sind in vielen Ländern in Vorbereitung – Unterstützung ist angesagt.

In diesem Sinne einen guten aktiven Sommer wünscht die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Eine kleine Hoffnung, die inmitten von Krisen aufkeimt!

Hüseyin Aykol

Ich habe meinen Teil des Schulungsprogramms für Praktikanten und Auszubildende der *Dicle-Nachrichten-Agentur* DIHA beendet und warte auf dem Flughafen von Diyarbakır auf meinen Flieger nach Ankara. Der Anzeigetafel im Warteraum nach ist unser Flugzeug bereit, aber wir werden nicht ins Flugzeug gelassen. Wir fragen die Zuständigen nach dem Grund für die Verspätung. Sie antworten uns, dass sie es ebenfalls nicht wissen. Ich habe den ganzen Tag für die Praktikanten ein Seminar über Journalismus gegeben und bin vollkommen erschöpft. Ich möchte daher so schnell wie möglich nach Ankara in meine Wohnung und mich ausruhen. Ich hasse es ohnehin, grundlos zu warten, aber mich regt die Verspätung wegen meiner Erschöpfung noch mehr auf.

Später erfahren wir den Grund für die Verspätung. Dieser Flughafen ist eigentlich ein Militärflughafen, aber er wird auch für Zivilflüge benutzt. Daher haben Militärflugzeuge Vorrang. Auf einmal heben mit großem Lärm Militärjets vom Flughafen ab. Eins, drei, fünf, es sind ungefähr zehn, nehme ich an. Der Warteraum, wo wir uns befinden, bebt, als würde ein Erdbeben ausbrechen. Ich habe Angst, dass alle Fenster zerbrechen, aber zum Glück passiert nichts. Ich sehe mich um und erblicke Gesichter, die aussehen wie „drei Tage Regenwetter". Es sind auch einige junge Männer darunter, die ausgedient zu haben scheinen. Sie sehen aus, als würden sie am liebsten im Erdboden versinken. Nicht nur die Bewohner von Diyarbakır, sondern auch sie wissen ganz genau, welche Konsequenzen das hat.

Die Jets heben ab um zu töten, um tonnenweise Bomben auf Menschen abzuwerfen. „Die Feinde" sind am selben Ort. Die Militärflugzeuge fliegen, um die nächsten Verwandten der Menschen, die in Diyarbakır leben, zu töten, ihre Söhne und Töchter, ihre Nichten und Neffen. In Diyarbakır heben Flugzeuge ab. Die Soldaten, die mit heiler Haut ihren Militärdienst abgeleistet haben und nun die Chance besitzen, in ihre Häuser zurückzukehren, wissen, warum diese Flugzeuge abfliegen. Ob sie sich freuen, ist ihnen nicht aus ihren Gesichtern abzulesen. Sie sehen noch immer wie Schlafwandler aus. Wer weiß, vielleicht ist ihr Militärdienst noch gar nicht beendet. Vielleicht sind sie nur auf Urlaub und wenn sie zurückkehren, werden sie sterben. Nachdem die Jets abgehoben und davongeflogen sind, lassen sie uns in unser Flugzeug. Wir kommen in Ankara zwar heil, aber seelisch völlig am Ende an.

Große Zweifel an der militärischen Berichterstattung

Nach einigen Tagen gibt der Generalstab eine Erklärung bezüglich der Bombardierungen der oben genannten Jets ab: „Wir haben so viele ‚Terroristen' getötet, wir haben so viele Höhlen bombardiert usw." Nachdem die USA grünes Licht erteilt hatten, haben türkische Kampfflugzeuge mit der Bombardierung der Stellungen der PKK in Südkurdistan begonnen. Diesen Luftangriffen folgte dann auch noch eine Bodenoffensive. Die Erklärungen in den ersten Tagen der Luftangriffe hatten bei einigen Kreisen großes Aufsehen erregt. Aber die anschließende Niederlage der Bodenoffensive hat sogar die nationalistischen Kreise wie die MHP und CHP entrüstet. Mit der Zeit begann auch die Öffentlichkeit, an einem Erfolg der Luftangriffe zu zweifeln.

Einige Kreise listeten die vom Generalstab erklärten Verluste der Guerillas hintereinander auf und kamen zu dem Schluss, dass mindestens die Hälfte der Guerillakräfte getötet sein müsste. Sie schrieben sogar, dass, wenn es so weitergehe, schon nach einigen Monaten die gesamte Guerilla vernichtet sein würde. Aber keiner freute sich. Denn die Menschen hatten angefangen zu begreifen, dass die Zahlen sehr aufgebauscht waren. Sogar Mehmet Ali Birand *[einer der bekanntesten türkischen Kolumnisten*] zeigte Mut und schrieb: „Nur, um dem Militär Moral zu geben, haben wir diese Zahlen ebenfalls veröffentlicht, aber es ist nicht richtig. Es ist nicht möglich, auf diese Weise etwas zu erreichen." Die AKP, die mit US-Zustimmung und mit dem parlamentarischen Beschluss für eine grenzüberschreitende Militäroperation die Berge ständig zu bombardieren begann, entlarvte ihr wahres Gesicht. Als Folge verlor die AKP schrittweise die Leih-Wählerstimmen aus der Region.

Auf der anderen Seite war die politische Tagesordnung in den Monaten April und Mai bestimmt vom Schließungsverfahren gegen die AKP. Die Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft vom 14. März 2008 wurde am 31. März vom Verfassungsgericht angenommen. Nach der Annahme der Anklageschrift gegen die AKP hat das Verfassungsgericht begonnen, die Verfahrensunterlagen zu erstellen, die den Ablauf des Prozesses beschreiben. Demnach wurde der AKP ein Monat Zeit

eingeräumt, in dem sie Stellung beziehen kann. Nach Bedarf würde der Partei noch zusätzlich Zeit bewilligt werden. Aber die AKP, die für eine schnelle Beendigung des Verfahrens ist, hat keine Zusatzzeit beantragt und ihre Vorverteidigung am 30. April 2008 eingereicht.

Daraufhin hat die Generalstaatsanwaltschaft ihre Stellungnahme zur Hauptsache dem Gericht am 30. Mai eingereicht. Es ist zu erwarten, dass auch die AKP bis Mitte Juni ihre Stellungnahme zur Hauptsache dem Verfassungsgericht vorlegen wird. Nach diesem Vorgang werden im Verfahren die mündlichen Verlautbarungen der Staatsanwaltschaft und der AKP vor dem Verfassungsgericht vorgetragen werden. In dem Falle, dass auch dieser Teil Ende Juni abgeschlossen sein sollte, wird die Verfahrensakte dem zuständigen Berichterstatter übergeben werden, um eine Meinung zur Hauptsache einzuholen. Nachdem die Mängel in dem Bericht und in der Akte behoben sind, wird das Verfassungsgericht einen Prozesstag zur Urteilsbestimmung festlegen. Es heißt, dass das Urteil noch vor den Gerichtsferien fallen könnte. Um die AKP verbieten zu können, müssen sieben der insgesamt elf Mitglieder für die Schließung stimmen. Das Urteil des Verfassungsgerichtes vom 5. Juni, mit dem die Verfassungsänderung der AKP über das Kopftuchtragen an den Universitäten aufgehoben wurde, wird als ein klares Zeichen für die Schließung der AKP bewertet.

AKP auf dem Weg zum Verbot

Die AKP, die bei der landesweiten Wahl mit 47 % der Wählerstimmen an die Macht gekommen ist, befindet sich nun auf dem Weg der Schließung. Die EU und die USA gaben Unterstützungserklärungen für die AKP ab, die wiederum Gegenreaktionen im Land hervorriefen. Mitglieder vom Kassationshof und Verwaltungsgerichten haben sich mit einer Erklärung gegen jegliche Bemühung ausgesprochen, das Verfassungsgericht mit dem Ziel zu beeinflussen, die Schließung der AKP zu verhindern. Ein Grund hierfür liegt darin, dass sich die erwähnten Gerichte als einen Teil des „Tiefen Staates“, über der Gesetzgebung und außerhalb der Kontrolle der Exekutive, sehen. Ein anderer Grund für die Empörung war, dass ein Entwurf für eine „Rechtsreform“ bei Institutionen der EU eingereicht wurde, ohne dass er vorher im Land veröffentlicht worden war. Der Vorwurf lautete, die AKP plane, die Justiz durch Änderungen einzunehmen, genauso wie sie den YÖK (staatlicher Hochschulrat) über den Staatspräsidenten bereits eingenommen hätte. Nach der Reaktion seitens der Kassationshof und Verwaltungsgerichten wurde der besagte Entwurf auf Eis gelegt.

Nach der erwarteten Unterstützung der EU für die AKP bezüglich des Schließungsverfahrens hat Brüssel von Ankara weitere Öffnungen gefordert. So wurde z. B. gesagt: „Jetzt nehmt die notwendigen Veränderungen in Artikel 301 des Türkischen Strafgesetzbuches vor!“ Daraufhin hat die Regierung die in aller Eile gemachten Veränderungen des Artikels 301 so dargestellt, als wären die von der EU bemängelten Auswüchse aus der



Demonstration des *Friedensrats Türkei* am 1. Juni 2008 in Istanbul — Foto: DIHA

Welt geschafft. Nach der Veränderung muss jetzt der Staatspräsident bei der Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 301 seine Einwilligung erteilen. D. h. gegen prominente Persönlichkeiten, deren Verurteilung in der Welt einen Wirbel auslösen würde, wird kein Verfahren eingeleitet werden, aber die Verurteilung „normaler" Menschen wird weiterhin anhalten. Auch hier hat die AKP eine Täuschung vorgenommen. Davon abgesehen gibt es noch eine Vielzahl von Strafgesetzen neben dem Artikel 301, die die Meinungsfreiheit einschränken.

Journalisten = Terroristen

Zum Beispiel befinden sich annähernd 30 Journalisten im Gefängnis. Weil gegen sie nach Anti-Terror-Gesetzen ein Verfahren eingeleitet wurde, gelten sie nicht als Journalisten, sondern werden wie Terroristen behandelt. Zuletzt wurde der Redaktionschef der Tageszeitung „Yedinci Gün" mit dem Vorwurf, „einer terroristischen Organisation geholfen zu haben", verhaftet. Wurde in seiner Wohnung jemand abgefangen? Nein. Wurde in seiner Wohnung oder an seinem Arbeitsplatz eine Waffe gefunden? Nein. Was also war sein Vergehen? Journalismus. Wie wird jemand, der als Journalist tätig ist, zu einem „Terroristen" oder zum Unterstützer von „Terroristen"? Es ist eigentlich der Staat selbst, der Gewalt anwendet. Alle Zeitungen, die in der Tradition der freien Presse stehen, werden schon am ersten Erscheinungstag für 15 oder 30 Tage geschlossen. Es handelt sich hierbei eigentlich um Zensur. Zeitungen werden als brenzlig eingestuft, bevor sie überhaupt erscheinen. Nicht nur wir sagen, dass dies Zensur ist, sondern auch der ehemalige Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer. Sein Antrag vor dem Verfassungsgericht mit der Forderung, die Gesetzesänderungen zu diesem Thema zu annullieren, wartet darauf, behandelt zu werden.

Die AKP im Umfragetief

Die neue Phase der AKP, deren Regierungsfähigkeit nach der Eröffnung des Schließungsverfahrens sehr gesunken ist, und die Entwicklungen in der Weltkonjunktur bewirken einen Anstieg der Inflation. Diese ist bei den Herstellungs- und Verbraucherpreisen erneut auf zweistellige Zahlen gestiegen. Auch aus diesem Grunde ist die Unterstützung für die AKP um 40 % gesunken. Dieser Rückgang geht aus Umfragen hervor. Als Reaktion auf das Umfragetief scheint die AKP erneut ihr Gesicht dem kurdischen Volk zugewandt zu haben, um aus ihrer Ausweglosigkeit herauszukommen. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan ist Ende Mai nach Diyarbakır gereist und bekundete, was seine Regierung alles im Rahmen des südostanatolischen Staudammprogramms GAP machen würde. Die AKP, die seit Jahren Regierungspartei ist und bislang nichts für die Menschen dort unternommen hat, erinnert sich auf einmal an die Region. Aber die Bevölkerung in der Region sieht die AKP für unglaubwürdig an, die gegen die Dürre nichts unternommen hat, die den Menschen große Schwierigkeiten bereitet. Zudem ist die Entscheidung, einen Sender der staatlichen Fernsehkanäle TRT den ganzen Tag für kurdische Sendungen – pardon, für lokale Sprachen außerhalb der türkischen – zur Verfügung zu stellen, nicht als ein Schritt des guten Willens, sondern als ein ideologisches Propagandamittel gegen bestehende kurdische Fernsehsender, allen voran ROJ-TV, gesehen worden.

Aktiver Friedensrat

Nach der AKP ist die CHP in die Region gereist, um ihre am Nullpunkt angelangte Zahl an Wählerstimmen zurückzugewinnen. Deniz Baykal sagte während seiner Reise: „Ethnischer Ursprung ist eine Ehre; der Staat ist stolz auf den ethnischen Ursprung seiner Staatsbürger." Der CHP-Parteivorsitzende Baykal versprach zudem, öfter die Region zu besuchen. Aber weder die engagierte Zivilgesellschaft hat Baykal und seine Begleitung ernst genommen noch gewöhnliche Menschen. Wenn Sie fragen sollten, ob trotz dieses negativen Ablaufs sich in der Türkei etwas Positives entwickelt, wird meine Antwort lauten: Ja, es gibt auch Positives. Zum ersten Mal hat der *Friedensrat* in der Türkei, der seit zwei Jahren Versammlungen hinter verschlossenen Türen durchgeführt hat, unter offenem Himmel eine Veranstaltung abgehalten. Zehntausende Menschen aus unterschiedlichen Kreisen und Schichten folgten dem Aufruf des *Friedensrates* und kamen am 1. Juni 2008 auf dem Platz von Kadiköy in Istanbul unter dem Motto zusammen: „Es reicht! Wir fordern eine demokratische Lösung für die kurdische Frage." Trotz allem gibt es Hoffnung in diesem Land. Vorausgesetzt, Bemühung und Anstrengung sind da! ♦



Foto: DIHA

Artikel 301 muss weg!

Gemeinsame Erklärung der Menschenrechtsplattform, bestehend aus IHD, Helsinki Citizens' Assembly, Mazlum-Der und ai-Türkei

Der von der AKP-Regierung am 7. April 2008 an das türkische Parlament eingereichte Gesetzesentwurf bezüglich der Veränderung des Artikels 301 des Türkischen Strafgesetzbuches ändert nichts an der Tatsache, dass dieser Artikel ein Hindernis für die Meinungsfreiheit darstellt, wie aus den Daten des Justizministeriums für 2006 und die ersten drei Monate von 2007 auch zu ersehen ist, wonach deswegen 2724 Personen, davon 14 Kinder, auf der Anklagebank saßen.

Die Änderung des Artikels wird damit begründet, dass die Meinungsfreiheit unter den Grundrechten und -freiheiten bereits in der Verfassung verankert sei. In der Auslegung heißt es, dass in Artikel 10 der Internationalen Menschenrechtsdeklaration, in Artikel 10 des Europäischen Menschenrechtsabkommens und in den Artikeln 25 und 26 der Verfassung ausreichende schützende und regelnde Beschlüsse vorlägen. Trotzdem widerspricht der neue Inhalt des Gesetzes der Auslegung.

Die Demokratie stellt einen Rahmen dar, in dem keine Institution – öffentliche Institutionen mit eingeschlossen –, kein Begriff und keine Ideologie tabuisiert wird. Der Inhalt des Artikel 301 führt unausweichlich zu einer Tabuisierung der Werte und Institutionen, die er absichert. Die in den vergangenen Jahren durch diesen Artikel eröffneten Verfahren zeigen, dass gerade diese Denkweise gewirkt hat. Diese Tabuisierungen verleihen dem Regime ein autoritäres Wesen und lassen das Gleichgewicht zwischen den Freiheiten und der Ordnung zum Nachteil der Freiheiten kippen. Die vorgeschlagene Änderung des Artikel 301 hebt das momentan herrschende Tabu-Denken nicht auf.

In dem Vorschlag wird die Höchststrafe von drei auf zwei Jahre reduziert und der Bewährungsstrafe angeglichen. Dadurch liegt die Freiheitsberaubung der Menschen, die auf Grund dieses Artikels verurteilt werden, im Ermessen des Richters. Wenn jedoch in der Bewährungszeit eine ähnliche Tat geahndet wird, muss die Person sowohl die erste als auch die zweite Strafe verbüßen. Diese Regelung schränkt nicht nur die Meinungsfreiheit ein, sondern setzt schon die Gedankenbildung einer Autozensur aus.

Weiterhin ist eine Veränderung der Begriffe „Türkentum" und „Republik" in „türkische Nation" und „türkische Republik" vorgesehen. Aus den Anklageschriften der Staatsanwälte und den Beschlüssen des Kassationsgerichtshofes ist nicht schwer zu ersehen, dass die sprachlichen Veränderungen in keiner Weise den Umfang der Meinungsfreiheit erweitern. Der Begriff des „Türkentums", so wie er momentan im Artikel steht, wurde ohnehin vom Kassationsgerichtshof bis dato als die „türkische Nation" interpretiert und die Strafe danach erteilt.

Es existiert keine Erläuterung zu der Definition und dem Maßstab des Begriffes „türkische Nation". Diesen als einen ethnisch-kulturellen zu definieren, würde die Mitbürger/innen, die dieser ethnisch-kulturellen Abstammung nicht angehören, verletzen, sie angreifbarer machen und außerdem aggressiven und autoritären Neigungen den Boden bereiten. Was bis jetzt im Zusammenhang mit Art. 301 geschehen ist, bestätigt dies. Die vorgesehene Regelung wird die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten nicht nur nicht beseitigen, sondern sie weiter vertiefen. Die Gerichte, die bis in die Gegenwart ihre Strafen gemäß dem Artikel verhängten, hatten keinerlei Bedenken wegen der Definition des Begriffes „Türkentum". Es besteht kein Anlass für diese Gerichte, nun diesen Artikel neu zu verstehen und statt „Türkentum" den neuen Begriff „türkische Nation" zu gebrauchen, als ob es um etwas komplett anderes gehen würde.

Meinungsfreiheit bedeutet, die Freiheit zu haben, nicht wie der Staat zu denken; sie ist ein Grundelement und eine unverzichtbare Bedingung der demokratischen Ordnung; sie ist die Freiheit, die bestehende Ordnung zu hinterfragen und, wenn es notwendig ist, sie zu verweisen. Die individuelle Freiheit ist bedeutungslos, wenn sie nicht das Recht einschließt, Ansichten gegen die Mehrheit zu unterstützen, zu verteidigen und andere Haltungen als die der Mehrheit einzunehmen.

Die für Art. 301 StGB vorgesehene Neufassung ändert nichts an der gegenständlichen Beschaffenheit der Delikte. Das Einzige, was sich ändert, ist die Methode der Verurteilung.

Die von Art. 301 verursachten Schäden entstehen nicht nur durch die Gerichtsbeschlüsse, sondern auch durch den gesellschaftlichen Druck auf die oppositionellen Stimmen. Hrant Dink war nach Art. 301 verurteilt worden. Die Tragik liegt aber darin, dass er infolge der Stimmung, die durch das Verfahren entstand, ermordet wurde. Die vorgesehenen Anfragen beim Staatspräsidenten vor Eröffnung eines Verfahrens nach Art. 301 werden die Phase der Registrierung [*im Sinne von Akten anlegen*] nicht erleichtern, oppositionelle Namen werden noch mehr zum Angriffsziel und es ist höchstwahrscheinlich, dass der Staatspräsident auf diese Weise unter Druck gesetzt wird.

Aus diesen Gründen wiederholen wir unsere Forderung vom 8. Februar 2007, Art. 301 des Strafgesetzbuches dringend außer Kraft zu setzen. Diese von 20 000 Menschen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten und von über 100 NGOs unterschriebene Forderung reichten wir beim Präsidenten des türkischen Parlaments ein. Die Aufhebung von Art. 301 wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Besserung unseres gesellschaftlichen Rechtsgefühls sein, welches durch die Ermordung von Hrant Dink erneut verletzt wurde.

Wir möchten unsere Gedanken ohne Verbote, Ängste und Drohungen aussprechen können.

17.04.2008

Ilker Başbuğ: Wir arbeiten mit dem Iran in der Region eng koordiniert

Die Gleichung des Krieges in Kurdistan

Baki Gül, Hewler

Das Kriegskonzept des türkischen Staates hat mit der AKP-Regierung einen anderen Verlauf genommen. Die AKP-Regierung, bereitwillige Partnerin des türkischen Militärs dabei, „gegen die PKK so lange den Krieg zu führen, bis sie vollständig liquidiert ist", hat in ihrer zweiten Regierungsperiode den Krieg in Kurdistan auf die Region ausgeweitet. Der türkische Staat begrenzt die Kriegsfront nicht auf Nordkurdistan, sondern hat in Südkurdistan eine weitere Front eröffnet. Anstelle von Militäroperationen in Südkurdistan wie bis vor 1999 führt er in Nord- und Südkurdistan ununterbrochen Krieg. Dies stellt mittelfristig eine Gefahr für die Türkei dar. Es ist ein Irrtum des türkischen Staates, sich auf die zu Zeiten Saddams geschlossenen bilateralen Abkommen zu stützen und zu glauben, die südkurdischen Kräfte wie KDP und PUK beliebig nach eigenen Interessen instrumentalisieren zu können. Vor allem die Art der vom außenpolitischen Berater der AKP-Regierung Ahmet Davutoğlu geführten Diplomatie, vorhandene Widersprüche ausnutzen zu wollen, weitet die Dimension des Krieges in Kurdistan aus und treibt die Türkei in einen unberechenbaren Sumpf. Diese Gefahr wurde in der türkischen Öffentlichkeit lange nicht erkannt. Der Befehlshaber und Generaloberst der türkischen Landstreitkräfte Ilker Başbuğ umschrieb am 5. Juni 2008 in einem Interview mit einer türkischen Tageszeitung die Beziehungen zum Iran: „Wir kooperieren mit dem Iran auf geheimdienstlicher Ebene. Wir stellen gemeinsam Bewertungen an und planen unsere Vorgehensweisen. Wir arbeiten mit dem Iran in der Region eng koordiniert. Wenn sie eine militärische Offensive beginnen, starten auch wir eine parallel dazu. Wir teilen auch Informationen, auf der iranischen Seite der Grenze zum Irak führt der Iran Militäroperationen durch, auf der türkischen Seite der Grenze zum Irak wir." Generaloberst Başbuğ versäumt nicht zu unterstreichen, dass der Iran ebenfalls einen ernsthaften Kampf führt, und erläutert weiter, dass die gemeinsamen Attacken in Zukunft anhalten werden. Diese Erklärung wird die Gleichung des Krieges, den die Türkei mit US-Unterstützung in Kurdistan führt, mittelfristig verändern.

PKK und Kurden als regionale Dynamik

Die Tatsache, dass die kurdische Frage nach 2004 als ein Problem der Region definiert wird und die Dynamik der PKK sich als Ganzes im Mittleren Osten darstellt, sowie die fehlenden Neubewertungen und Analysen in der Politik des türkischen Staates sind nichts anderes als die Auswirkungen des Problems. Die Partnerschaft von AKP und türkischem Militär hat die Phase des [*PKK*-]Waffenstillstands und der Aktionsfreiheit nicht richtig genutzt. Die Türkei entwickelte sich im Gegenzug zum Zentrum des anti-kurdischen Bündnisses (im Besonderen durch seine Anti-PKK-Haltung). Dies hat zur Folge, dass sie für regionale Kräfte wie Iran und Syrien eine leicht zu instrumentalisierende Akteurin wurde. Die Kriegskoalition AKP/türkisches Militär wird mittelfristig ihre Versprechungen und Zugeständnisse an die globalen Mächte wie USA und EU bilanzieren müssen. Das Bündnis derjenigen Kräfte, die die PKK ins Zentrum ihrer Angriffe stellen, entwickelt einen antikurdischen Charakter.

Iran instrumentalisiert Türkei

Die Konsequenzen aus den Versuchen, den Widerspruch zwischen USA und Iran gegen PKK- und kurdische Belange auszunutzen, können sehr bitter auf die Türkei zurückfallen. So ist ihr z. B. die politische Rechnung für die schwere Bombardierung der PJAK-Zentrale [*PJAK: Partei des Freien Lebens Kurdistans*] durch türkische Kampfflugzeuge Anfang Mai nach dem türkisch-iranischen Sicherheitsabkommen und mit US-geheimdienstlicher und -militärischer Unterstützung noch nicht ausgestellt worden. Politischen Beobachtern in der Region zufolge wird dieser Angriff als Versuch der Türkei gewertet, die USA zu instrumentalisieren, und es ist davon auszugehen, dass die Bombardierung von Kandil vom 1. und 2. Mai 2008, die Iran und USA zusammenbrachte, in den nächsten Tagen verstärkt auf die Tagesordnung kommen wird. Denn die kurdischen politischen Gruppen werden den USA in ihren diplomatischen Gesprächen eine Erklärung abverlangen und diese könnte die Türkei in Bedrängnis bringen. Kurzum, der Iran dirigiert den türkischen Staat in diesem Krieg nach Bedarf. Der politische, militärische und diplomatische Gewinn der Türkei hierbei ist aber eher von untergeordneter Bedeutung. Dieses konkrete Beispiel ist nur ein Ergebnis des Irrtums der Türkei, auf diesem glitschigen Parkett des Mittleren Ostens militärische Diplomatie zu betreiben. Bekanntlich traut die türkische Armee nach ihrer annähernd 30-jährigen Kriegserfahrung gegen die PKK dem Iran nicht. Interessant sind in diesem Zusammenhang unterschiedliche, auf den Iran abzielende, Äußerungen des

türkischen Generalstabs bezüglich des angeblichen Aufenthaltsorts des führenden PKK-Mitglieds Cemil Bayık. Indem der Iran den Anschein erweckt, er würde gegen PKK und PJAK vorgehen, um zwischen Türkei und USA Widersprüche zu schüren, entsteht objektiv die Bedingung dafür, dass die Türkei für den Iran den Auftragskiller spielt. Iran und Türkei betrachten die Politik der USA in der Region und die Kurdistanpolitik nicht von derselben Warte. Iran ist offenes Angriffsziel der USA. Des Weiteren erkennt er Südkurdistan an, hat zu den südkurdischen Parteien KDP und PUK nicht dieselben Widersprüche wie die Türkei. Zwar ist auch der Iran gegen die allgemeine Strategie einer kurdischen nationalen Einheit, aber das führt nicht automatisch dazu, dass er in allen Bereichen dieselbe Politik verfolgt wie die Türkei. Unter Berücksichtigung auch der historischen türkisch-iranischen Widersprüche lässt sich diese Politik noch treffender analysieren. Zumindest entspricht das der von politischen Beobachtern in der Region geteilten Auffassung.

Südkurden, Türkei und PKK

Die Ansicht auf der letzten Versammlung des türkischen Nationalen Sicherheitsrates, KDP und PUK im Kampf gegen die PKK zu benutzen, kommt einer taktischen Öffnung der Türkei in der Region gleich. Der plötzliche Beschluss, Beziehungen mit dem Präsidenten der kurdischen Regionalregierung Mesut Barzani zu entwickeln, obwohl türkische Generalstäbler und Politiker bis zur Zap-Phase (als die türkische Bodenoffensive im südkurdischen Zap-Gebiet eine militärische Niederlage gegen die PKK einstecken musste) nicht einmal die Namen südkurdischer Politiker in den Mund nahmen und sie bei jeder Gelegenheit erniedrigten, wird in der Region, vor allem in Südkurdistan, besonnen aufgenommen. Bei der Entwicklung dieser Beziehungen spielen die Akteure der AKP eine führende Rolle. Weil deren Politik gegenüber Südkurdistan nicht klar wird, ist es schwierig, das Resultat einer solchen angestrebten Beziehung abzuschätzen. Die jüngste Erklärung Barzanis sowie Informationen des irakischen Staatspräsidenten Jalal Talabani anlässlich der DTP-Delegation zeigen, dass sie die Instrumentalisierungsabsicht des türkischen Staates erkennen. Inwieweit sie dem standhalten werden, bleibt offen. Die gesellschaftliche Empörung in Südkurdistan über die türkische Politik ist in Gesprächen mit den Menschen auf der Straße sofort zu spüren. Auch ist man sich auf der Führungsebene von KDP und PUK bewusst, dass die Kurdistanpolitik des türkischen Staates unaufrichtig ist und auf Auseinandersetzungen zwischen den Kurden abzielt. Außerdem wird in Südkurdistan die politische Tagesordnung von einer anderen Diskussion bestimmt. „Die gesamte Welt erkennt Südkurdistan an; was soll's, wenn die Türkei uns nicht anerkennt!", wird ohne Hand vor dem Mund ausgesprochen. Ergänzend wird vor allem nach der Zap-Phase darüber debattiert, dass ohne eine Lösung im Norden keine Ruhe für Südkurdistan einkehren wird.

Wenn auch in letzter Zeit eine verschämte Politik der KDP registriert wird, so warnen sich doch die Kurden untereinander vor der Politik von AKP und türkischer Armee, vor der Provokation innerkurdischer Auseinandersetzungen.

Die zunehmende Sympathie für die PKK in Südkurdistan kann unter Umständen die Politik der Türkei und kurdische politische Gebilde, die diese Politik mittragen werden, sehr strapazieren. Diese Einschätzung entnehmen wir auch den Erklärungen aus den Führungsebenen von KCK, PKK und HPG. PKK und HPG haben für alle Teile Kurdistans dieselbe Bedeutung. Sie betonen, dass sie, wenn notwendig, gegen die in den Süden gerichteten Infiltrations- und Besetzungsbestrebungen des türkischen Staates einen noch wirksameren Kampf und entsprechende Organisierung beschließen werden. Folglich kommt das politische Klima in Kurdistan nicht den türkischen Wünschen entgegen, sondern vielmehr der Stärkung der kurdischen nationalen Einigung. Ohnehin können wir in allen Teilen Kurdistans wichtige Gespräche für die Einheitspolitik verfolgen und in diesem Zusammenhang das Beispiel aus Suleymania zur Kenntnis nehmen, wo politische Vertreter der PUK und aus Nordkurdistan beim Essen auf das Wohl des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan anstießen. Wenn man zu den innerkurdischen Beziehungen auch die mittel- und langfristigen US-Absichten mit der Region nimmt, so ist abzusehen, dass die Türkei in Südkurdistan nicht die erhofften Resultate einfahren wird. Es ist keine ferne Wahrscheinlichkeit, dass Südkurdistan – als Ergebnis der Kooperation AKP/Militär und ihrer Bemühungen um die Vereinigung aller Regionalmächte im Rahmen des anti-kurdischen Bündnisses – für die türkische Armee zur Flugverbotszone erklärt werden wird. Es kann faktisch als Inkubationsphase für den Norden Kurdistans beschrieben werden, ähnlich der Herausbildung einer autonomen Regionalregierung in Südkurdistan nach Saddam. Denn wenn die militärische Stärke, die Luftbombardements und die militärische Diplomatie der türkischen Armee erfolglos bleiben, werden im Gegenzug eine gestärkte PKK und eine unüberwindbare kurdische Dynamik entstanden sein.

Partnerschaft zwischen AKP und Militär treibt Türkei ins Unglück

Unter Berücksichtigung der Widersprüche und des Misstrauens zwischen AKP und türkischer Armee ist absehbar, dass die militärischen, diplomatischen, politischen und ökonomischen Beziehungen in Kurdistan und im Mittleren Osten die Türkei viel teurer zu stehen kommen werden als erwartet. Wer dies übertrieben findet, sollte daran erinnert werden, dass die PKK trotz der von der türkischen Armee eingesetzten modernen Technik, der internationalen Beziehungen sowie des hohen ökonomischen Einsatzes im vergangenen Jahr und in der ersten Hälfte dieses Jahres nicht zurückgedrängt werden konnte. Im Gegenteil, sie hat in allen vier Teilen Kurdistans, in der Türkei, in Europa sowohl ökonomisch und organisatorisch als auch politisch eine Entwicklung vollzogen. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, daran zu erinnern, dass alle Kräfte, die mit der Türkei kooperieren, auch um

Kontakt zur PKK bemüht sind. Die Grundlagen für einige Gespräche sind zudem sehr stabil.

Es ist bekannt, dass die Kräfte, denen die Türkei vertraut, unter der Hand anderweitige politische Kontakte pflegen. Um das nicht zu merken, muss man entweder politisch und militärisch so dreist sein wie Generalstabschef Yaşar Büyükanıt oder wie Recep Tayyip Erdoğan, der die Realität Kurdistans und des Mittleren Ostens anhand der Schreibtischtheorien des AKP-Beraters Prof. Dr. Ahmet Davutoğlu zu erfassen sucht. Dass dieser Krieg in der Türkei die besten Politiker, Ministerpräsidenten, Minister, Staatspräsidenten, unzählige Generalstabschefs und Banden verschlissen hat, schreiben die Zeitungen ganz offen.

Fazit: Die kurdische Sache hat ihren (über-)regionalen Charakter bewiesen und gezeigt, dass sie eine unüberwindbare Dynamik darstellt. Auch wenn die Türkei an Erfolge mit der gerissenen und opportunistischen Politik des Bündnisses AKP/Armee glaubt, so beginnt eigentlich eine Phase mittelfristig bedeutender und zerstörerischer Resultate für die Türkei.

Welche Entwicklungen sind möglich?

Als wir diese Fragestellung in den Bergen Kurdistans mit Vertretern von PKK, KCK und HPG diskutierten, hieß es, dass der Verlauf des Krieges AKP und türkischem Militär die Schlinge um den Hals legen werde. Die Allianz von AKP und Armee will den Krieg psychologisch gewinnen. Dies aber widerspricht der Natur und der Realität des Krieges. Denn die Krise zwischen Legislative und Exekutive in Ankara vertieft die Regimekrise. Das Schließungsverfahren gegen die AKP, der oppositionelle Widerstand auf der Straße und die nicht eingeleiteten Schritte auf dem Weg in die EU kehren den Blick der Türkei zunehmend nach innen. Aufgrund des in Kurdistan geführten Krieges wenden sich junge Menschen den Bergen Kurdistans zu. Die Beteiligung an der Guerilla wächst. Die politische Wirkung wiederum betrifft die gesamte Gesellschaft. Es wird darauf verwiesen, dass im Falle der aktiven Verteidigung der Guerilla und der Bewertung der politischen Resultate des Krieges die PKK andere Alternativen wahrnehmen könnte. Es heißt, dass die PKK das Problem prinzipiell mit der Türkei gemeinsam lösen wolle, aber das Beharren von Armee und AKP auf ihrem bisherigen Vernichtungskonzept der PKK den Boden für weitere Alternativen bereite. Diese Betonung ist aus militärischer und politischer Sicht von großer Bedeutung.

Aus militärischer Sicht bedeutet dies, dass Aktionen wie in Oramar und der Angriff auf die Militärwache Aktüten [*Zerstörung von Militärstützpunkten*] zunehmen könnten, wenn die Guerilla dazu gezwungen würde, ihre militärischen Fähigkeiten unter Beweis stellen zu müssen. Aus politischer Sicht könnte die Erkenntnis, dass die Politik von AKP und Militär keinerlei Nutzen für die Kurden hat, für diese einen totalen Bruch mit der Türkei bedeuten. Die Tatsache, dass vor allem der AKP-Vorsitzende und türkische Ministerpräsident Erdoğan die kurdische Frage noch immer als eine ökonomische und Sicherheitsfrage definiert und folglich oberflächlich agiert, weist darauf hin, dass für eine weitere Regierung das Ende gekommen ist. Diese politische Entwicklung wird als Anzeichen eines großen Unglücks für die Türkei gewertet. ♦



Militärtransport durch Hakkari, 6.6.2008 Foto: DIHA

Militärische Auseinandersetzungen im Iran nehmen zu

Grenzbewohner sollen ihre Siedlungsgebiete verlassen

Seyit Evran, ANF, Kandil, 08.06.2008

Im Ostteil Kurdistans (iranischer Teil; Anm. d. Ü.) nehmen die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den iranischen Sicherheitskräften und der PJAK-Guerilla (*Partei für ein Freies Leben in Kurdistan*) zu. Bei den Angriffen der PJAK in den letzten Monaten hat Iran große Verluste hinnehmen müssen. Der Angriff der HRK (*Befreiungskräfte Kurdistans*, militärischer Arm der PJAK) in Teheran Anfang Juni hat im Iran, im Irak und bei der kurdischen Regionalregierung (Südkurdistan, Nordirak; Anm. d. Ü.) ein großes Echo ausgelöst. Es heißt, der Iran, der seine militärischen Aktivitäten an der Grenze erhöht hat, plane, Südkurdistan bis an die Grenzen, die mit dem Abkommen von Algier(1) 1975 festgelegt wurden, zu besetzen.

Der Konflikt begann damit, dass iranische Sicherheitskräfte im März das Gebiet Kandil (im irakischen Teil Kurdistans) fast einen ganzen Monat mit Mörsern und Raketen angriffen. Infolge dieser Angriffe wurden annähernd zehn Dörfer und der ehemalige Stützpunkt der PJAK im Kandilgebiet getroffen.

Die Koordination der PJAK und das Hauptquartier der HRK riefen den Iran zur Einstellung seiner Angriffe auf, ansonsten würden sie ihr Recht auf Vergeltung nutzen, der Iran jedoch ignorierte diesen Aufruf und setzte seine Angriffe fort. Daraufhin führten HRK-Guerillas in Kirmanshah, Merwan und Sîne Warnaktionen durch. Nach diesen Aktionen erklärte die PJAK, dass sie die kurdische Frage mit dem Iran auf demokratischem Wege lösen wolle. Der Iran jedoch entwickelte eine Zusammenarbeit mit der Türkei, die auf die gemeinsame Vernichtung der Kurden abzielte. „Wir wollen keinen Krieg. Aber wir werden gegenüber den Angriffen von unserem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen“, hieß es in der Erklärung der PJAK.

April ein Monat für neue Angriffspläne

Im April unterbrach der Iran seine Angriffe zwar, nutzte diesen Monat jedoch, um neue Angriffspläne zu entwickeln. So wurde in Ankara gemeinsam mit der Türkei ein fünftägiges sogenanntes Sicherheitsallianztreffen durchgeführt, auf dem gemeinsame Aktionspläne gegen die PJAK geschmiedet wurden. In der Nacht zum 1. Mai bombardierten türkische Kampfflugzeuge, den Luftraum Irans nutzend, die Zentrale der PJAK. Bei diesem Angriff verloren vier Journalisten ihr Leben. Die PJAK machte für diesen Angriff verschiedene Staaten und regionale Kräfte verantwortlich. Am 12. Mai begann der Iran erneut, Kandil zu bombardieren. Bei diesen Angriffen wurden Grenzdörfer und Almen getroffen.

In einer Erklärung der PJAK heißt es, dass der Iran beabsichtige, Kandil menschenleer zu machen.

Am 22. Mai verloren sieben PJAK-GuerillakämpferInnen im Gebiet Soma Bradost durch eine geplante Aktion der iranischen Armee ihr Leben. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Nachdem der Iran trotz aller dringenden Mahnungen der kurdischen Seite seine Angriffe nicht einstellte, führten die HRK im Zeitraum vom 25. bis zum 31. Mai in verschiedenen iranischen Städten, Teheran eingeschlossen, Dutzende Vergeltungsaktionen durch. Bei diesen Angriffen verloren mehr als 100 iranische Soldaten ihr Leben. In Sîne und Piranşehir wurden Militärposten angegriffen. In Piranşehir wurde der Posten vollkommen zerstört. Diese Angriffe wurden auch seitens der offiziellen Nachrichtenagentur Irans bestätigt, 46 Verluste wurden eingestanden.

Iran verlagert Streitkräfte an die Grenze

Der Iran, angesichts dieser Vergeltungsaktionen der HRK sehr irritiert, setzte zwei Regimenter unter Leitung des Kommandanten Muhammed Sui in Richtung Kandil in Bewegung. Weiter wurden 10 Panzer, 200 Pasdaran (Mitglieder der iranischen Revolutionsgarden) und 100 Basitschi (paramilitärische Milizen des Iran, die sich auch aus Frei-

(1) Das Abkommen von Algier war ein am 6. März 1975 in der algerischen Hauptstadt geschlossener Vertrag, in dem der gemeinsame Grenzverlauf geregelt wurde. Hauptnutznießer des Vertrages war der Irak, da der Iran der innerirakischen kurdischen Opposition jegliche militärische und finanzielle Unterstützung entziehen musste. Als Folge des Abkommens wurden die Kurden beiderseits der Grenze jeweils ins Landesinnere zwangsumgesiedelt. 1980 verschlechterten sich die irakisch-iranischen Beziehungen dramatisch, das Abkommen von Algier wurde durch den irakischen Präsidenten Saddam Hussein aufgekündigt, am 22. September 1980 begann der Erste Golfkrieg.

willigen rekrutieren, organisatorisch eine Abteilung der Revolutionsgarden) nach Kone Lacand versetzt. Am selben Tag wurden in Sino und Nagede etwa 3 000 ausgerüstete Spay Pasdaran nach Piranşehir verlegt.

Der Militärstützpunkt in Mega Sire, in dem ein Teil dieser Sicherheitskräfte stationiert war, wurde am 31. Mai durch die Guerilla angegriffen und zerstört. Als Antwort auf diese Angriffe führte der Iran die größte Militäraktion der letzten Jahre durch. Die Bewohner von Piranşehir sagen, dass seit der Revolution im Iran zum ersten Mal wieder Panzer aufgefahren seien.

Nachdem Iran trotz Mahnung der PJAK-Zentrale seine Angriffe nicht eingestellt hatte, führte die PJAK eine Vergeltungsaktion gegen die Luftstreitkräfte in Teheran durch. Diese Aktion wurde sowohl im Iran, im Irak als auch in der kurdischen Regionalregierung mit Verwirrung aufgenommen. Mit dieser Aktion vermittelte die kurdische Bewegung dem Iran eine wichtige Botschaft.

Nach den Vergeltungsaktionen der HRK konzentrierte der Iran die Präsenz seiner Soldaten an der Grenze. Bemerkenswert ist, dass diese Soldaten zumeist Kurden sind. So stellte sich auch heraus, dass unter den durch die HRK-Aktionen ums Leben gekommenen Pasdaran viele Kurden sind.

Die ausstehende Frage ist, wie es weitergehen wird. Die verantwortlichen PJAK-Vertreter beantworten diese Frage mit den Worten: „Wenn man die Maßnahmen des Iran betrachtet, so sieht es aus, als würde die nächste Zeit sehr unruhig verlaufen.“ Der Appell des Iran an die Grenzdorfbewohner, ihre Siedlungsgebiete zu verlassen, untermauert diese Annahme.

Kandil beobachtet den Iran

Die Entwicklungen werden auch von der Bevölkerung in Kandil, der Kriege nicht fremd sind und die zahlreiche politische Parteien und Bewegungen kennengelernt hat, aufmerksam verfolgt. Es heißt, dass die PJAK sich sehr von den anderen unterscheide und der Iran daher einen Fehler mache.

Xidir Bayis, der seit Jahren im Dorf Merodo lebt und Zeuge vieler Kriege war, den Kampf vieler unterschiedlicher Organisationen kennengelernt hat, erzählt: „In diesem Gebiet haben schon viele unterschiedliche Bewegungen ihren Kampf gegen den Iran und den Irak geführt. Diese Gegend haben sie als Stützpunkt genutzt. Organisationen wie die Volksmujahedin, die KDP-Iran, die Komela, Pasok, kommunistische, sozialistische und islamistische Bewegungen haben hier Jahre verbracht. Wir hatten die Möglichkeit, diese Bewegungen aus der Nähe kennenzulernen. Auch kennen wir die PJAK. Sie ähnelt keiner dieser Parteien und Bewegungen. Ich denke, Iran irrt sich in diesem Punkt.“

Bayis erklärt, dass sich die Region seit Scheich Mahmut Berzanci[2] bis heute ständig im Krieg befinde: „Ich bin 63 Jahre alt. Ich habe mein Leben in Kandil verbracht. Ich wurde Zeuge vieler Kriege. Ich habe die Tage erlebt, an denen sich hochrangige KDPler und Komela-Vertreter hier aufhielten und von hier aus ihre Aktionen koordiniert haben. Aber nie zuvor hat der Iran dermaßen angegriffen, ohne Rücksicht auf das Volk und die Dörfer zu nehmen. Dieses Jahr haben wir unter Bombardierungen verbracht. Wir haben unsere Häuser und Dörfer verlassen. Wir leben noch immer in Zelten mit Schlangen und Skorpionen. Unsere Regionalregierung und die PUK haben auch keine Lösung für das Problem finden können.“

Bündnis zwischen Türkei und Iran

Zu den gemeinsamen Operationen von Türkei und Iran sagt Bayis: „Der heutige Iran ist ganz anders als der Iran, den ich in den Jahren zuvor kannte. Obwohl Vertreter der KDP und Komela in unsere Wohnungen kamen, hat uns der Iran nie angegriffen, und nun werden unsere Dörfer tagelang angegriffen, ohne dass sich PJAK-Kräfte hier aufhalten. Ich denke, dass der Iran seine Taktik im Sinne der Türkei gestaltet. Denn wir beobachten, dass mit den Angriffen nicht nur die PJAK und die HRK Angriffsziele sind, sondern die Kurden insgesamt. Wir sind der Auffassung, dass der Iran von sich aus so nicht handeln würde. Es müssen andere Kräfte hinter ihm stehen.“

PUK ist besorgt

In dem Krieg zwischen PJAK/HRK und iranischem Staat kristallisiert sich auch zunehmend die Position der kurdischen Regionalregierung und der PUK heraus. Die Haltung der PUK in den letzten Tagen, die die Angriffe Irans gegen PJAK und HRK direkt oder indirekt bislang unterstützt hatte, ist bemerkenswert. Obwohl sie lange Zeit gegenüber den Angriffen des Iran geschwiegen hat, versetzte sie seit dem 29. Mai die Grenzsicherheitskräfte in Alarm.

Das Schweigen der PUK wird unterschiedlich bewertet. Ein Grund wird in den Problemen der Menschen, die aufgrund der Angriffe des Iran seit drei Monaten in Zelten leben müssen, gesehen, ein anderer Grund in der Forderung des Iran, Kräfte an der Grenze zu stationieren und sich dabei auf das Abkommen von Algier von 1975 zu berufen. Das versetzt die PUK in Panik.

Das Abkommen von Algier, in dem der Grenzverlauf zwischen dem Iran und dem Irak festgelegt wurde, führte in der Folge zu einem neunjährigen Krieg zwischen den beiden Staaten.

Der Teheran-Besuch des irakischen Ministerpräsidenten Nuri El Maliki in diesem Zusammenhang ist bedeutsam. Es ist zu erwarten, dass die PUK ihre Haltung nach diesem Besuch deutlicher macht. Kurdischen Quellen zufolge wird bei dem Teheranbesuch Malikis der Iran die Verlagerung seiner Soldaten an die Grenze zur Sprache bringen. ♦

(2) 1918 war Berzanci Gouverneur über die Kurden in Silemani. Im Mai 1919 konnte er sogar die Briten aus Silemani vertreiben, wurde aber dann im Juni 1919 von ihnen geschlagen. Berzanci rief eigenmächtig am 10. Oktober 1922 das *Königreich Kurdistan* aus. Da die Briten militärisch nicht stark genug waren, duldeten sie Berzanci. 1924 wurde er dann endgültig von den Briten besiegt und all seiner Ämter enthoben. Mit ihm endete auch das *Königreich Kurdistan*. Am 9. Oktober 1956 starb er in Bagdad.

Abdullah Öcalan: seit über neun Jahren der einzige Gefangene auf Imralı

Das Recht zählt nicht

Pressekonferenz des Verteidigerteams Abdullah Öcalans, 13. Juni 2008

Auf einer Pressekonferenz in der Istanbuler Zweigstelle des *Menschenrechtsvereins* IHD hat das Verteidigerteam von Abdullah Öcalan auf die schweren Isolationsbedingungen hingewiesen, denen ihr Mandant, seit seiner Festnahme am 15. Februar 1999, ausgesetzt ist. Als Unterstützer nahmen an der Pressekonferenz die Menschenrechtlerin Eren Keskin, der DTP-Provinzverbandsvorsitzende Halil Aksoy, die Chefredakteurin der Tageszeitung „Gündem" Yüksel Genc sowie Mitglieder des IHD-Vorstandes teil.
Hatice Korkut und İbrahim Bilmez vom Verteidigerteam Öcalans sowie Rechtsanwalt Abdulbaki Boğa vom IHD-Vorstand gaben eine Erklärung zu den Haftbedingungen auf Imralı ab, die als „schwere Isolation" bezeichnet wurden:

An die Presse und die Öffentlichkeit

Abdullah Öcalan, der seit dem Februar 1999 auf der Insel Imralı in einem Ein-Personen-Gefängnis in strengster Isolation gehalten wird, ist systematischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Das Ein-Personen-Gefängnis Imralı ist eines der Inselgefängnisse, auf denen spezielle, diskriminierende Bedingungen herrschen und das Recht keine Geltung besitzt. Diese Situation und die Praxis der Isolation bestehen kontinuierlich und werden in einer Situation, in der über gesellschaftliche Probleme wie Demokratisierung, Menschenrechte und die kurdische Frage diskutiert wird, schrittweise weiter verschärft.

Die Strafrechts- und Strafvollzugsrechtsreformen vom Mai 2005, die in der Öffentlichkeit als Demokratisierung dargestellt wurden, sind ein gutes Beispiel hierfür. Entgegen der behaupteten Demokratisierung wurden sie zur rechtlichen Grundlage neuer Rechtsverletzungen.

Diese Gesetzesänderungen führten in allen Gefängnissen zu ernsthaften Verletzungen von Rechten. Im Gefängnis auf Imralı jedoch erreichten die diskriminierende, personenspezifische Sonderbehandlung und die seit 1999 andauernde Isolation eine neue Qualität. Das Gefängnis Imralı ist eines der Inselgefängnisse, wo wie in Guantánamo spezielle diskriminierende Maßnahmen herrschen und das Recht außer Kraft gesetzt ist.

Auch das *Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung* (CPT) kam in seinem Bericht zu seinem jüngsten Besuch im Gefängnis Imralı zu ähnlichen Feststellungen. Außer der Tatsache, dass Öcalan seit mehr als neun Jahren der einzige Gefangene auf der Insel ist, werden seine Rechte, vor allem das Recht auf Verteidigung, seine Kommunikation mit der Außenwelt, sein Zugang zu Gesundheitsversorgung, Presse und Büchern und der Hofgang in einem Maße eingeschränkt, welches den Kern dieser Rechte aushöhlt. Er besitzt nicht die Möglichkeit, Briefe zu schreiben, die wenigen Briefe aus anderen Gefängnissen, die ihm ausgehändigt werden, sind meist geschwärzt. Er besitzt lediglich ein auf einen Kanal fest eingestelltes Radio, bekommt Zeitungen erst zehn Tage später ausgehändigt, der Zugang zu einigen Zeitschriften und sämtlichen kurdischen Druckerzeugnissen wird ohne Hinweis auf irgendeine rechtliche Grundlage verhindert. Auch einige legal erhältliche Bücher gelten als „bedenklich" und werden ihm nicht ausgehändigt. Neben all diesen Beschränkungen kann er auch einige Rechte, die allen Gefangenen in der Türkei zustehen, trotz wiederholter Anträge nicht wahrnehmen, wie das Recht auf Besuch ohne Trennscheibe, auf Telefonbenutzung und auf Besuch von drei Personen außer Familienmitgliedern und Anwälten.

Die mit der Strafvollzugsreform 2005 eingeführten Bestimmungen zur „Aberkennung des Mandats bestimmter Klienten" und zur „Anwesenheit einer dritten Person bei Verteidigerkonsultationen" werden über ihren ohnehin schon anti-demokratischen Rahmen hinaus lediglich gegen unseren Mandanten angewandt. Seit dem Inkrafttreten des Vollzugsrechts im Juni 2005 war nicht nur bei allen Konsultationen eine dritte Person anwesend, darüber hinaus wurden selbst die anti-demokratischen Regelungen des Gesetzes überschritten und sämtliche Konsultationen vollständig aufgezeichnet. Auch wenn dieses Vorgehen nur gegen unseren Mandanten Anwendung findet, so sollte nicht vergessen werden, dass mit diesen Geset-



Hatice Korkut auf der Pressekonferenz in Istanbul Foto: DIHA

zen der Kern des Rechtes auf Verteidigung stark beeinträchtigt wird und somit nicht nur die Rechte der Kurden im Allgemeinen und Herrn Öcalans im Besonderen bedroht werden, sondern die Rechte aller Untersuchungs- und Strafgefangenen.

Herr Öcalan wird im Gefängnis Imralı nicht nur allein in einem Raum gehalten, er ist gleichzeitig der einzige Gefangene auf der Insel Imralı. Dies allein ist ein deutlicher Hinweis darauf, in welchem Maße er von der Außenwelt isoliert wurde. Mit den Gesetzesänderungen von 2005 wurde diese Situation allerdings noch weiter verschlimmert und durch eine im medizinischen Sprachgebrauch als „weiße Folter" bezeichnete Praxis ersetzt, bei der die Person von allen Reizen abgeschnitten und allein in einem Raum gehalten wird. Diese Praxis, die im medizinischen Sprachgebrauch als „unmenschliche Behandlung" bezeichnet wird, ist jetzt mehrfach als gesetzliche Strafe gegen unseren Mandanten verhängt worden.

Aufgrund von Disziplinarstrafen werden immer wieder Radio, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften aus der Zelle entfernt. Das bedeutet, dass unser Mandant neben einem einstündigen Hofgang täglich 23 Stunden in einem leeren Raum mit weißen Wänden konfrontiert ist. Diesen repressiven Zustand der Beraubung aller Rechte kritisiert das CPT in seinem Bericht, warnt vor der persönlichkeitszerstörenden Wirkung vollständiger sozialer und emotionaler Isolation und erklärt, dass es keine Rechtfertigung für diese unmenschliche Behandlung geben könne, auch nicht Sicherheitsgründe.

Bereits fünfmal wurden 20-tägige Bunkerstrafen verhängt, zuletzt wurden innerhalb von 40 Tagen drei Disziplinarstrafen verhängt, die sich zu 50 Tagen Bunkerhaft summieren. Außerdem wurden diesmal sogar Stift, Papier und selbst die Brille unseres Mandanten beschlagnahmt. Hierbei wird er nicht nur wie ein Gefangener behandelt; dies zeigt deutlich, dass er mit Angriffen auf seine physische und psychische Gesundheit und einer Politik der langfristigen Zerrüttung konfrontiert ist. Er selbst bezeichnet dies als „sanfte Hinrichtung".

Es gibt keinen akzeptablen juristischen und humanitären Rahmen dafür, Herrn Öcalan seit mehr als neun Jahren auf Imralı in Einzelhaft zu halten. Auch das CPT hat in seinem Bericht dies festgestellt und erklärt: „Gleich unter welchen Umständen, es kann keine Rechtfertigung dafür geben, einen Gefangenen 8,5 Jahre unter derartigen Isolationsbedingungen zu halten."[(*)] Darüber hinaus fordert es eine Verbesserung der Bedingungen auf Imralı.

Die in jüngster Zeit willkürlich verhängten Bunkerstrafen als schärfste Form der Isolation müssen beendet werden und die Möglichkeit geschaffen werden, grundlegende soziale und emotionale Bindungen aufrechtzuerhalten.

Um die Empfehlungen über die Haftbedingungen unseres Mandanten aus den vier Berichten, die das CPT als unabhängige internationale Institution verfasst hat, umzusetzen, sind rechtliche und institutionelle Veränderungen notwendig. Daher müssen sämtliche grundlegenden Rechte, die in Gefängnissen gelten, respektiert werden und Bücher, Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig ausgehändigt werden, ein Radio und ein Fernsehen mit freier Kanalwahl zur Verfügung gestellt und die Möglichkeiten zum Dialog mit anderen Gefangenen und zur Telefonbenutzung geschaffen werden.

Wir wissen alle, dass der Hintergrund der Gefangenschaft Herrn Öcalans und der gegen ihn ausgeübten Repression die ungelöste kurdische Frage ist. Der Respekt vor den Rechten Herrn Öcalans, der einen empfindlichen Punkt für Millionen von Kurden darstellt, ist daher nicht nur eine minimale demokratische Notwendigkeit, sondern wird auch dem gesellschaftlichen Frieden und einer Verminderung der Spannungen dienen.

Wir fordern, dass die strenge Isolation gegen Herrn Öcalan aufgehoben wird, dass unser Mandant dieselben minimalen gesetzlichen und humanitären Rechte erhält wie andere Gefangene in der Türkei und dass die bisherige Praxis und die falsche diesbezügliche Politik ein Ende finden. Wir laden die zuständigen Stellen ein, sich entsprechend der Demokratie, des Friedens, der Menschenrechte, rechtssstaatlicher Prinzipien und vom CPT in seinen Berichten ausgesprochene Empfehlungen zu verhalten.

Mit Hochachtung. 13.06.2008

(*) "The CPT is firmly convinced that, whatever the circumstances, there can be no justification for keeping a prisoner in such conditions of isolation for eight and a half years. It calls upon the Turkish authorities to completely review the situation of Abdullah Öcalan [...]"
(http://www.cpt.coe.int/documents/tur/2008-13-inf-eng.htm)

Duran Kalkan über die Machenschaften von USA und AKP und die zweite Phase der Kampagne „Êdî bes e“

Die Organisierung der demokratischen Kommunalität

Doğan Çetin u. Halit Ermiş, ANF (23./24.05.2008)

Duran Kalkan zufolge, Mitglied des Exekutivrates der KCK, betreiben die USA und die AKP in der Kurdenpolitik ein gefährliches, umfassendes Spiel. Auf Druck der USA habe die Türkei mit der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates eine neue Position zu Südkurdistan eingenommen, welche auf eine Spaltung und Unterdrückung der Kurden abziele. Duran Kalkan äußerte sich zu den Angriffen der Türkei und des Iran gegen die PKK, zur Haltung der Kurden im Süden und zur US-Politik gegenüber der PKK.

Nach der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates lässt die Türkei eine neue politische Haltung gegenüber Süd-Kurdistan erkennen. Was für eine Politik entwickelt sich?

Der Beschluss der Türkei vom Oktober 2007 zur grenzüberschreitenden Offensive war ein Druckmittel gegen viele politische Kräfte, allen voran gegen die Regierungen von Südkurdistan und Irak. Die türkische Regierung wollte mit ihrer Drohung einer militärischen Intervention Ergebnisse erzielen. Hierbei handelt es sich insbesondere um eine grundlegende politische Haltung des türkischen Generalstabs sowohl im Lande selbst als auch gegenüber dem Ausland. Danach sind sie ja mit den USA, Iran und Syrien verschiedene militärische Bündnisse gegen die PKK eingegangen.

In diesem Rahmen begannen am 16. Dezember 2007 Luftangriffe, unterstützt von Artilleriebeschuss. Am 21. Februar 2008 wurde eine Bodenoffensive gestartet. Anschließend suchte die Türkei nach neuen Wegen, da sowohl die Luftangriffe als auch die Bodenoffensive nicht den gewünschten Erfolg hatten. Die Niederlage bei der Bodenoffensive führte zu ernsthaften politischen Auseinandersetzungen im Land.

In diesem Zusammenhang wurden auf der letzten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates neue politische Wege diskutiert und, auch auf Druck der USA, wurde die zweite Phase im Rahmen der aktuellen politischen Haltung eingeleitet. Nach den Luftangriffen und der Bodenoffensive, die Druck aufbauen sollten, will man jetzt politische Zugeständnisse machen. Diese Haltung zeigt man sowohl gegenüber der irakischen Regierung als auch der Regierung von Süd-Kurdistan. Nach dem Treffen des Nationalen Sicherheitsrates hieß es, dass mit den Regierungen von Süd-Kurdistan und Irak Gespräche geführt würden und gemeinsam gehandelt werden sollte. Auch die USA riefen immer wieder zur Zusammenarbeit auf und zu einem türkisch-irakischen Bündnis in Anlehnung an die USA. Der Kampf gegen die PKK könne nur im Dreierbündnis USA-Türkei-Irak erfolgreich geführt werden. Auf der letzten Sicherheitsratssitzung scheint diese US-Position akzeptiert worden zu sein. Sie glauben, mit den Luftangriffen und der Bodenoffensive einen gewissen Druck auf KDP und PUK ausgeübt und Angst geschürt zu haben. Durch Zugeständnisse soll die irakische Regierung auf die eigene Seite gezogen werden. Auf gleiche Weise wird versucht, die Regierung von Südkurdistan zum Bündnispartner zu gewinnen. Ziel ist es, gemeinsam militärisch gegen die PKK vorzugehen. Es zeigt sich, dass die USA dies auch unterstützen und diese Unterstützung weiter ausbauen werden.

Bedeutet dies eine Rückkehr zur Politik der 90er Jahre?

Ja, die innerkurdischen Auseinandersetzungen will man schüren, um die PKK zu zerstören und KDP sowie PUK unter eigene Kontrolle zu bringen. Diese Politik verfolgte die Türkei in den 90ern in Anlehnung an die USA. Jahrelang wurde in diesem Sinne gegen die PKK Krieg geführt. Es ist somit keine neue Politik. Ihr Ergebnis liegt offen vor! Sie hat nicht zur Zerstörung der PKK geführt, auch KDP und PUK konnten nicht unter türkische Kontrolle gebracht werden. Türkische Regierung und Generalstab haben damit eher den staatlichen Aufbau in Südkurdistan unterstützt. Diese Politik kritisierten Yaşar Büyükanıt und Ilker Başbuğ öffentlich.

Doch es zeigt sich, dass sie ihre Ansicht geändert haben. Sie nehmen ihre Kritik zurück. Generalstab und türkische Regierung kehren zur Politik der 90er zurück. Sie wollen die alte, erfolg-

lose Politik erneut praktizieren. Von einer erfolglosen Politik erhoffen sie sich Erfolg. Dies offenbart, in welcher schwierigen Lage sie sich befinden und wie fruchtlos ihre politischen Versuche sind.

Ist es denn möglich, damit eine Grundlage für eine innerkurdische Auseinandersetzung zu schaffen?

Es muss gesehen werden, dass diese Politik ein gefährliches Spiel ist! Über erneute innerkurdische Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen den kurdischen Parteien und den verschiedenen Teilen Kurdistans, erhofft man Ergebnisse. Dies ist an sich schon das Eingeständnis der Erfolglosigkeit des türkischen Generalstabes. Wenn doch die militärischen Angriffe erfolgreich sind, warum fleht die Türkei dann KDP und PUK so intensiv an? Sie ist darauf angewiesen. Warum lehnt sie sich so sehr an die USA an? Warum versucht sie so sehr, die irakische Regierung auf ihre Seite zu ziehen? Warum bemüht sie sich dermaßen um ein Bündnis mit dem Iran und Syrien? Sie hat also im alleinigen Kampf gegen die PKK keinen Erfolg gehabt, gegenüber der Guerilla verloren. Sie hat nicht die Kraft, die Guerilla zu zerschlagen. Sie hofft daher auf eine innerkurdische Konfrontation.

Auf der anderen Seite ist dies natürlich ein Szenario der USA und der AKP! Sie haben es von Anfang an verteidigt und versuchen, es als bewusste Politik zu verfolgen. Sie trachten danach, die Kurden durch innere Auseinandersetzungen zu schwächen. Die türkische Regierung bezeichnete es in der Vergangenheit auch als „den Köter dem Köter vorwerfen“. Das ist auch die Politik des Imperialismus, also keine neue Strategie. In der Vergangenheit waren sie phasenweise erfolgreich in Bezug auf innerkurdische Auseinandersetzungen. Sie haben sie provoziert und die Parteien in Südkurdistan gegeneinander kämpfen lassen.

Auf diese Weise wurde der Aufstand in Südkurdistan lange unterdrückt. Die Basis für das gegenseitige Aufhetzen, der Feudalismus, die Rückständigkeit und die Stammesherrschaft, wurde stets lebendig gehalten. Damit haben sie teilweise Erfolg gehabt. Die Situation hat sich jedoch geändert. Kurdistan ist nicht das alte Kurdistan! Die kurdische Gesellschaft ist nicht die alte kurdische Gesellschaft! Auch der Vorsitzende Apo brachte es zum Ausdruck: „Die Zeit der innerkurdischen Auseinandersetzungen in Kurdistan ist vorbei.“ Ein Nationalbewusstsein und eine Organisierung haben sich entwickelt. Zudem wurde eine Öffentlichkeit geschaffen. Trotz Provokation wird die kurdische Öffentlichkeit mit ihrer nationalen Haltung eine neue innerkurdische Auseinandersetzung nicht zulassen. Diese gibt es auch seit Langem nicht mehr. Die großen kurdischen Organisationen gaben entsprechende Erklärungen ab.

Das ist richtig und notwendig. Die Türkei kann machen, was sie will, sie wird das alte Spiel nicht wieder aufrollen können.

Türkei und Iran führen gemeinsam Angriffe gegen Ihre Bewegung durch. Es zeigt sich, dass sich auch die USA diesem Bündnis angeschlossen haben. Wie bewerten Sie diese interessante Allianz?

Schon lange führen iranische und türkische Armee kontinuierlich gemeinsam Angriffe durch. Wir wissen, dass sie in der Vergangenheit die kurdischen Aufstände gemeinsam niedergeschlagen haben. Seit 2–3 Jahren jedoch haben sie dies in ein planmäßiges militärisches Bündnis umgewandelt. Im gesamten Grenzgebiet führen sie zusammen Bodenoffensiven durch, auch die Luftangriffe.

Der Angriff auf das gesamte Meder-Verteidigungsgebiet, insbesondere auf die Kandil-Region, war der jüngste dieser Art. Im Anschluss feuerte sowohl die türkische als auch die iranische Armee Artillerie auf das Gebiet ab. Das eigentliche Ziel der Angriffe vom 1. Mai war die PJAK, also die in Ostkurdistan organisierte Partei. Eine Organisation, die keinerlei Aktivität gegen die Türkei zeigt. Die türkische Armee tötete sechs PJAK-Pressemitarbeiter. Somit übernahm sie die Aufgaben der iranischen Armee. Das demonstriert die koordinierte Zusammenarbeit.

Neben der Verantwortung aufgrund des Bündnisses sieht die Türkei die Entwicklungen in Ostkurdistan auch als Gefahr für sich selbst. Daher diese Angriffe. Sie betrachtet nicht nur Nordkurdistan, sondern auch Süd-, Ost- und Westkurdistan und sogar die Exil-Kurden und alle damit einhergehenden nationalen, demokratischen Entwicklungen als Gefahr. Ihre Gespräche mit KDP- und PUK-Funktionären dürfen nicht blenden. Eigentlich hegt sie diesen gegenüber eine tiefe Feindschaft, ähnlich der gegenüber der PKK. Die Treffen dienen ihren politischen Zwecken. Sie neigt eigentlich in keiner Weise zu Dialog und Zusammenarbeit mit den Kurden im Süden. Sie will den freien Kurden töten, das ist der Kern der Sache, und ist an sich auch dem nationalistischen Kurden feindlich gesinnt, wie allen Kurden. Sie verleugnet sie, daher steht sie auch den Entwicklungen in Ostkurdistan feindselig gegenüber.

Aus diesem Grund greift sie an. Sie versucht, den Iran zu umfangreicheren Angriffen auf die Kurden zu bewegen, will die Basis für das Bündnis stärken. Bei diesen Angriffen nahm sie sowohl iranischen als auch irakischen Luftraum in Anspruch. Es ist bekannt, dass die USA den irakischen Luftraum kontrollieren. Ohne deren Genehmigung kann dort nicht einmal ein Vogel fliegen. Die türkischen Flugzeuge überfliegen Kurdistan mit US-Zustimmung und -Unterstützung, so also auch beim Angriff gegen die PJAK. Damit entsteht ein noch schmutzigeres Bündnis. Wir hatten ferner gesagt, dass sich die Staaten der Region mit Großbritannien usw. auch gegen frühere Aufstände verbündet hatten. Manche Kreise behaupteten, dass Briten und andere imperialistische Kräfte die Kurden unterstützt hätten. Mit der Unterstützung der USA hat sich dies als falsch herausgestellt. Zwei absolut verfeindete Kräfte haben sich im Angriff gegen die PJAK offensichtlich vereint. Im Kampf gegen Kurden können die USA also ein Bündnis mit dem „Feindesland“ Iran eingehen. Zwischen den USA und dem Iran fanden drei- bis

viermal Gespräche statt, in denen es stets um die Angriffe auf die Meder-Verteidigungsgebiete und die US-Unterstützung dabei ging.

Es zeigt, welche Bündnispolitik hinter der Absicht der Spaltung Kurdistans und der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik steckt. Es zeigt auch, dass sich Imperialismus und Kolonialismus geeinigt haben und dass es sich um eine globale kapitalistische, staatstreue Politik handelt. Es ist ein reaktionäres Bündnis auf der Basis gemeinsamer Angriffe. Auch in der Vergangenheit wurde dies praktiziert. Das Abkommen von Algier 1975 [*vgl. Fußnote S. 11*] schlossen die Regierungen von USA, Iran und Irak gemeinsam ab. Daher gibt es keine neue Situation. Neu ist Folgendes: USA und Iran bezeichnen sich gegenseitig als größte Gefahr für die Welt, verbünden sich jedoch gegen Kurden. Somit erscheint dies nach außen als bloße Feindesrhetorik, die eigene, die internationale Öffentlichkeit werden geblendet.



1.-Juni-Friedensdemonstration in Istanbul: „Es reicht, wir wollen eine Lösung" Foto: DIHA

Ist eine umfangreichere Bodenoffensive dieser Kräfte möglich?

Ja, es gibt Bestrebungen und entsprechende Vorkehrungen der türkischen und iranischen Armeen für eine umfassendere Bodenoffensive, auch einige Aktivitäten dafür. Alle Luft- und Bodenangriffe werden gemeinsam ausgeführt. Es zeigt sich jedoch, dass ihnen zu einem größeren Angriff die Kraft fehlt. Anscheinend haben sie das gesehen und daher auch keine neue Offensive gestartet. Ständig wird zwar eine solche angekündigt, bis jetzt jedoch nicht verwirklicht. Sie tragen Sorge, gemeinsam erfolglos zu sein, die Kontrolle gänzlich zu verlieren und dadurch gegenüber der Öffentlichkeit an Ansehen einzubüßen. Sie haben kein Selbstbewusstsein und glauben nicht an den Erfolg.

Nach der Erklärung der Kräfte aus dem Süden, die PKK solle die Waffen niederlegen, sie würden das ihnen Mögliche machen, äußerte der DTP-Fraktionsvorsitzende Ahmet Türk, der bewaffnete Kampf schade den Kurden. Wie begegnen Sie dem?

Zunächst einmal denke ich nicht, dass die Erklärungen genau so abgegeben wurden. Weder, dass die kurdischen Parteien oder ihre Funktionäre in Südkurdistan eine solche Erklärung abgegeben haben, noch, dass Ahmet Türk so etwas gesagt hat. Das wurde von den türkischen Medien so dargestellt und verbreitet. Wir wissen, dass die DTP-Fraktion und ihr Vorsitzender beständig eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage fordern. Ja, sie sind gegen bewaffnete Auseinandersetzungen. Aber nicht nur gegen die bewaffneten Kämpfe der PKK, sondern im Grunde gegen den Vernichtungskrieg der türkischen Regierung und gegen den Staatsterror. Sie wissen, dass die türkische Regierung den Frieden verhindert. Die AKP-Regierung führt und schürt den Krieg. Der türkische Generalstab ist dabei führend.

Auch die kurdischen Parteien im Süden wissen sehr wohl, dass es der türkische Staat ist, der Krieg führt. 2006 bereits bekundeten sie ihre Bereitschaft zur Vermittlung. Die PKK verkündete am 1. Oktober desselben Jahres einen acht Monate währenden Waffenstillstand. Damit folgte sie dem Aufruf der kurdischen Parteien im Süden. Es wurde jedoch offensichtlich, dass Regierung und Generalstab der Türkei den Waffenstillstand sabotierten. Sie haben dies mit eigenen Augen gesehen und wissen daher, dass nicht die PKK Ursache des Problems ist, sondern die Politik der türkischen Regierung die Auseinandersetzungen provoziert. Deshalb haben auch sie immer zu einer friedlichen, demokratischen Lösung aufgerufen, die sie unterstützen würden. Wiederholt haben KDP- und PUK-Führung sowie die Autonomieregierung von Südkurdistan zum Ausdruck gebracht, dass die kurdische Frage mit politischen Mitteln gelöst werden müsse und militärische Angriffe keine Lösung seien.

Trotz unzähliger bekannter Appelle von DTP-Fraktion und südkurdischen Parteien wurden nach dem letzten Besuch der DTP in Südkurdistan besag-

te Erklärungen behauptet. Das ist so nicht zu glauben. Hier liegt eine Fehldarstellung vor. Wir denken nicht, dass KDP und PUK ohne eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage die PKK zum Niederlegen der Waffen und zur Beendigung des Kampfes aufrufen. Hinzu kommt, dass sie dem als Erste widersprechen würden. Sie werden dies auf keinen Fall akzeptieren und, falls die PKK den Kampf beendet, selbst militärisch gegen die Türkei kämpfen und andere Organisationen schaffen. Sie wissen genau, dass der aktuelle Status quo in Südkurdistan nicht aufrechterhalten und weiterentwickelt werden kann. Aus diesem Grund darf man nicht einfach glauben, dass sie gegen den bewaffneten Kampf der PKK sind. Wer so denkt, täuscht sich.

Sie selbst führen keinen bewaffneten Kampf. Sie sind für eine politische Lösung. Aber sie wissen auch genau, dass die aktuelle politische Situation eine politische Lösung nicht ausschließt und dafür äußerst notwendig ist. Denn auch sie sind bewaffnet. KDP und PUK verfügen über das Fünf- bis Zehnfache an bewaffneten Kräften, Soldaten in der irakischen Armee, aber auch eigene Peshmerga.

Was sagen Sie zur Kundgebung in Istanbul am 1. Juni? Es herrscht die Meinung vor, dass sie einen bedeutenden Beitrag zur Völkerfreundschaft zwischen dem türkischen und kurdischen Volk sowie zur Einheit der demokratischen Kräfte leisten werde.

Diese Friedenskundgebung ist eine sehr wichtige Initiative. Seit Langem gibt es Friedensorganisationen. Ein Rat wurde gegründet, es gab zahlreiche Versammlungen und eine Konferenz. Auf diesem Gebiet ist eine wichtige Entwicklung vollzogen worden. Sehr wertvolle Arbeiten. Dass dies am 1. Juni zu einer die politische Atmosphäre beeinflussenden Kundgebung erhoben wird, ist gut und angemessen. Es ist sehr wertvoll und von großer Bedeutung, dass in einer Zeit, in der sich faschistische Angriffe häufen, in der die Polizei die kurdische Bevölkerung und die Werktätigen grausam angreift und Massaker verübt, die Friedensstimme erhoben wird. Wir wünschen uns eine Beteiligung aller daran. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Patrioten, Demokraten, Intellektuelle und Schriftsteller, alle sollten daran teilnehmen können. Die Botschaft sollte klar sein. Jedoch sollte auch die auf Krieg ausgerichtete Haltung der AKP-Regierung offengelegt werden.

Diese Kundgebung sollte eine Antwort auf all diese Aspekte bieten und offen zeigen, dass sie die faschistischen Angriffe der AKP verhindern wird. Zudem sollte sie das freiheitliche und friedliche Zusammenleben der Völker gegen die von der AKP geschürte faschistisch-nationalistische, chauvinistische Haltung aufzeigen, dass sie solidarisch sind und durch Stärkung der Geschwisterlichkeit und des Zusammenhalts den Nationalismus vernichten. Alle sollten erkennen können, dass die Politik, die sich aus faschistisch-chauvinistischem Nationalismus nährt, zum Scheitern verurteilt ist.

Diese Arbeit sollte sicherlich nicht nur auf diese Kundgebung begrenzt sein. Sie sollte in einen Kampf für Frieden und Demokratie umgewandelt werden, in einen dauerhaften politischen Kampf. Dafür sollte sie einer Organisationsstruktur zugeführt werden. Dieser Aspekt muss mit großer Sorgfalt behandelt werden. Die Organisierung des Volkes ist sehr wichtig, um Freiheit, Frieden und Geschwisterlichkeit dauerhaft zu etablieren und zur herrschenden Politik der Türkei zu machen. Die Frauen sollten sich auf allen Gebieten organisieren, ebenso die Jugend, die Arbeiter und Beamten, alle Werktätigen sollten organisiert sein. Gewerkschaften, Vereine, Parteien müssen gestärkt werden.

Wie wird Ihrer Meinung nach das Verbotsverfahren gegen die AKP ausgehen? Sollte es zu einem Verbot kommen, kann man das dann als Militärputsch bezeichnen?

Nein, diese Bestrebungen können nicht als Militärputsch gewertet werden. Die Armee ist dabei auch kaum anzutreffen. Im Gegenteil, die Führung des Generalstabs um Yaşar Büyükanıt und Ilker Başbuğ scheint gar mit der AKP verbündet zu sein, beobachtet ihr Verhalten. Die aktuelle Politik ist genauso durch den Generalstab geprägt wie durch die AKP. Er ist sogar stärker verantwortlich, er legt bekanntlich in der Türkei die Politik mit fest. Daher ging das Verbotsverfahren nicht von der Armee aus. Sicherlich unterstützen einige Kreise in der Armee das Verfahren. Aber es ist ein Fakt, dass die Führung um Yaşar Büyükanıt mit der AKP im Konsens ist und deren Politik mitträgt.

Daher spielen die Bürokratie sowie der Justizapparat eine größere Rolle als das Militär. Das Verbotsverfahren kommt von dort und ist eigentlich Ausdruck des Machtkampfes zweier Fraktionen im republikanischen System, der religiös orientierten und der nationalistischen. Denn die AKP hat sich auch mit der Unterstützung von Yaşar Büyükanıt und Ilker Başbuğ entwickelt und ist stärker geworden. Sie hat überall ihre Kader eingesetzt. Sie hat den Einfluss nationalistischer Kreise geschwächt und sie teilweise aus Machtpositionen verdrängt.

Das Verbotsverfahren ist eine Attacke dieser nationalistischen bürokratischen Kreise zur eigenen Stärkung und zur Schwächung der AKP.

Weil in erster Linie der Generalstab ausschlaggebend ist, hat er die AKP bis jetzt im Wesentlichen unterstützt und sie gestärkt. CHP und MHP kritisierten ihn nach der Zap-Offensive vom 21. Februar heftig. Ursache für ihre Verärgerung war neben der Niederlage im Zap-Gebiet auch diese Unterstützung der AKP. CHP und MHP haben eigentlich eine Warnung ausgesprochen. Daher ist es kein Militärputsch. Wenn die AKP verboten wird, muss dies als ein Sieg der nationalistischen, bürokratischen Kreise gesehen werden. Die Armee agiert bei diesem Thema nicht einheitlich. Will man überhaupt von einem Putsch sprechen, dann von einem der nationalistischen Bürokratie gegen die religiöse Fraktion.

Wohin wird dieser Prozess führen?

Werden die Gesetze angewandt, muss die AKP nach den vom Generalstaatsanwalt angeführten Gründen verboten werden. Nimmt man die Gesetze, die Basis für die Verbote anderer Parteien waren und noch heute gelten, als Grundlage, so muss die AKP verboten werden. Aus juristischer Sicht ist die Schließung der AKP am wahrscheinlichsten. Aus politischer Sicht gibt die eigentlich bestimmende Kraft im Staat, der so genannte Kernstaat, nun ein Zeichen, dass die bis jetzt benutzte AKP nutzlos geworden ist. Tayyip Erdoğan und seine Regierung haben ihre Rolle im Kampf gegen die PKK gespielt. Man denkt, dass sie keine weitere Funktion hat und nicht erfolgreich sein wird. Berücksichtigt wird auch, dass die AKP das Gleichgewicht der Macht stören und einige Grundsätze der Republik intensiver schädigen wird. Wegschauen oder Geduld sind wohl keine Optionen. Aus dieser Perspektive kann man vom Ende der AKP-Regierung Tayyip Erdoğans sprechen.

Es scheint ein Beschluss vorzuliegen. Denn auf dem CHP-Kongress bezeichnete der Vorsitzende Deniz Baykal Erdoğan als Kollaborateur. Dass ein Oppositionsführer einen Ministerpräsidenten so nennt, ist selten. Baykal und Erdoğan können nicht mehr zusammenarbeiten. Warum hat Baykal eine so klare Position eingenommen? Er scheint wohl etwas zu wissen. Er scheint überzeugt, dass Erdoğan gehen wird, sonst würde er ihn nicht so hart angehen. Aus dieser Perspektive betrachtet scheint die Schließung der AKP festzustehen. Die AKP-Führung versucht, dies zu verhindern. Erdoğan will dem Kernstaat, den chauvinistisch-nationalistischen Kreisen, den Kräften, die eine Vernichtungspolitik gegen die Kurden betreiben, sagen: „Diese Angelegenheiten kann ich am besten erledigen.“ In diesem Sinne waren die Angriffe zu Newroz und am 1. Mai, auch das Treffen mit der irakischen Regierung und den Führungen von KDP und PUK. Die AKP will zum Ausdruck bringen: „Wir haben noch Kraft, machen alles, was ihr wollt und wie ihr es wollt, aber bitte kein Verbot und haltet uns an der Macht.“ Durch zahlreiche Angriffe und Massaker versuchen sie, ihre Bereitschaft zu betonen.

Wie auch einige Kreise äußern, versucht die AKP, ihre Schließung weniger mit einer Verteidigung vor dem Verfassungsgericht zu verhindern als vielmehr durch praktizierte Politik, diplomatische Arbeit und Druck auf die Bevölkerung. Ihre eigentliche Verteidigung ist die Praxis. Wird dies funktionieren? Wird es Erfolg haben? Genaues kann man nicht sagen, aber es wird schwer werden. Vielleicht wird die Phase vor der Verbotsverfügung verlängert und die AKP in dieser Zeit noch weiter benutzt. Aber ein Verfahren ist eingeleitet; wird es aufgehoben, wird es schwierig werden, erneut eines zu beginnen.

Die Repressionen gegen Abdullah Öcalan dauern an. Welche Konsequenzen haben sie? Wie lief Ihre Kampagne zum Vorsitzenden im Rahmen der „Êdî bes e“-Kampagne? Wie wird deren zweite Phase aussehen?

Das Ausmaß der physischen und psychischen Folter gegen Abdullah Öcalan und seine Vergiftung sind ein grundlegender Angriff sowohl auf seine Persönlichkeit als auch auf die von ihm repräsentierte freie Existenz des kurdischen Volkes. Diese Bedrohung und Gefahr bestehen weiterhin. Auch wenn es einige Bestrebungen gibt – z. B. den Besuch und den Bericht des Antifolterkomitees, die Diskussion mit der Türkei, die Veröffentlichung der chronischen Vergiftung durch unsere Bewegung – und einige Gesundheitsuntersuchungen durchgeführt wurden, so gibt es jedoch keine ernsthafte Verbesserung. Es werden keine Präventivmaßnahmen zum Schutz seiner Gesundheit durchgeführt. Sein Aufenthaltsort, der maßgeblich für die Erkrankungen verantwortlich ist, wird nicht geändert.

Daher können wir sagen, dass sich die Vernichtungsphase gegen den Vorsitzenden Apo nicht geändert hat und fortgeführt wird. Er leistet dagegen großen Widerstand und sagt: „Niemand kann mich einen Millimeter vom Weg abbringen.“ In seinen Gedanken und in seiner Haltung bewahrt er seine Beharrlichkeit mit tiefer Überzeugung. Während er dem Feind Angst macht, gibt er dem kurdischen Volk Kraft und Stärke. Er motiviert alle zum Nachdenken. Er leitet sie alle zur Prüfung ihres Gewissens an, dazu, den Freiheits- und Demokratiekampf noch stärker zu unterstützen und mehr Verantwortung zu übernehmen.

Gegen diese Repressalien, die Folter und die Phase der Vernichtung organisierten und entwickelten unsere Bewegung und unser Volk am 9. Oktober 2007 die „Êdî bes e“-Attacke [dt.: *Es reicht*]. Mit dem Verständnis, nach den Prinzipien Abdullah Öcalans zu leben sowie sein Leben und seine Gesundheit zu schützen konnte ein heftiger Widerstand entfacht werden: „Verstehe den Vorsitzenden klarer, führe die Revolution der Gedanken und des Gewissens besser aus, nimm deine Aufgaben und deine Verantwortung wahr, binde dich mit fester Überzeugung an Frieden, Demokratie und ein freies Leben“, das ist die Phase, die begonnen wurde. Es ist der Aufruf, dies in Organisierung und Aktion umzusetzen. Frieden, Demokratie und Freiheit sind für alle eine Notwendigkeit, also schütze sie, ebenso wie den Vorsitzenden Apo. Wenn Apo unter diesen Bedingungen so viel macht, dann müssen diejenigen, die mehr Möglichkeiten haben, entsprechend stärkeres Engagement zeigen. Die Kampagne hat sowohl politisch als auch organisatorisch, aber auch im Hinblick auf die Aktionen und Aktivitäten einen umfangreichen Widerstand ausgelöst. Es geht um die Verbesserung der Haftbedingungen des Vorsitzenden Apo und seine Verlegung in eine andere Haftanstalt. Im Allgemeinen ist die Kampagne eine Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan und nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage.

Dieser Kampf hat wichtige Errungenschaften mit sich gebracht. Der Start einer solchen Offensive bildete nach Aufdeckung der chronischen Vergiftung im März 2007 einen großen Druck gegenüber den faschistischen, reaktionären Angriffen. Es stellte die von der Tür-



I.-Juni-Friedensdemonstration in Istanbul Foto: DIHA

kei praktizierte Politik bloß. Es kam zu Interventionen. Berichte wurden erstellt, die türkische Regierung entsandte Ärzte. Sie glauben zu therapieren. Zusammengefasst hat die Kampagne Aufmerksamkeit erregt. Das ist sehr wichtig und stellt einen erheblichen Erfolg dar. Um den Vorsitzenden Apo hat sich ein Widerstandsring gebildet. Sensibilität für sein Leben wurde geschaffen. Das sind natürlich keine gering zu schätzenden Errungenschaften. Aber es sind auch keine ausreichenden. Die Êdî-bes-e-Kampagne hat ihre Ziele, wenn auch nicht vollständig, erreicht. Aber der Weg für den Erfolg wurde geebnet. Die Verbesserung der Gesundheitsbedingungen und die Verlegung an einen anderen Ort müssen erreicht werden. Ebenso die Freiheit des Vorsitzenden und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage.

Auf dieser Grundlage hat unsere Bewegung ab dem 18. Mai 2008 die zweite Etappe der „Êdî bes e“-Offensive begonnen. Die erste Etappe sensibilisierte und brachte die Wahrheit ans Licht. Sie entlarvte die Politik der türkischen Regierung. Erste Aktivitäten wurden begonnen. Das heißt, sie hat gezeigt, dass das Ziel erreichbar ist. In der zweiten Etappe hingegen werden die konkreten Ziele unbedingt erreicht werden. Die medizinische Behandlung unseres Vorsitzenden, seine Verlegung und die Verbesserung seiner Haftbedingungen, das sind die konkreten Ziele. Dies wiederum bedeutet den Beginn für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und für die Freiheit unseres Vorsitzenden. Anders sind Behandlung und Verlegung gar nicht möglich. Sie hängen untrennbar miteinander zusammen.

Wichtig hierbei ist die demokratische Legitimität. Wir werden keine Zuflucht suchen in Gesetzen, denn sie erkennen die Kurden nicht an. Weil sie die Kurden nicht anerkennen, werden sie deren demokratisch-freiheitliche Ausrichtung nicht tolerieren. Wir werden uns von Gesetzen, die uns nicht anerkennen, nicht gefangen nehmen lassen. Wir fühlen uns den demokratischen Rechten verbunden.

Es sind die Regeln der legitimen Selbstverteidigung. In diesem Sinne sind wir an die internationalen Bestimmungen gebunden. Wir sind bis zum Schluss entschlossen, unsere demokratischen Rechte zu schützen und wahrzunehmen. Daher können die Menschen auf der Grundlage demokratischer Normen und im Rahmen der demokratischen Selbstverteidigung jede Art von demokratischen Aktionen entwickeln. Es ist notwendig, die Serhildans [*Volksaufstände*] noch weiter auszudehnen und zu verstärken und die Aktionsformen noch vielfältiger zu gestalten. Noch langfristigere Aktionen sollten durchgeführt werden.

Auch die Guerilla wird sich noch aktiver an dieser zweiten Etappe der Êdî-bes-e-Offensive beteiligen. Unsere Bewegung und unser Volk werden diese Phase zudem dafür nutzen, ihre Organisierung auszubauen, die Organisierung der demokratischen Kommunalität, der Räte. In allen Teilen Kurdistans und im Ausland werden sie sich auf die Räte stützend organisieren und in Aktion treten nach dem Motto „kein Lebensraum ohne Kommune, keine Stadt ohne Räte“. Dies zu realisieren wird nicht schwer sein. Es ist eine Frage der Systematik und der Mentalität. Parallel zu einem solchem Verständnis wird sich auch das System entwickeln. Das kurdische Volk wird somit eine neue Phase beginnen, in der es seine eigenen Beschlüsse in seinen Räten fasst, seinen Willen zum Ausdruck bringt und sich selbst organisiert. Während die zweite Etappe zum einen die Erweiterung der demokratischen Serhildans und des Widerstandes der Guerilla beinhaltet, bedeutet sie zum anderen die Offensive, das System der demokratischen Kommunalität zu entwickeln.

Die Organisierung ist sehr wichtig. Je mehr sie sich entwickelt, umso mehr werden sich das freie Leben und die Friedenshaltung entfalten. Einen anderen Weg gibt es nicht. Folglich ist die zweite Etappe der Offensive noch umfassender, es ist eine Kampfoffensive, die alle Bereiche umfasst. ♦

Waffenstillstand von 1999 bis zum 1. Juni 2004: 500 tote Guerilla

Der Ansturm des 1. Juni

Şoreş Toprak

Im Jahr 2004 zeichnete sich eine Zuspitzung der Lage in Nordkurdistan ab. So wurden im März bei Demonstrationen nach den Kommunalwahlen in mehreren kurdischen Provinzen zahlreiche Menschen getötet und über 100 verletzt.
Im April folgten groß angelegte militärische Operationen der türkischen Armee. Zum 1. Juni verkündete der Kongra-Gel offiziell das Ende des seit 1999 von der einstigen PKK ausgerufenen Waffenstillstands. Die Gründe dafür seien verstärkte Einsätze der türkischen Armee, die verschlechterten Haftbedingungen für den kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan sowie mangelnde Fortschritte die Rechte der kurdischen Bevölkerung betreffend. Nach dem Ende des Waffenstillstands weiteten sich die Zusammenstöße in den kurdischen Gebieten in Nordkurdistan aus.

Die legitime Verteidigung der HPG

Im Krieg zwischen der *Arbeiterpartei Kurdistan* (PKK) und dem türkischen Militär herrschte 1993 eine Pattsituation. Der PKK gelang es, ein militärisches Gleichgewicht zu schaffen. Doch ein militärischer Durchbruch konnte nicht erreicht werden. Auch der türkische Staat schaffte es nicht, die PKK zu vernichten. Es drohte eine Niederlage für beide Seiten. Aus diesem Grund erklärte die PKK dreimal einen Waffenstillstand und schlug Frieden vor. Auf die Waffenstillstandsangebote in den Jahren 1993, 1995 und 1998 ging der türkische Staat nicht ein und führte seinen Vernichtungskrieg fort.

1999 beendete die PKK den bewaffneten Kampf. Trotz dieses einseitigen Waffenstillstands kamen im Verlauf von 1999 bis zum 1. Juni 2004 bei Militäroperationen gegen die Guerilla 500 ihrer Mitglieder ums Leben. Deshalb und weil es zu keinen einschneidenden demokratischen Entwicklungen in der Türkei kam, traf die kurdische Freiheitsbewegung eine neue Entscheidung: Keinen bewaffneten Kampf wie in der Zeit des 15. August mehr, jedoch werden die HPG (*Hêzên Parastina Gel* - Volksverteidigungskräfte) legitime Verteidigungsmaßnahmen gegen jeden Angriff ergreifen, um das Volk und seine Einrichtungen zu schützen.

Der 1. Juni 2004

Die kurdische Freiheitsbewegung verkündete mit ihrer Entscheidung am 1. Juni 2004 der Weltöffentlichkeit, die Phase ihrer passiven Haltung zu beenden und nochmals eine aktive Verteidigungsperiode zu starten. Damit kam es in der Öffentlichkeit zu vielen heftigen Diskussionen, was auch gleichzeitig bedeutete, dass politische, soziale und ökonomische Fragen wieder auf die Tagesordnung der Türkei fanden. Trotz der Debatten wurde dieser Beschluss der aktiven Verteidigung der kurdischen Freiheitsbewegung jedoch weder vorher noch nachher richtig verstanden. Dafür ist ein Rundgang von der ersten Periode bis heute hilfreich.

Nach der Entführung des damaligen PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 kam es in der Türkei und weltweit zu massiven Protesten. Diese Vorkommnisse erreichten eine Dimension, bei der die Menschen nicht den Vorgaben der Organisation folgten, sondern sich aus eigener Initiative für Aktionen entschieden. Die Türkei verwandelte sich in einen chaotischen Schauplatz. Sowohl die PKK als auch die türkische Armee verloren langsam die Kontrolle, das Durcheinander nahm seinen Lauf. Der Türkei stand ein Bürgerkrieg zwischen türkischer und kurdischer Bevölkerung bevor.

Genau zu dieser Zeit rief Abdullah Öcalan aus der Einzelzelle in Imralı das kurdische Volk und die PKK auf, „die Gefechte zu beenden". Weiter forderte er, die Guerillaeinheiten vom türkischen Staatsgebiet abzuziehen und strategische Veränderungen vorzunehmen.

Der Aufruf Öcalans wurde sofort von der kurdischen Bevölkerung beachtet und die Ausschreitungen in den Straßen endeten. Das Zentralkomitee der PKK traf am 2. August 1999 die Entscheidung, ihre bewaffneten Kräfte vom türkischen Staatsgebiet abzuziehen. Dies war gleichzeitig die Verkündung des Übergangs von der aktiven zur passiven Verteidigungsperiode.

Trotz all dieser Fortschritte kam es aber zu einem nicht erwarteten Zustand. Die PKK sandte 1999 nach der Ankündigung des Waffenstillstands zwei Gruppen mit insgesamt 16 Personen, eine aus Europa, die andere aus den freien Bergen Kurdistans, als Friedensbotschafter/innen in die Türkei. Sie kamen vor

Gericht und erhielten langjährige Gefängnisstrafen. Auch wurde von einem unabhängigen kurdischen Staat Abstand genommen und stattdessen Frieden und gleiche demokratische, soziale und kulturelle Rechte für alle Menschen in der Türkei gefordert. Trotz dieser einseitigen Vorleistungen der kurdischen Freiheitsbewegung gab der türkische Staat keine positiven Antworten. Dagegen wurden Vernichtungsoperationen gegen die Guerilla und Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchgeführt und die Rückkehr der Menschen in ihre Dörfer behindert.

Der Übergang von der aktiven zur passiven Verteidigungsperiode hatte das Verteidigungssystem der Guerillakräfte verändert. Obwohl sie ihren neuen Beschluss verfolgten, stationierte das türkische Militär trotz alledem Einheiten an den Grenzen in den kurdischen Bergen. Es kam zu heftigen Gefechten. Hunderte Guerillas kamen ums Leben. Das Wichtigste war aber, dass die Entscheidung zum Rückzug der Guerillaeinheiten von der kurdischen Bevölkerung nicht richtig verstanden wurde.

Eines ist klar: Damit die kurdische Frage mit friedlichen und demokratischen Methoden gelöst wird, hatte sich die PKK entschlossen, ihre Guerillaeinheiten abzuziehen. Doch dieser Beschluss wurde von türkischer Seite nicht positiv bewertet. Also wurden die Militäroperationen gegen die Guerillas fortgesetzt. Sogar der ehemalige türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit deutete den Aufruf der kurdischen Freiheitsbewegung zur passiven Verteidigung als Strategie des Abwartens und Zerrüttens. Auch die AKP, die mit absoluter Mehrheit die Parlamentswahl am 3. November 2002 gewann, zeigte die gleiche Haltung zur kurdischen Frage.

Zu dieser Zeit stand der Angriff gegen den Irak auf der Tagesordnung. Die AKP-Regierung, bzw. das türkische Parlament, beschloss am 20. März 2003 in einer demütigenden Kehrtwendung, den USA im Krieg gegen den Irak Unterstützung zu gewähren. Als zuvor am 1. März die entsprechende Resolution jedoch gescheitert war, hatte sich die US-Regierung enttäuscht gezeigt. Dennoch wurde das Baath-Regime, unter Saddam Husseins Herrschaft, in kurzer Zeit zu Fall gebracht. Die Türkei hatte somit einen neuen Nachbarn. Und zwar die USA. Diese Situation bewirkte in der Türkei und innerhalb der PKK politisches Chaos.

Die einseitigen Bemühungen der kurdischen Freiheitsbewegung um einen Friedens- und Demokratieprozess wurden von der „Vernichtungspolitik" des türkischen Staates gebrochen. Sogar unter den Kurden/innen und innerhalb der Bewegung kam es zu schwankenden und zögerlichen Haltungen. Die kurdische Freiheitsbewegung stand somit von innen und von außen einer großen Bedrohung gegenüber.

Als sich im Jahr 2004 die militärischen Operationen der türkischen Armee in Nordkurdistan verstärkten und die AKP-Regierung nicht die Erwartungen für eine politische Lösung der kurdischen Frage erfüllte, brachte das die kurdische Freiheitsbewegung zum Nachdenken. Sie stand vor einer wichtigen Entscheidungsetappe, es ging um ihre Existenz. Bestand oder Zugrundegehen war die Frage der Stunde.

Ausgerechnet in dieser Phase proklamierten die *Volksverteidigungskräfte* (HPG), dass sie die passive Verteidigungsperiode beenden und ihre Strategie zur aktiven Verteidigungsperiode umwandeln. Die kurdische Freiheitsbewegung schloss sich an und erklärte, vom 1. Juni 2004 an zur aktiven Verteidigung überzugehen. Anschließend kam es erneut zu schweren Gefechten in den kurdischen Bergregionen in Nordkurdistan. Auch Aktionen der HPG gegen die türkische Armee nahmen zu.

Weil der türkische Staat sich nicht einer politischen Lösung der kurdischen Frage angenähert hatte, ist von der kurdischen Freiheitsbewegung der Beschluss zum „1.-Juni-Ansturm" gefasst worden. Diese Entscheidung bedeutete somit die Wiederkehr der Geschichte. Die Türkei wurde wiederum von politischen, ökonomischen und sozialen Fragen beträchtigt. Hunderte von Soldaten starben bei den Gefechten. So geschah, was nicht geschehen müsste.

Nachdem sich die Guerillaaktionen gegen die türkische Armee vermehrt hatten, verschärfte sich die Unterdrückungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden/innen und Zivilgesellschaftsorganisationen. Zu dieser Zeit wurden politische Parteien geschlossen und Aktivitäten der Zivilgesellschaftsorganisationen behindert. Gleichwohl beschloss am 23. August 2005 der *Nationale Sicherheitsrat* (MGK), gegen Kurden/innen, die ihren Wunsch nach Freiheit äußern, Gewalt einzusetzen. Nach der Versammlung wurde dieser Beschluss gegen Kurden/innen und deren Institutionen umgesetzt. In Trabzon, Eskişehir, Sakarya und anderen westtürkischen Provinzen kam es zu Lynchkampagnen gegenüber Kurden/innen, die sich später landesweit ausbreiteten. Viele dieser Angriffe wurden in Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitskräften organisiert.

Die Kriegsentschlossenheit des türkischen Staates hat auch gleichzeitig neue Fragen auf die Tagesordnung getragen. Im Jahr 2000 kam es wiederum zu ökonomischen Krisen. Das kam der Bevölkerung als Aufpreis auf den Tisch. Die Banden in der Türkei, die seit Jahren von diesem Krieg profitierten, warfen erneut den Speer.

Seit dem Beschluss des „1.-Juni-Ansturms" der kurdischen Freiheitsbewegung sind heute genau vier Jahre vergangen. In diesen vier Jahren hat dieser Beschluss die AKP-Regierung und die Partei zu einem großen Zerfall geführt. Auch schwere ökonomische sowie politische Krisen stehen heute auf der Tagesordnung der Türkei. Die Phase um Newroz 2008 hat der Öffentlichkeit nochmals gezeigt, was für einen Weg die kurdische Freiheitsbewegung in den vier Jahren zurückgelegt hat. ♦

Der „Fortschrittsbericht“ Türkei des Europaparlaments

Hüseyin Elmali

Am 21. Mai wurde in der Generalversammlung des Europaparlaments über dessen Entschließung zum Fortschrittsbericht 2007 diskutiert, ob die Anpassungsphase der Türkei den Prioritäten und Fristen gemäß verläuft. Nach massiven Diskussionen überwog die Einschätzung „nein, aber um der ohnehin fast eingefrorenen Beziehung nicht noch mehr zu schaden“, wurde der Bericht angenommen. Unnötig, darauf hinzuweisen, dass dieser Bericht nicht nur für die EU-Kapitalkreise und die staatlichen Eliten, die sich auf eine strategische Ehe mit der Türkei vorbereiten, wichtig ist, sondern auch für die europäischen Staatsbürger, die die Menschenrechte achten und sich nach den daraus ergebenden Rechten sehnen. Dieser Bericht betrifft genauso direkt die Kurden, Türken und Mitglieder anderer Volksgruppen in der Türkei und Türkei-Kurdistan.

Den Leserinnen und Lesern ist dieser Artikel nicht als eine ideologische Analyse, sondern vielmehr als ein Kommentar zu empfehlen. Der vom holländischen christdemokratischen Parlamentarier Ria Oomen-Ruijten gefertigte EP-Bericht unterstreicht den Beitrag der Türkei für die Energieversorgungssicherheit in Europa. Vom Parlament wird „erbeten“, im OSZE-Kontext keine Schwierigkeiten zu machen, damit die EU von den NATO-Quellen ausreichend profitieren kann. Dieses Zitat macht begreiflich, wie die Logik der EU-Türkei-Annäherung funktioniert, nämlich gemäß den gegenseitigen Interessen, dem anderen nicht auf die Füße zu treten.

Nach Betonung der Energiefrage und der militärischen Freundschaft zur Türkei wird die PKK zum Waffenstillstand aufgerufen und Verständnis für die grenzüberschreitenden Operationen des türkischen Militärs bekundet. Gleichzeitig wird an die türkische Regierung appelliert, keine unverhältnismäßigen Militäraktionen zu unternehmen. Der Bericht meidet den von allen europäischen Politikern ohne Weiteres benutzten Begriff „kurdisches Volk“, bevorzugt dagegen die Bezeichnung „kurdische Bürger“, um wahrscheinlich den Ausdruck „türkische Staatsbürger kurdischer Herkunft“ zu etablieren. Darin fühlen sich die Kurden, die ihre spezifischen Rechte einfordern, nicht erfasst. In diesem Sinne verweist der Bericht auf eine dringend notwendige Lösung der kurdischen Frage.

Neben dem Zusatzbericht der Frauenrechtskommission mit spezifischen Vorschlägen werden 57 unterschiedliche Themen angesprochen. So z. B., dass die neue Verfassung der Türkei als gesellschaftliches Übereinkunftsdokument eine zivile sein sollte, in der sich alle Menschen dort vertreten fühlen. Weiter wird darauf hingewiesen, dass Artikel 301 des türkischen Strafgesetzes die Meinungsfreiheit verletzt, dass aufgrund von einschränkenden Artikeln in Parteien- und Vereinsgesetzen diese nicht frei arbeiten können wegen der Angst vor einer Schließung, dass Folter und schlechte Behandlung anhalten, dass der Einfluss des Militärs über die Politik weiterhin besteht, dass gegen Beamte, die in schwere Vergehen wie Folter und Tötung verwickelt sind, keine rechtlichen Schritte eingeleitet werden, dass durch Chauvinismus und Nationalismus Hass und Gräuel geschürt werden (der Mord an Hrant Dink eingeschlossen), dass gegen Banden wie Ergenekon nicht ausreichend vorgegangen wird, dass die Rückkehr von Dorfbewohnern, deren Dörfer in den 90er Jahren verbrannt wurden, noch immer nicht gewährleistet und das Dorfschützersystem noch immer nicht aufgelöst ist, dass sich die sozioökonomische Kluft zu den Regionen vertieft, in denen überwiegend Kurden leben, dass die kurdische Sprache im öffentlichen Leben und in der Bildung noch immer verboten und ihr Erlernen aufgrund von Hindernissen nicht zu praktizieren ist.

Nach der Verbesserung der Krankenversicherung im Rahmen der sozialen Rechte für Arbeiter und Rentner wird das Pluralismusprinzip für religiöse Minderheiten und andere Glaubensrichtungen gefordert. Mit dem Verweis auf Erdoğans Äußerung in Deutschland – „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ – wird die Türkei aufgefordert, sich ebenfalls daran zu halten. Das Europaparlament bringt seine Sorge bezüglich des Schließungsverfahrens gegen die regierende AKP zur Sprache, appelliert aber auch an sie, die Prinzipien der Säkularität und des Laizismus zu beachten. Zudem wird ein mögliches Verbot der DTP als kontraproduktiv für eine politische Lösung betrachtet.

„Wir fordern die türkische Regierung mit Nachdruck auf, in erster Linie eine politische Initiative zur Förderung einer dauerhaften Lösung der Kurdenfrage einzuleiten, die nur in sozialen Chancen bestehen kann, die Bürgern kurdischer Herkunft offen stehen, wozu auch die reelle Möglichkeit gehört, die kurdische Sprache im Rahmen des staatlichen und privaten Schulsystems zu erlernen und sie im Rundfunk, im täglichen Leben sowie bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen zu verwenden (...)“

Wenn die notwendigen Maßnahmen des Beschlusses – „(...) Und fordern die EU auf, bei der Zahlung von finanziellen Zuschüssen im Rahmen der Anpassungsreformen an die Türkei diesen Umstand zu berücksichtigen“ – zügig umgesetzt würden, könnte Europa eine positive Rolle auch in der Türkei spielen. Sollte die alte Haltung der EU bestehen bleiben, so heißt das, dass sie zwar schöne Worte bereithält, aber an einer Änderung der Situation in der Türkei kein Interesse hat.

Die Erwartung der Kurden an die EU wird weder von Merkel noch von Sarkozy erfüllt, die weder die EU-Mitgliedschaft der Türkei wollen noch die Rechte der Kurden anerkennen. Notwendig und wertvoll wäre eine Haltung, die der Ernsthaftigkeit des jeden Tag schwerwiegender werdenden Konflikts Rechnung trägt und im Sinne humanitärer Werte und der Stabilität der Region sagt: „Es reicht!“ ♦

Die kurdische Frage bleibt ein zentraler Sprengsatz im Mittleren Osten

Israel, die Türkei und die Kurden

Nick Brauns, Journalist und Historiker, Berlin

„Wenn unsere beiden Länder sich die Hand reichen, wird daraus eine starke Faust," (Izchak Mordechai, israelischer Verteidigungsminister, über die Beziehungen Israels zur Türkei, Frankfurter Rundschau 9.9.1998)

Wenn über den kahlen Hängen der Kandilberge oder der zerklüfteten Felsenlandschaft des Zap-Flusses ein Kaulquappenförmiges Kleinflugzeug seinen Schatten wirft, herrscht höchster Alarm. Das Auftauchen dieser von israelischen Piloten ferngesteuerten Heron-Aufklärungsdrohnen ist ein sicheres Zeichen für eine drohende Angriffswelle türkischer Kampfbomber. Offiziell gelten die von Israel und den USA unterstützten türkischen Angriffe in Südkurdistan Stellungen der kurdischen *Volksverteidigungskräfte* HPG, doch getroffen wird vor allem zivile Infrastruktur wie Schulen, Brücken, Krankenhäuser und Ställe.

Dabei gab es nach dem Sturz Saddam Husseins durch die US-geführten Truppen 2003 innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung große Hoffnungen, in die Pläne der Sieger einbezogen zu werden. „So ist die US-amerikanische und israelische Haltung gegenüber den Kurden nicht nur von taktischer Natur, sondern gewinnt vielmehr zunehmend an strategischer Bedeutung", hieß es im Programm des Volkskongresses Kurdistan Kongra-Gel. „So werden die Kurden immer mehr als eine Kraft gesehen, der bei der Neustrukturierung des Mittleren Ostens eine herausragende Stellung zukommt. Deshalb gibt es Bestrebungen zur Vorbereitung der Kurden auf diese Rolle."

Tatsächlich unterstützte Israel bereits in den 60er und 70er Jahren die Peshmerga von Mullah Mustafa Barzani bei ihrem Kampf gegen die irakische Zentralregierung mit Geld und Waffen. Als die kurdischen Aufstände am Ende des Golfkrieges von 1991 durch die Truppen des Bagdader Regimes blutig niedergeschlagen wurden, appellierte der israelische Premierminister Shamir an US-Außenminister James Baker, die Kurden in Schutz zu nehmen. Dies betraf allerdings nur die von den Truppen Saddam Husseins massakrierten Kurden. Ihre Cousins und Cousinen aus der Türkei konnten sich keiner solchen Fürsprache aus Tel Aviv erfreuen.

Stattdessen hat Israel immer wieder eine strategische Partnerschaft mit der Türkei als prowestlichem, nichtarabischem Land im Nahen Osten gesucht, die spätestens ab den 90er Jahren zu Lasten der Kurden in der Türkei und ihrer Befreiungsbewegung ging. Die Türkei war am 28. März 1949 das erste muslimische Land, das den neu gegründeten Staat Israel diplomatisch anerkannte. Neun Jahre später, am 29. August 1958 schlossen Israels Premierminister David Ben Gurion und der türkische Premierminister Adnan Menderes den sogenannten Peripheriepakt gegen „sowjetischen Einfluss" und die Befreiungsbewegungen im Nahen Osten, der auch den Austausch von Geheimdienstinformationen und gegenseitige Militärunterstützung beinhaltete.

Strategische Militärallianz

Wirklich eng wurden die türkisch-israelischen Beziehungen in den 90er Jahren. Anlässlich eines Israel-Besuchs betonte der türkische Außenminister Hikmet Cetin im November 1993, dass es ein Ziel seiner Reise sei, Unterstützung im Kampf gegen die PKK zu gewinnen. Die beiden Staaten unterzeichneten einen Grundlagenvertrag, in dem der Gedanke eines weitreichenden Einvernehmens in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Sicherheit und Rüstungstechnologie enthalten war. Der israelische Präsident Ezer Weizman sicherte bei einem Gegenbesuch zwei Monate später in Ankara zu, dass Israel die Türkei bei der Terrorismusbekämpfung durch die Ausbildung türkischer Experten sowie den Austausch von Geheimdienstinformationen unterstützen werde. Im November 1994 reiste eine 50-köpfige israelische Militärdelegation in die Türkei, um die türkische Armee im Kampf gegen die PKK zu beraten. In diesem Jahr begann auch die Lieferung von Nachtsichtgeräten der israelischen Firma Tamam Precision Instruments für türkische Cobra-Kampfhubschrauber im Wert von 11,6 Millionen Dollar. Neben der systematischen Zerstörung kurdischer Dörfer, die der Guerilla die Möglichkeit nahm, wie der Fisch im Wasser zu agieren, trugen insbesondere diese Nachtsichtgeräte dazu bei, dass sich das 1993 errungene militärische Gleichgewicht zwischen der PKK und der Armee in Kurdistan wieder zugunsten der türkischen Besatzer neigte.

Eigentliche Triebkraft des türkisch-israelischen Bündnisses sind auf türkischer Seite die Militärs. So begann die Blütezeit der „strategischen Militärallianz" 1996, obwohl damals die islamische und Israel-feindliche Refah-Partei mit Necmettin Erbakan den Ministerpräsident stellte. Am 23. Februar 1996 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit. Darin enthalten sind der Austausch von Erfahrungen im Rah-

men eines Sicherheitsforums für strategischen Dialog, Zugang zu den militärischen Anlagen des jeweils anderen Landes und Manöver im jeweils anderen Land. Von nun an können israelische F-16-Kampfflugzeuge über türkischem Territorium den Luftkrieg üben – und dabei zugleich Syrien und Iran ausspionieren. Im Gegenzug werden türkische Piloten in Israel in der elektronischen Kriegsführung ausgebildet. Das Abkommen zeigt schnell erste Auswirkungen auf die Kurden. Während ihrer 16-tägigen Luftkriegsoperation „Früchte des Zorns" gegen schiitische Widerstandsgruppen im Libanon bombardierte die israelische Luftwaffe im April 1996 auch ein PKK-Camp in der Bekaa-Ebene.

Im August 1996 folgte ein weiteres israelisch-türkisches Abkommen über Rüstungskooperation und im Dezember beauftragte der türkische Premierminister Necmettin Erbakan die staatliche israelische Flugzeugindustrie mit der Modernisierung von 54 türkischen Phantom-F-4E- sowie 48 F-5-Kampfflugzeugen. Die Kosten von 675 Millionen Dollar wurden der Türkei durch Kredite mehrer israelischer Privatbanken finanziert. Das Rüstungsabkommen beinhaltete in den folgenden Jahren unter anderem die Produktion von Boden-Luft-Raketen, die Lieferung von vier Frühwarnflugzeugen und die Produktion von Sturmgewehren in der Türkei sowie die gemeinsame Produktion des Anti-Radar-Marschflugkörpers. Seit 1994 kaufte der türkische Geheimdienst zudem über die Tarnfirma Hospro in Großbritannien für mehrere Millionen Dollar Waffen aus Israel, die an Konterguerillaeinheiten für ihre Morde an kurdischen Zivilisten geliefert wurden. Dies ist dem abschließenden Parlamentsbericht zum Susurluk-Skandal zu entnehmen. Im Mai 2002 unterzeichnete die türkische Regierung ein Abkommen mit der staatlichen israelischen Militärindustrie zur Modernisierung von 170 M-60A1-Kampfpanzern. Die auch bei den grenzüberschreitenden Operationen im Nordirak eingesetzten Panzer erhielten Nachtsichtgeräte und eine 120-mm-Merkava-Kanone. Im Juli desselben Jahres gewann Israel eine türkische Ausschreibung für die Installation von Systemen der elektronischen Kriegsführung. Die Türkei finanzierte einen Teil dieser Waffenkäufe mit Wasserlieferungen. So vereinbarten Israels Premier Ariel Scharon und der türkische Energieminister Zeki Cakan im August 2002 die jährliche Lieferung von 50 Millionen Kubikmeter Frischwasser aus dem Fluss Manavgat bei Antalya an Israel. Das Abkommen läuft über 20 Jahre. Ein Kubikmeter Wasser wird mit einem Dollar Rüstungsgütern vergolten. Im Rahmen des Süd-Ost-Anatolienprojektes GAP führt Israel auch eigene landwirtschaftliche Projekte in Kurdistan durch.

Der Mossad auf Öcalans Spur

Die israelisch-türkische Waffenbrüderschaft trug nicht nur zur Aufrüstung der Türkei auf Kosten der kurdischen Befreiungsbewegung bei, sondern richtete sich politisch direkt gegen die PKK. Der türkische Premierminister Mesud Yilmaz bestätigte 1996 einen in Zusammenarbeit mit dem Mossad organisierten aber gescheiterten Mordanschlag auf den Vorsitzenden der PKK, Abullah Öcalan, in Damaskus. Im Mai 1997 erklärte Premierminister Benjamin Netanyahu, dass die „Bedrohung durch den Terrorismus" die Türkei und Israel verbinde: „Die Türkei leidet unter den terroristischen Angriffen der PKK, und wir sehen keinen Unterschied zwischen dem Terrorismus der PKK und dem Terrorismus, der Israel herausfordert." Netanyahu sprach sich gegen einen eigenen kurdischen Staat aus und versicherte, ein Friedensvertrag zwischen Israel und Syrien könne so lange nicht unterzeichnet werden, wie Damaskus die PKK unterstütze. Im September 1998 sprach Netanyahu von einer „zentralen Achse", die das „Fundament der Sicherheitsstrukturen in dieser Region" bilden werde. Die Türkei und Israel seien „natürliche Verbündete", deren Zusammenarbeit „die strategische Balance im Nahen Osten verändern" werde. Mit dieser Unterstützung im Rücken konnte Ankara seine Panzer an der Grenze zu Syrien aufmarschieren lassen und mit offenen Kriegsdrohungen am 9. September die Ausweisung Abdullah Öcalans aus seinem langjährigen Exil erzwingen.

Der Mossad hat, nach Darstellung des ehemaligen Geheimagenten Victor Ostrovsky, dem türkischen Geheimdienst MIT geholfen, den PKK-Vorsitzenden bei seiner Flucht über Russland, Italien und Griechenland nach Kenia zu verfolgen, so dass Öcalan schließlich am 15. Februar 1999 in Nairobi gekidnappt und in die Türkei verschleppt werden konnte. Die Maschine mit dem Gefangenen an Bord musste zum Auftanken eine Zwischenlandung machen – vermutlich in Israel. Als kurdische Demonstranten vor der israelischen Botschaft in Berlin-Grunewald gegen die Beihilfe Israels bei der Entführung Öcalans demonstrierten und einige von ihnen versuchten, in das Gebäude zu gelangen, eröffneten die wachhabenden Agenten das Feuer und töteten drei Kurdinnen und Kurden. In einem in der Geschich-

Türkisches Aufklärungsflugzeug in Südkurdistan abgestürzt

Von Israel gemietete unbemannte Aufklärungsflugzeuge haben im Auftrag der türkischen Armee in Şırnak und an der Grenze zu Südkurdistan in den Gebieten Kanimasi, Nizor, Haftanin und Keşan Aufklärungsflüge unternommen.
Wie jetzt bekannt wurde, ist eines dieser Flugobjekte in Südkurdistan nahe der türkischen Grenze in den Meder-Verteidigungsgebieten abgestürzt. Örtliche Quellen berichteten, vermutlich handele es sich um einen Aufklärer des Typs Heron israelischer Bauart, der von der Guerilla abgeschossen worden sei. Einheiten der türkischen Armee seien hektisch damit beschäftigt, die Überreste zu bergen.
Der Peschmerga-Sprecher Cabar Yaver ließ dazu lediglich verlauten, dass die Angelegenheit untersucht werde. Weder die türkische Armee noch die HPG haben sich bisher zu dem Thema geäußert.
Quelle: ANF, 28.4./23.5.2008

te des Geheimdienstes wohl einzigartigen Statement versicherte Mossadchef Efraim Halevi anschließend: „Ich möchte Ihnen allen sehr deutlich machen, dass wir nicht das Geringste mit der Festnahme von Abdullah Öcalan, dem Führer der PKK, zu tun haben." Dieser Wink galt offenbar den mit Israel verbündeten südkurdischen Parteien KDP und PUK, die trotz ihrer politischen Gegnerschaft zu Öcalan eine solche Auslieferung eines kurdischen Politikers an die Türkei als zutiefst illoyalen Akt empfanden.

Iran im Fokus

Nach dem Sturz Saddam Husseins durch die US-geführten Truppen im Frühjahr 2003 verschlechterten sich nicht nur die türkisch-amerikanischen Beziehungen schlagartig. Auch die Allianz mit Israel erfuhr eine Abkühlung. Schließlich war es ein offenes Geheimnis, dass zahlreiche israelische Geheimdienstagenten und Sicherheitsexperten – darunter auch viele israelische Kurden – in der Region Kurdistan aktiv wurden. Der bekannte US-Recherchejournalist Seymour Hersh deckte im Juni 2004 unter Berufung auf israelische Militärquellen im Magazin *The New Yorker* auf, wie israelische Sicherheitsexperten Peshmerga ausbildeten, um sie sowohl gegen den arabischen Widerstand als auch gegen Iran einzusetzen. „Israelische Geheimdienst- und Militäragenten operieren jetzt in aller Stille in Kurdistan, bilden kurdische Kommandoeinheiten aus und, äußerst wichtig aus israelischer Perspektive, führen geheime Operationen innerhalb der kurdischen Gebiete in Iran und Syrien aus." Als Reaktion auf die Unterstützung der irakischen Kurden durch die USA und Israel rückte die Türkei zu dieser Zeit näher an Syrien und den Iran, die kein Interesse an einer Stärkung der Kurden haben konnten.

Doch im Herbst 2007 erfolgte ausgehend von den USA wieder ein Umschwung in den israelisch-türkischen Beziehungen. Um die Türkei als Basis für einen möglichen Krieg gegen Iran nutzen zu können, hatte sich Washington bereit erklärt, die Türkei im Kampf gegen die PKK zu unterstützen. Bei Treffen zwischen Vertretern der USA, der Türkei und Israels im Anschluss an den Bush–Erdoğan-Gipfel vom 5. November 2007 wurde vereinbart, dass die türkische Regierung im Gegenzug für geheimdienstliche Informationen über PKK-Stellungen zum Aufbau von US-Militärstützpunkten gegen den Iran und auch Syrien beitragen soll. Mit Einverständnis der kurdischen Regionalregierung sowie logistischer Unterstützung der Türkei entstand im vergangenen Herbst auf dem Berg Korek nahe der Kleinstadt Diyana wenige Kilometer von der iranischen Grenze entfernt ein Militärstützpunkt mit modernster Satelliten- und Radartechnik, in dem israelische und US-Experten arbeiten. Ein ähnlicher Stützpunkt der USA soll nahe der Stadt Yüksekova in der südöstlichen türkischen Bergprovinz Hakkari gebaut werden, schreibt Mehmet Yaman am 2. Januar 2008 für die kurdische Nachrichtenagentur ANF. In beiden Fällen schadet die Präsenz der PKK den israelischen und US-Interessen. Diyana liegt direkt hinter den von der PKK kontrollierten Kandil-Bergen und Hakkari ist eine Hochburg der kurdischen Befreiungsbewegung.

Drohnen gegen Guerilla

Seit Mitte Dezember fliegt die türkische Luftwaffe nahezu wöchentliche Angriffe auf Ziele in Südkurdistan. Bei diesen auch im Frühsommer fortgesetzten Angriffen auf Südkurdistan werden der Türkei die Ziele durch US-Spionageflugzeuge sowie israelische Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron vorgegeben. Die Türkei hatte im Jahr 2004 10 Bodenstationen und 30 bis 40 dieser unbemannten Kleinflugzeuge im Wert von rund 200 Millionen Dollar bei der staatlichen israelischen Luftfahrzeugindustrie und der israelischen Rüstungsfirma *Elbit Systems* bestellt. Aufgrund technischer Probleme verzögerte sich die für 2007 vereinbarte Lieferung. Stattdessen mietete die Türkei für die jüngsten Angriffe auf Südkurdistan eine Reihe von Drohnen der israelischen Armee. Diese werden von einer israelischen Spezialistencrew auf dem Luftwaffenstützpunkt im nordkurdischen Batman betrieben, die zugleich türkische Militärs an dem Aufklärungssystem ausbildet. „Zusammen mit den Informationen, die wir von den USA erhalten, sind Israels unbemannte Luftfahrzeuge äußerst hilfreich", bestätigte der türkische Verteidigungsminister Vecdi Gonul seinem israelischen Amtskollegen Ehud Barak im Februar kurz vor Beginn der türkischen Bodenoffensive gegen Südkurdistan.

„Wir haben nichts dagegen, wenn Israel und die Türkei entsprechend ihrer Interessen ihr Verhältnis zueinander verbessern. Für uns ist der Punkt wichtig, dass Israel dafür sorgt, dass die Waffen, die die Türkei benutzt, noch tödlicher werden, und somit zum Partner der Türkei beim Töten von Kurden wird", erklärte Murat Karayilan, Ratsvorsitzender der *Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan* KCK, Ende Januar 2008. Er warnte: „So wie Juden überall auf der Welt leben, so gibt es auch weltweit Kurden. Wir sind gezwungen, darüber zu debattieren, was wir gegen das Verständnis eines Landes wie Israel unternehmen können, das sich speziell bemüht, bei der Tötung der Kurden mitzuwirken und die Türkei entsprechend technisch ausrüstet. Meine Worte sollten nicht als leere Drohung verstanden werden." Karayilan fügte hinzu: „Wir glauben an das Existenzrecht des Staates Israel im Mittleren Osten. Die Existenz des jüdischen Volkes in der Region ist ein Fakt. Aber wir sind auch davon überzeugt, dass in gleicher Form den Kurden Rechte zustehen. Davon müsste auch Israel überzeugt sein."

Doch entscheidend für Israels Stellung zu den Kurden ist nicht – wie manchmal in der israelischen und kurdischen Presse zu lesen ist –, dass Juden und Kurden über gemeinsame Verfolgungserfahrungen in der Geschichte verfügen oder dass gar – wie israelische Wissenschaftler herausgefunden haben wollen – zwischen Kurden und Juden die engste genetische Verwandtschaft besteht. In seiner Außenpolitik geht der zionistische Staat rein pragmatisch vor. Während die irakischen Peshmerga von KDP und PUK aufgrund ihrer oftmals bewiesenen Bereitschaft, sich fremden Interessen unterzuordnen, für Israel als Bündnispartner gegen Iran oder arabi-

sche Staaten interessant sind, wird die von der PKK geführte Befreiungsbewegung aufgrund ihrer Weigerung, sich Großmachtinteressen unterzuordnen, in Tel Aviv als unzuverlässiger Störfaktor in der Region eingeschätzt. Zwischen der Türkei und Israel besteht dagegen eine Allianz, die auf gemeinsamen strategischen Interessen ebenso wie auf Gemeinsamkeiten in der Struktur und Stellung der beiden Staaten beruht. In beiden Staaten spielt das Militär eine zentrale Rolle. Beide Staaten agieren als Besatzungsmächte, die Minderheiten in ihrem Herrschaftsbereich gewaltsam begegnen und aufgrund eines rassistisch definierten Selbstverständnisses als „jüdischer Staat“ oder „Staat der Türken“ große Teile der eigenen Bevölkerung – Kurden und arabische Israelis – ausgrenzen. Und beide Staaten haben immer wieder eine Funktion als Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten erfüllt. Temporäre Differenzen etwa aufgrund der israelischen Ausbildungshilfe für die südkurdischen Peshmerga oder türkischer diplomatischer Beziehungen mit der palästinensischen Hamas sind demgegenüber zweitrangige Störfaktoren.

Fahri Türk, Politologiedozent an der Universität Edirne, fasst die gegenseitigen Interessen der Türkei und Israels an einer Kooperation zusammen: „Die wichtigsten Vorteile der Türkei aus dieser Kooperation mit Israel sind der Waffenhandel als Kompensation zu Waffenkäufen in den USA. Außerdem ein hochinteressanter Technologietransfer, die Sicherstellung der Unterstützung der jüdischen Lobby in den USA und die Bekämpfung der PKK und des kurdischen Nationalismus. Tel Aviv betrachtet die Stärkung der nationalen Sicherheit, die Legitimierung des jüdischen Staates, die Intensivierung der diplomatischen Kontakte zu den zentralasiatischen Staaten mit Hilfe der Türkei und die Zusammenarbeit bei den wasserbezogenen Projekten als wichtigste Determinanten ihrer Zusammenarbeit mit Ankara.“ (Eurasisches Magazin 30.7.06)

Starker Mann am Bosporus

Die Rolle der Türkei als strategischer Partner Israels ergibt sich auch daraus, dass das Land geopolitisch sowie mit seiner prowestlichen Regierung im islamischen Schafspelz die Rolle einer Brücke – oder besser eines trojanischen Pferdes des Westens – zur arabischen und islamischen Welt einnimmt. Dies gilt insbesondere gegenüber Syrien. Seit der Vertreibung Abdullah Öcalans 1998 hatte sich das syrisch-türkische Verhältnis fortlaufend verbessert. „Damaskus ist für Ankara das Tor zur arabischen Welt, während Ankara für Damaskus das Tor nach Europa ist“, erklärte Recep Tayyip Erdoğan während seines Syrienbesuchs im April 2008. Diese Position nutzte die Türkei nun, um als Mittler zwischen Syrien und Israel aufzutreten. Rückgabe der israelisch besetzten Golanhöhen gegen einen Friedensvertrag lautet der Vorschlag des „ehrlichen Maklers“ Erdoğan. Für das bislang als „Schurkenstaat“ auf der „Achse des Bösen“ verortete Syrien ergibt sich so die Chance, von den USA und der EU verhängte Embargos und Wirtschaftssanktionen abzuwerfen, während Israel und die USA durch eine Annäherung Syriens an den Westen die Isolierung des Iran, aber auch der palästinensischen Hamas und der libanesischen Hizbollah vorantreiben wollen. Gewinner der syrisch-israelischen Geheimdiplomatie ist auf jeden Fall die Türkei, die angesichts eines isolierten Iran und eines im Chaos versunkenen Irak ihre Rolle als regionale Vormacht im Nahen Osten ausbaut. „Die Türkei wird damit erstmals seit dem Ende des Osmanischen Reiches im Nahen Osten ein wichtiger Akteur und übernimmt dort Aufgaben, die auch für die Vereinigten Staaten und Europa wichtig sind. Im Gegenzug, so die Grundannahme der von Erdoğans außenpolitischem Berater Davutoğlu entworfenen Außenpolitik, erhöht die Türkei ihr Gewicht in der EU und in Nordamerika“, schrieb Rainer Hermann in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. April 2008. Dass die Türkei gleichzeitig durch ein neues antikurdisches Militärbündnis mit dem Iran dessen Isolation wieder aufbricht und damit westlichen Interessen zuwider handelt, zeigt die Paradoxie einer Quadratur des Kreises. Die kurdische Frage bleibt damit neben der palästinensischen Frage der zentrale Sprengsatz im Mittleren Osten. Ohne deren Lösung werden weder die imperialistischen Neuordnungspläne eines „Größeren Mittleren Ostens“ erfolgreich sein. Noch können andererseits die Völker der Region ihre Freiheit gegen die Pläne der westlichen Großmächte und ihrer Kettenhunde Israel und Türkei erkämpfen, solange Kurdistan eine blutende Wunde bleibt. ♦

„(…) die Haltung der USA und Israels ist alles andere als nur taktisch. Es ist eine Entwicklung, die dauerhaft und strategisch ist und ihnen nach und nach alle Kurden in die Arme treiben soll. Man sieht sie als die wichtigste Kraft bei der Umgestaltung des Mittleren Ostens und versucht, sie entsprechend zu präparieren. Die antisowjetische und antimittelöstliche Rolle, die der Türkei ab den 1950er Jahren übertragen wurde (gegen Araber und den Iran), will man jetzt in größerem Maßstab und längerfristig die Kurden spielen lassen. Natürlich geht es eigentlich um die Rolle eines zweiten Israels. Es scheint kaum möglich, dass die USA und Israel darauf verzichten werden. In der gegenwärtigen Situation bedeutet der Verlust der Kurden für die USA den Verlust des Mittleren Ostens und den Verlust Israels. Darüber hinaus werden sie, wenn der Iran und die Türkei Schwierigkeiten machen, wieder wie im Irak die Kurden als Hebel benutzen wollen. Kurz gesagt werden für den Mittleren Osten die Kurden in Zukunft der ‚Knüppel aus dem Sack’ sein. Insbesondere die primitiv nationalistischen Fraktionen der Kurden sind dazu ohne Umschweife bereit und überbieten sich gegenseitig darin, sich dafür zu empfehlen.“
(aus: Plädoyer für den freien Menschen, Abdullah Öcalan 2003, S. 115)

Gülen und seine Gemeinde pflegen gute Beziehungen zur jeweiligen Regierung

Fethullah Gülen und die islamischen Orden in der Türkei

Mehmet Bakır, zurzeit im F-Typ-Gefängnis Bolu

Die islamischen Orden in der Türkei sind scheinbar Geschichte. Doch sie existieren fort und entwickeln großen gesellschaftlichen Einfluss. Die Förderung der Religiosität durch den türkischen Staat, wie sie nach dem Militärputsch 1980 gegen linke Bewegungen praktiziert wurde, hat sich zu einem Eigentor entwickelt. Die Fundamentalisten wollen mehr als die ihnen zugewiesene Rolle, sie wollen die Macht. Obwohl man im Zusammenhang mit der regierenden AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung") von einem „gemäßigten Islam" spricht, eskalieren die Widersprüche mit den kemalistischen und türkisch-nationalistischen Kräften.

Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches und der Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923 wurde dem Reich der Scheiche [*Scheich = „Ältester", religiöses Oberhaupt*] und des islamischen Schariarechtes ein Ende gesetzt. Der Konflikt zwischen den islamischen Orden *[tariqa, arabisch für „Weg" oder „Methode", bezeichnet eine Glaubensgemeinschaft*] und dem Kemalismus wurde zu einem Machtkampf. 1924 wurden die Orden an das staatliche „Präsidium für Religionsangelegenheiten" (*Diyanet İşleri Başkanlığı*) angebunden. Ein Jahr später, am 3. März 1925, wurden sie alle mit dem „Gesetz für Ruhe und Ordnung" (*Takrir-i Sükûn Kanunu*) verboten. Als Reaktion auf den kurdischen „Scheich-Said-Aufstand" im Februar 1925 wurde am 3. März der Ausnahmezustand in Nordkurdistan (der türkische Teil Kurdistans) verkündet. Mit dem selben Gesetz wurde gewerkschaftliche Tätigkeit verboten, ebenso die kommunistische Partei. 15 ihrer Gründer wurden später ermordet. Eine dunkle Zeit brach an.

In der „laizistischen" türkischen Republik wurde die Religion dem Staat untergeordnet. Obwohl dies dem Sinn der „Trennung von Staat und Religion" des Laizismus widerspricht, wird diese Form und Interpretation des Laizismus noch immer beibehalten. Die Imame [*islamische Geistliche und Vorbeter*] sind Beamte des Staates. Das staatliche Amt dient angeblich dazu, die Religion unter der Kontrolle des Staates zu halten. Es befasst sich nur mit der islamischen Religion in ihrer sunnitischen Ausprägung. Daher ist es nicht falsch zu sagen, dass der türkische Staat eine Religion hat und dass er sunnitisch ist (wobei schon der türkische Nationalismus und Kemalismus wie eine Staatsreligion sind). Man könnte ihn also als „halblaizistisch" bezeichnen. Religionskritik ist bis heute strafbar und ein Tabuthema.

Die Nurcu und die Gülen-Bewegung

Jeder Orden ist nach seinem Imam benannt, dem Mann an der Spitze der Hierarchie. Für die radikalen Fundamentalisten ist die Gemeinde die entschlossene Einheit für den Krieg [*dschihad*] für die Religion und für Gott. Ein besonders interessanter Orden in der Türkei ist der Nurcu-Orden. Seinen Namen hat er vom 1876 im Dorf Nurs in der Provinz Bitlis geborenen Said Nursî, der Kurde war und wegen seiner engen Verbindungen zur kurdischen Bewegung auch Said-i Kurdî genannt wurde.

Nursîs Aufstieg hängt eng mit den kurdischen Aufständen zusammen. Er trat für Kalifat und Scharia ein und stand der 1957 an die Macht gekommenen Regierung Menderes sehr nahe. Die heute extrem einflussreiche internationale Gemeinschaft Fethullah Gülens ist Teil des Nurcu-Ordens, der wiederum ein Zweig der Nakschibendi ist (Entstehung im 14. Jahrhundert). Turgut Özal, der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzende der ANAP („*Mutterlandspartei*", liberal-konservativ) sowie Necmettin Erbakan, Ideologe von *Milli Görüş* und Vorsitzender der „Partei der Glückseligkeit" (*Saadet Partisi*), sind Angehörige der Nakschibendi-Bruderschaft. Auch Recep Tayyip Erdoğan, der Vorsitzende der AKP und Ministerpräsident, ist als Nakschibendi bekannt. Insgesamt soll mehr als die Hälfte des Kabinetts der AKP-Regierung aus Nakschibendi bestehen.

Said Nursî kam in den Jahren des Zerfalls des Osmanischen Reiches nach Istanbul. Dort beteiligte er sich am „Aufstand des 31. März" im Jahr 1909, der für einen neuen Kalifatsstaat mit Scharia-Gesetzgebung eintrat. Dieser Aufstand wurde von der kemalistischen Bewegung niedergeschlagen. Nursî musste nach Isparta in die Verbannung und tauchte als Mitgründer der „*Kürt Teali Cemiyeti*", des *Vereins zur Förderung der Kurden*, eines der ersten kurdischen Vereine, wieder auf. Zur Eröffnungsfeier der 1922 gegründeten *Großen Nationalversammlung*, des Parlaments der späteren Republik, erhielt er eine Einladung.

Wegen angeblicher Beteiligung am Scheich-Seid-Aufstand von 1925 wurde er von den „Unabhängigkeitsgerichten" verurteilt und verbannt. Im Exil in Barla begann er mit der Abfassung der „Nur Külliyatı", der „Bücher des Lichts", und legte so die Grundlagen für den Nurcu-Orden. Danach scheint er sich von der kurdischen Nationalbewegung gelöst und sich nur noch um seinen Orden gekümmern zu haben. Seit der Veröffentlichung der „Nur Külliyatı" begann man, ihn als einen Philosophen für die gesamte islamische Welt zu sehen. Seine Jünger verliehen ihm den Titel „Bediüzzaman" („der Einzigartige seiner Zeit").

Er engagierte sich weiterhin politisch und wurde dreimal ins Gefängnis geworfen, 1935, 1943 und 1947. Als 1950 das Einparteiensystem abgeschafft wurde, hielt er engen Kontakt zur neuen „*Demokratischen Partei*" (DP) von Adnan Menderes, die 1957 die Regierung übernimmt. Der Militärputsch von 1960 stürzte die DP-Regierung, Adnan Menderes und seine engsten Vertrauten wurden hingerichtet. Nursî starb am 23. März desselben Jahres und die Putschistenoffiziere verbargen seine Leiche an einem bis heute unbekannten Ort.

Said Nursî vertrat die Ansicht, die Ganzkörperverschleierung (çarşaf) sei „Burg und Graben" für die Frauen. Für Frauen sei es unschicklich, sich an Gerichte der türkischen Republik zu wenden, da dies „nicht zur Ehre und Würde des Islam" passe. Er vertrat die Lehre, die Politik müsse der Religion unterstehen, die staatliche Ordnung müsse also von der Scharia bestimmt werden.

Fethullah Gülen wurde 1941 in der Provinz Erzurum geboren. Als Kleriker war er in verschiedenen Moscheen tätig, zuletzt in den großen Moscheen Istanbuls. Während seiner Predigten weint er meist und rührt auch die zuhörende Gemeinde zu Tränen. Über seine Fernsehsender und Radiokanäle werden diese Predigten live übertragen und später in Wiederholungen gesendet. Seit er in den USA lebt, verbreitet er seine Predigten über Videoaufnahmen (und natürlich youtube.com). Seine Anhänger reden ihn als „hoca efendi" an, als „Herr und Meister". Gülen selbst wiederum redet von Said Nursî, dessen Lehren er streng befolgt, meist als „Bediüzzaman". In jeder Predigt bezieht er sich auf dessen Lehren und erinnert an ihre „Erhabenheit".

Fethullah Gülen gilt heute im Westen als jemand, der islamische Lehren mit liberalen Ideen vertritt und den interreligiösen Dialog propagiert, als „gemäßigter Islamist". Er nahm als islamischer Führer an „Gipfeltreffen" mit christlichen und jüdischen religiösen Führern teil. Als nach den Angriffen vom 11. September 2001 die antiislamische Furie losbrach, hoffte man, dass ein solcher Gipfel zu einer gemäßigten Atmosphäre beitragen und gegen die „Islamophobie" helfen könne. Dies hatte auch teilweise Erfolg. In der Zeit des außertürkischen Exils nahm Gülen an verschiedenen Treffen mit Politikern und Universitätsdozenten teil, worüber auch in der Presse berichtet wurde. All dies trug dazu bei, das Image vom „moderaten Islamisten" zu festigen. So stufte das Wirtschaftsmagazin Forbes in seiner Ausgabe vom Januar 2008 Fethullah Gülen als „für alle Muslime inspirierenden Prediger", „jemanden, der den weltlichen Staat nicht zerschlagen und keinen Schariastaat errichten will", und „jemanden, der trotz seiner Zugehörigkeit zum Nurcu-Orden Lehren vertritt, die zur Modernität kompatibel sind", ein.

Gülen und seine Gemeinde verfolgen die Politik, gute Beziehungen zur jeweiligen Regierung und ihren Parteien zu pflegen und von ihnen Unterstützung als Gegenleistung für Wählerstimmen zu bekommen. Beispielsweise hatte er sich mit dem „Sozialdemokraten" Ecevit getroffen und offen seine Unterstützung für dessen DSP („*Demokratische Linkspartei*") erklärt, als sich Mitte der 90er Jahre ein Stimmenzuwachs für die Partei abzeichnete. Dafür erhielt er eine Gegenleistung: Ecevit lobte die Aktivitäten der Gemeinde Gülens im In- und Ausland. Heute unterstützt die Gülen-Gemeinde die AKP-Regierung. All dies wird durch die wirtschaftlichen Verflechtungen erleichtert.

Das Imperium des Fethullah Gülen

Es heißt, dass das islamische Kapital in der Türkei über 50 Milliarden US-Dollar verfüge, wovon 25 Milliarden allein auf die Gülen-Gemeinde, also den Nurcu-Orden, entfallen sollen. Seit 1982 veranstaltete Fethullah Gülen Treffen, um Kapitalvertreter, die seiner Gemeinde angehören oder ihr nahestehen, zu organisieren. Diese fanden zunächst in Konya statt, später im Landkreis Keşan in Thrakien. Der Jahresumsatz der zur Gemeinde gehörigen Unternehmen wird auf 2 Milliarden Dollar beziffert. Bis zu 500 Unternehmen, davon 56 Großunternehmen, sind als zur Gemeinde gehörig bekannt. Der mit Gülens Zustimmung gegründete „Arbeits- und Lebenssolidaritätsverband" (*İş Hayatı Dayanışma Derneği*) soll mehr als 2000 Mitglieder haben, davon 500 Unternehmer. 17 Unternehmerverbände unterstützen ihn angeblich.

Die 1996 gegründete Bank *Asya Finans* wurde mit 2 Milliarden YTL [*Neue türkische Lira*] gegründet und macht einen Tagesumsatz von 1 Milliarde YTL. Es gibt in der Türkei drei Fatih-Universitäten. In Aserbaidschan gehören die *Çağdaş-Öğretim-İşletme*-Schulen, in Kasachstan und im Kaukasus das Presseunternehmen *Feza*, in Ankara das *Örs*-Privathospital, in Gebze eine Marktforschungsgesellschaft sowie die türkeiweit mit 400 Agenturen operierende *Işık*-Versicherung zum Imperium. In der Türkei betreibt Gülen mehr als 200 Privatschulen, mehr als 1000 „Lichthäuser" (*Işık Evi*), knapp 500 private Schulungsinstitute und ebenso viele Studentenwohnheime, darüber hinaus 250 Schulen und 21 Studentenwohnheime in 54 Ländern sowie rund 200 Stiftungen. Allein die *Akyazili*-Stiftung mit Sitz in Izmir besitzt 300 Immobilien, 46 Wohnheime, 16 Schulungsinstitute und diverse Handelshäuser. Auch im Mediensektor besitzt die Gülen-Gemeinde großen Einfluss. Über diese Outlets werden die Botschaften des „Herrn und Meisters" Gülen verbreitet. Türkeiweit betreibt er 25 Radiostationen und den Fernsehsender *Samanyolu* TV (STV), die Tageszeitung *Zaman* sowie die Zeitschriften



Fethullah Gülen mıt Tansu Çiller und Recep Tayyip Erdoğan — Foto: en.fgulen.com

Aksiyon und *Sızıntı* sind die wesentlichen Bestandteile dieses Medienimperiums. Die Tageszeitung *Zaman* ist die meistverkaufte und wird darüber hinaus weithin kostenlos verteilt. *Zaman* erscheint auch in den Turkrepubliken und in Europa als Tageszeitung, seit 2007 sogar in einer internationalen englischsprachigen Ausgabe (www.todayszaman.com). In den Kaukasusrepubliken erscheint sie in den Landessprachen. Als einziger türkischer Fernsehsender sendet STV auch in Aserbaidschan. Darüber hinaus ist die Nachrichtenagentur *Cihan Haber Ajansı* eine der größten der Türkei und der Turkrepubliken.

Die Gülen-Gemeinde macht offen Propaganda damit, dass sie in den Schulen, Kursen und Kulturzentren außerhalb der Türkei die türkisch-islamische Synthese lehrt. In diesen Schulen sind mehr als 7000 Lehrkräfte beschäftigt. Es findet eine besondere religiöse Unterweisung durch spezielle Lehrbeauftragte oder beauftragte SchülerInnen statt, die von den Schülerinnen und Schülern als *abi* bzw. *abla* (großer Bruder bzw. Schwester) bezeichnet werden. Mädchen, die kein Kopftuch tragen, fangen bald damit an. Wenn ihre Familien nicht wie sie leben, werden die Familien zu kafir (vom Glauben Abgefallene) erklärt und die Kinder von ihren Familien losgerissen. Sie werden zu „erleuchteten“ Anhängern der Fethullah-Gülen-Gemeinde. Die Jugendlichen, die im April 2007 drei Mitarbeiter des christlichen *Zirve-Verlags* in Malatya folterten und ermordeten, wurden nach eigenen Angaben in einem *Işık Evi* (Lichthaus) in der Lehre von Said-î Nursî unterwiesen.

1996–97 wurden Ermittlungsverfahren gegen Fethullah Gülen mit dem Vorwurf, den Staat umzustürzen und einen Scharia-Staat errichten zu wollen, eingeleitet und er ging in die USA ins Exil. Seine Predigten und „Bildungsvorträge“ wurden eine Zeitlang breit in den Medien wiedergegeben. Damals wurde auch berichtet, dass eine seiner Zeitschriften, *Sızıntı*, Kassetten mit seinen Reden vervielfältigte und in Mekka verkaufte. In diesen Reden offenbart Fethullah Gülen seine wahren Absichten und Ziele: die Errichtung eines theokratischen Staates auf religiöser Grundlage. Er erklärt, dass man nicht offen für die Scharia eintreten dürfe, sondern eine vielseitige, langfristige Arbeit und eine unauffällige Organisierung nötig seien. Die Aufrufe zu derartigen Aktivitäten bilden die Grundlage für die Verfahren gegen ihn, die aber inzwischen eingeschlafen sind. Seiner Rückkehr in die Türkei scheint nichts mehr im Wege zu stehen.

Die Gülen-Gemeinde unterscheidet sich von den klassischen reaktionären Verfechtern der Scharia. Ihr Äußeres und ihr Diskursstil sind moderner, wirken „gemäßigter“. Doch dieser Schein trügt. Alle Orden vertreten, dass es keine Reform des Islam geben könne, dass der Koran die Gesetze (Scharia) enthalte, die das Leben im gesellschaftlichen System ordnen, und dass diese unbedingt zu befolgende Regeln (*farz*) darstellten. Sie gehen jedoch davon aus, dass man auf dem Weg zur Scharia unauffällig vorgehen und die Sache langfristig angehen müsse, wie er selbst sagt. Dabei solle man gute Beziehungen zur staatlichen Bürokratie pflegen, dort Anhänger gewinnen und eigene Leute platzieren. Besonderes Augenmerk richtet er in Theorie und Praxis auf Bildungseinrichtungen und alle Arten von Jugendaktivitäten. Für die Gemeinde hat eine starke wirtschaftliche Organisierung Priorität. Und Gülen hat sich eine starke Position in den staatlichen Institutionen (auch der Polizei) verschafft. Es ist sehr wichtig, sich gründlich mit der Gülen-Bewegung (und auch den anderen Orden) zu beschäftigen und nicht den Fehler zu machen, sie zu unterschätzen. ♦

Das Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftprojekt

Eine lange und intensive Kampagne steht uns bevor

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Vor zwei Monaten erklärten wir, dass nach der Veröffentlichung des relativ kritischen Berichts des Ilisu-Expertenkomitees (CoE) im März 2008 die internationalen Medien wieder deutlich mehr über das Ilisu-Projekt informierten. Das öffentliche Interesse stieg deutlich an und die Proteste in der Türkei gegen das Projekt nahmen wieder deutlich zu. Im März 2008 erklärten die mit einer Exportkreditversicherung involvierten Regierungen von Deutschland, Österreich und die Schweiz, dass sie bei einer Nichterfüllung der damit verknüpften 153 Auflagen aus dem Projekt aussteigen würden. Im Mai 2008 – nachdem die Türkei Ende April den drei Regierungen erklären sollte, wie sie die Auflagen erfüllen würde – sollte eine Entscheidung seitens der europäischen Regierungen erwartet werden.

Doch in den letzten zwei Monaten hat sich nichts Neues ergeben. Die Entscheidung wurde auf Mitte Juni verschoben und beim Verfassen dieses Artikels lag diese uns noch nicht vor. Doch aus den Erklärungen der letzten zwei Monate und aus kurzen Gesprächen zwischen Regierungsmitarbeitern und Aktivisten der europäischen Ilisukampagne ist zu entnehmen, dass die drei europäischen Regierungen aus politischen Gründen nicht aus dem Projekt aussteigen werden. Dazu ist das wirtschaftliche und politische Interesse am Ilisuprojekt und insgesamt an dem Wasserkraft- und Talsperrenmarkt Türkei zu groß[*]. Für die Unternehmen der drei europäischen Staaten ist die Türkei ein zu wichtiger Investitionsmarkt. Außerdem sind die drei europäischen Exportkreditversicherungen nach Zusage noch nie von sich aus aus einem Projekt ausgestiegen. Bei Projekten, die zum Stopp kamen, erfolgte dies vielmehr von der anderen Seite oder die Initiative verlief mit der Zeit nach langem Nichtstun im Sande.

Am 20. Juni 2008 wird es in Wien ein Treffen geben, an dem verantwortliche Regierungsvertreter, Mitarbeiter der Exportkreditversicherungen, die führenden Köpfe des Expertenkomitees und Vertreter der europäischen Ilisukampagne (WEED, ECA-Watch Austria, Erklärung von Bern etc.) teilnehmen werden. Nach diesem Treffen wird wahrscheinlich die Entscheidung bekannt gegeben. Noch haben die drei Regierungen die Möglichkeit, aus dem Projekt auszusteigen, da die Türkei die Auflagen nicht erfüllt hat. Doch unserer Einschätzung nach werden die drei Regierungen mitteilen, dass die Türkei ernsthafte Dokumente vorgelegt hat, wie sie ab jetzt die Auflagen erfüllen wird – erste Schritte seien schon positiv gelaufen. Daher müsse der Türkei weitere Zeit eingeräumt werden, um sie bei der Umsetzung der Auflagen zu unterstützen. Vielleicht wird das Projekt erst einmal für einige Monate oder ein bis eineinhalb Jahre ausgesetzt, damit die Mitarbeiter des Staatlichen Wasseramtes DSI ausgebildet werden können, eine Forderung des Expertenkomitees. In dieser Zeit darf nicht weitergebaut werden.

Diese Herangehensweise begründen die drei europäischen Regierungen damit, dass es sich bei Ilisu um ein Pilotprojekt handele, was richtungweisend für weitere Projekte sei. Wenn die Türkei dieses Projekt nach „internationalen Standards" umsetze, werde sie große Erfahrung sammeln und dies bei zukünftigen Projekten anwenden können. Der zurzeit stattfindende Wechsel in der Politik mit der AKP-Regierung ermögliche diese Vorgehensweise. Außerdem bestehe nach wie vor die Gefahr, dass bei einem Ausstieg von europäischer Seite dieses Projekt mit anderen, vor allem chinesischen, Partnern umgesetzt werden könnte. In solch einem Fall würden keinerlei Standards beachtet werden.

Diesen Aussagen können wir widersprechen. Die Türkei hat bisher in ihrem Verhalten gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung und unserer Initiative, die die Betroffenen vertritt, keine Anzeichen gezeigt, dass sie sich anders als bisher verhält. Nach wie vor spricht sie nicht ernsthaft mit der Bevölkerung und diffamiert weiter unsere Bewegung. Wirkliche tiefgreifende politische und soziale Veränderungen finden in der Türkei leider kaum statt. Die wenigen positiven Wandlungen der Jahre 2002 bis 2005 werden seit zwei Jahren eher umgekehrt.

Die AKP-Regierung hat keine durchgreifende Demokratisierung des Landes eingeleitet. Vielmehr verfolgt sie bei Reformen die Interessen der eigenen Basis und nicht der gesamten Gesellschaft. So zum Beispiel das Gesetz über die Freigabe des Kopftuches an den Universitäten. Gleichzeitig verschärft sie ihre Vorgehensweise gegenüber den KurdInnen und macht mit dem Militär gemeinsame Sache. In diesen Wochen und Monaten steuert die Gesellschaft geradewegs auf eine neue politische Krise zu. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen wird Unternehmen unter verdächtigen Umständen gestattet.

* Die Türkei hat etwa 140 Wasserkraftwerke in Betrieb, 40 sind in Bau und 540 weitere in Planung.

Einige Besuche in dem Ort Ilisu haben gezeigt, dass erste Bauarbeiten angefangen haben. Neben dem Bau von 12 Militärstützpunkten um Ilisu wird die Straße ausgebaut und so einiges an Erde an der Baustelle bewegt. Bis zu 40 Menschen arbeiten dort zurzeit. Auch wenn die drei europäischen Regierungen diese Arbeiten nicht als Bauarbeiten bezeichnen – da der Staudammkörper selbst nicht gebaut wird –, müssen die Tätigkeiten eindeutig als Baubeginn bezeichnet werden. Hier zeigen die europäischen Regierungen ein zynisches Verhalten. Die Türkei schafft Tatsachen, bevor eine Entscheidung seitens der europäischen Regierungen über das weitere Vorgehen getroffen wird und, setzt sie somit unter Druck.

Währenddessen geht die Kampagne gegen den Ilisu-Staudamm vor Ort weiter. Unsere Initiative macht mit der Informierung der Betroffenen weiter. Es werden Unterschriften an die deutsche, österreichische und schweizer Botschaft gerichtet gesammelt, die auch eine Ankündigung eines Asylantrages enthalten.

Vom 18. bis zum 20. April hat die *Stiftung der Gesellschaftsfreiwilligen* (TOG) Veranstaltungen in Hasankeyf unter dem Motto „Jugendliche werden zur Stimme Hasankeyfs“ durchgeführt. Hier wurden mit unterschiedlichen Seminaren und Workshops anhand Hasankeyfs das Thema „Kulturelles Erbe“ und der Umgang der Türkei damit behandelt. Begleitet wurde dies von kulturellen Aktivitäten. Es nahmen insgesamt über 150 Jugendliche aktiv daran teil.

Die zivilen Organisationen in Batman werden noch aktiver in die Kampagne einbezogen. So können mehr Personen von Batman und Hasankeyf aus effektiver arbeiten, was eine ständige Präsenz in Hasankeyf einschließt. Die DTP-Fraktion im türkischen Parlament hat eine umfangreiche Anfrage bei der türkischen Regierung eingereicht.

Inzwischen ist auch der türkische *Naturverein* (türkisch: Doğa Derneği) in die Kampagne eingestiegen, was durch unsere und die europäische Ilisukampagne mitbewirkt wurde. Damit konnte die Kampagne auch auf die westtürkische Gesellschaft ausgeweitet werden, was uns Betroffene von den uns gegenüber geäußerten Vorwürfen der türkischen Regierung entlastet. Der *Naturverein* konzentriert sich auf die Kultur und Natur und hat am 15. Mai in Hasankeyf ein Infobüro mit der Teilnahme des berühmten türkischen Popstars Tarkan eröffnet. Das Büro soll Anlaufpunkt für Touristen und an Kultur und Natur Interessierte sein. Über die Eröffnung hat die gesamte türkische Presse ausführlich berichtet.

Die Kampagne wird in den kommenden Monaten weiter entwickelt werden. Im August wird es zuvor einen speziellen Hasankeyf-Aktionstag geben. Im Herbst wird das Batman-Festival wieder seinen Schwerpunkt auf Hasankeyf legen. Und auch Tarkan kündigte an, ein internationales Konzert im Herbst in Hasankeyf zu organisieren. Demonstrationen verschiedener Art können jederzeit stattfinden. ♦



Pop-Musiker Tarkan: Die Geschichte in der Türkei wird zerstört

Der Pop-Musiker Tarkan hat sich an der Eröffnung des „Hasankeyf-Naturbüros“ beteiligt und auf die Zerstörung der Geschichte in der Türkei hingewiesen. Dieses Informationsbüro in Hasankeyf wurde vom *Naturverein* (Doğa Derneği), der seit 2005 gegen den Ilisu-Staudamm arbeitet, im Rahmen seiner neu gestarteten Kampagne „Stoppt die Vernichtung von Hasankeyf“ eröffnet. Vor der Eröffnung besichtigte Tarkan mit Vertretern des *Naturvereins* und dem Bürgermeister von Hasankeyf einige wichtige Stellen der Stadt, begleitet von rund 100 Journalisten. Der anwesende Redaktionsleiter der Zeitschrift *Atlas*, Özcan Yüksek, bezeichnete Hasankeyf als das Çanakkale des Ostens.

Tarkan verlas zur Eröffnung des Büros eine Deklaration. Nach seinen Worten ist das 10 000 Jahre alte Hasankeyf ein zu schützendes Freilichtmuseum, wo die Wurzeln der Menschheitskultur liegen. Tarkan sagte weiter: „Die europäischen Staaten erhalten ihre Geschichte mit großer Sorgfalt. Ich wende mich an unsere Politiker, Intellektuellen und Künstler. Sie müssen auf die Stimme der Menschen hören. In aller Welt nehmen die Stimmen zu, die den Stopp des Ilisuprojektes fordern. Wir fordern auch die ausländischen Unternehmen zum Ausstieg aus dem Projekt auf, das in ihren Ländern niemals verwirklicht werden könnte.“ Tarkan verwies auf die negativen Folgen von Talsperren, auf die Zerstörung von Kultur und Umwelt, wie zahlreiche Beispiele in der Welt es schon belegt hätten.

Quelle: DIHA, 14.05.2008

Kurdinnen und Kurden brauchen globale Solidarität

NATO-Strategie: KRIEG STATT FRIEDEN

Monika Morres, Azadî e.V., Juni 2008

… **bis der letzte Terrorist die Waffe gestreckt hat,** würden die Militäroperationen fortgeführt werden, ließ Ministerpräsident Tayyip Erdoğan Mitte Mai 2008 auf Forderungen nach einem Waffenstillstand verlautbaren. Parallel hierzu kündigte der Generalstab vollmundig einen baldigen Sieg der Armee über die PKK an: Die Guerilla sei „in heller Panik" und Führungskräfte der kurdischen Bewegung befänden sich auf der Flucht. Diesem Sich-in-die-Tasche-Lügen widmete der in der Türkei bekannte und viel gelesene Mehmet Ali Birand eine Kolumne in der Tageszeitung *Posta*: „Die Medien gehen so vor, um die Moral der türkischen Streitkräfte zu steigern. Dabei tragen wir damit nur dazu bei, dass das Vertrauen in der Öffentlichkeit schwindet. Die vielen Übertreibungen und aufgeblasenen Parolen ermüden die Gesellschaft. Wir leiten damit lediglich eine unnötige Erosion ein." Jede Woche werde davon gesprochen, „dass die PKK sich in Auflösung und großer Panik" befände, und aufgrund der „übertriebenen Anzahl der Toten" entstünde der Eindruck, „dass fast die gesamte PKK getötet worden sein" müsse. Mit einer derartigen Berichterstattung betrüge man sich aber nur selbst: „Wir müssen endlich einsehen, dass wir mit unnötigen Heldengeschichten nirgendwo hinkommen."

Vermutlich wird die politische und militärische Elite darüber hinweglesen und an dem Glauben festhalten, sich auf der Siegerseite in diesem seit Jahrzehnten ungelösten türkisch-kurdischen Konflikt zu befinden. Dazu mag beitragen, dass sich das NATO-Mitglied Türkei der Unterstützung der USA und der EU-Staaten im Vorgehen gegen die kurdische Bewegung gewiss sein kann, soll sie doch eine tragende Rolle in der imperialistischen Neuordnung des Nahen bzw. Mittleren Ostens übernehmen. War die Türkei in der Zeit des Kalten Krieges das Bollwerk gegen den Kommunismus, wird ihr nun die Aufgabe zuteil, im „internationalen Anti-Terror-Kampf" den Kettenhund zu spielen und den Zugriff der imperialen Mächte auf die Rohstoffquellen der Region abzusichern. Hierfür sind alte Gräben überwunden worden – die USA und Europa sehen ihre Interessen durch Erdoğan und seine AKP gewahrt.

NATO-Strategie gegen kurdische Bewegung

Die Türkei würde nichts lieber tun, als einen autonomen kurdischen Staat im Norden des Irak zu verhindern, befürchtet sie doch, eine solche Entwicklung könne auch Forderungen „ihrer" Kurden nach mehr Eigenständigkeit nach sich ziehen. Dessen ist sich die US-Regierung sehr wohl bewusst. Weil sie aber den Nordirak – Südkurdistan – als Militärbasis und Aufmarschgebiet für künftige Feldzüge braucht, muss diese Region für die Türkei tabu bleiben. Während Erdoğans Besuch bei US-Präsident Bush Anfang November 2007 dürften die konzeptionellen Absprachen getroffen worden sein. Danach erhielt die Türkei als Gegenleistung umfangreiche logistische Unterstützung bei der Bekämpfung der PKK-Guerilla – z. B. durch Aufklärungsflüge und Geheimdienstinformationen. So führt die türkische Armee im Rahmen eines umfassenden NATO-Gesamtkonzepts seit Mitte Dezember 2007 einen Krieg, an dessen Ende die Liquidierung der kurdischen Bewegung und aller Guerilla-Kräfte stehen soll.

Der kurdischen Bewegung den Kampf angesagt haben analog auch die EU-Staaten, allen voran – wie gehabt – die deutsche Politik, die in traditioneller Verbundenheit insbesondere auf dem Repressions- und militärischen Sektor an der Seite der Türkei steht. So veröffentlichte das Friedensforschungsinstitut SIPRI Anfang Juni in seinem Jahrbuch, dass die BRD mit 23,7 Milliarden Euro den sechsten Platz bei den weltweiten Militärausgaben einnimmt, wobei neben Griechenland und Südafrika die Türkei der wichtigste Abnehmer deutscher Waffen ist. Derzeit stehen weitere Garantievergaben an, z. B. für Überwachungs-, Ortungs- und Aufklärungssysteme, Hubschrauber oder Funkausrüstungen.

Einer Kriegserklärung gleich kam auch das 1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther erlassene Betätigungsverbot der PKK. Kurdinnen und Kurden, die wegen politischer



Auf der Friedensdemo am 1. Juni in Istanbul Foto: DIHA

Verfolgung in Deutschland um Asyl nachsuchten, sahen sich plötzlich auch hier Vorwürfen ausgesetzt, die ihnen aus der Türkei nur allzu bekannt waren. Zehntausende politisch aktiver Kurdinnen und Kurden wurden mit Ermittlungsverfahren überzogen, Hunderte zu teilweise langen Haftstrafen wegen politischer Betätigung verurteilt.

Auch jetzt, im fünfzehnten Jahr des Verbotes, steht in der deutschen Politik nicht der Dialog und die Suche nach einer Konfliktlösung mit friedlichen Mitteln im Vordergrund, sondern eine Strategie eines rückwärts gewandten Konfrontationskurses, was sich auch in sämtlichen Anklageschriften und Urteilen im Zusammenhang mit §-129-Verfahren widerspiegelt.

Friedenspolitik auf der EU-Terrorliste

In den vergangenen Jahren, insbesondere nach der völkerrechtswidrigen Verschleppung des ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus Kenia in die Türkei im Februar 1999, hat die kurdische Bewegung eine dramatische Kursentwicklung vollzogen. Mit der 2002 neu gegründeten Organisation KADEK und 2003 KONGRA-GEL (*Volkskongress Kurdistan*), wurden tief greifende strukturelle und politische Veränderungen vorgenommen. Die Grundlage bildete die Lösung der „kurdischen Frage“ mit friedlichen und politischen Mitteln, wofür umfassende Demokratisierungsprojekte für die gesamte Türkei erarbeitet und angeboten wurden. Diese Bemühungen stießen sowohl in der Türkei als auch in den EU-Ländern auf Gleichgültigkeit. Schlimmer noch: Die PKK wurde 2002 auf die EU-Terrorliste gesetzt, ihr folgten der kurz zuvor gegründete KADEK und 2004 KONGRA-GEL. Bis heute sind die Organisationen gelistet. Obwohl der Europäische Gerichtshof in Luxemburg am 3. April 2008 entschieden hatte, dass die PKK und der aus ihr hervorgegangene KONGRA-GEL von der Liste gestrichen werden müsse.

Zerstörte Hoffnungen

Die Hoffnungen der kurdischen Organisationen, mit einer SPD/Grünen-Regierung könne sich ein Dialog entwickeln, an dessen Ende die Aufhebung des sog. PKK-Verbots steht, sind sehr rasch zerstoben. Die einstigen Unterstützer/innen wollten sich nicht mehr erinnern lassen. Im Gegenteil: Mit dem „roten“ Innenminister Otto Schily wurde die Strafverfolgung verschärft – der 11. September 2001 kam ihm hierbei entgegen. Die Anti-Terror-Pakete waren schnell geschnürt und durchs Parlament gejagt. Schily erwies sich als verlässlicher Partner der Türkei, mit der eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen im „Anti-Terror-Kampf“ getroffen und der Informationsaustausch vor allem in (politischen) Strafsachen intensiviert wurde.

Schily hatte also „gute“ sozialdemokratische Vorarbeit für seinen Nachfolger Wolfgang Schäuble (CDU) geleistet, der ihn durch stetig neue, häufig durch das Bundesverfassungsgericht als rechtswidrig verworfene, Verschärfungen übertreffen will.

Innen- und Außenpolitik

Verschärfte Repression gegen Kurden

In der kurdischen Frage wird offensichtlich, wie eng Innen- und Außenpolitik miteinander verbunden sind. In dem Maße, wie die Türkei mit weit reichender logistischer Unterstützung der USA seit Mitte Dezember 2007 militärisch gegen die kurdische Bewegung vorgeht, hat auch die strafrechtliche Verfolgung kurdischer Aktivisten und das polizeiliche Vorgehen gegen kurdische Einrichtungen in Deutschland zugenommen: Durchsuchungen kurdischer Vereine und Wohnungen, Asylwiderrufe wegen politischer Betätigung, Einbürgerungsverweigerungen, Asylablehnungen und die Verhaftung kurdischer Politiker – allein sechs im März und eine im April.

Herausgreifen wollen wir hierbei einerseits die Polizeiaktionen gegen die in Berlin/Hamburg ansässige *Informationsstelle Kurdistan*, die Fernsehproduktionsfirma VIKO bzw. den kurdischen Fernsehsender ROJ TV und insbesondere die neue „Qualität“ der jüngsten Verhaftungen. Das Novum ist, dass Kurd(inn)en, denen das Spendensammeln vorgeworfen wird, nicht nach dem Vereinsgesetz

strafverfolgt werden, sondern sie sind dem Verdacht der „Bildung/Unterstützung/Mitgliedschaft (in) einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129 StGB) ausgesetzt. Das bedeutet, dass den Aktiven – Vereinsvorsitzenden oder einfachen Mitgliedern – statt einer (wenn überhaupt) Geld- jetzt eine Haftstrafe droht. Eine endgültige Einschätzung über die Hintergründe der jüngsten Strafverschärfung wird vermutlich erst vorgenommen werden können, wenn eine erste Anklageschrift vorliegt.

Das Signal ist eindeutig: Es kann alle treffen, auch jene, die sich in ihren Vereinen engagieren wollen und denen vorgeworfen wird, Mitglied der *Föderation kurdischer Vereine in Deutschland* – YEK-KOM – zu sein, die wiederum als „legaler Arm“ des KONGRA-GEL fungieren würde. Ergo unterstütze jedes Vereinsmitglied die Organisation, die in Deutschland unter das PKK-Betätigungsverbot subsumiert wird. Jede verteilte Zeitschrift, jede Demonstration und insbesondere jeder gespendete oder gesammelte Cent trage dazu bei, die Strukturen der Organisation aufrechtzuerhalten. Insbesondere deshalb konzentrieren sich die Strafverfolgungsbehörden verstärkt auf den Finanzsektor. Schließlich soll der Organisation der Garaus gemacht und der „Sumpf trockengelegt“ werden. Dazu dient gerade auch die EU-„Terror“listung von PKK/KONGRA-GEL, die u. a. die Beschlagnahmung des Vermögens und das Einfrieren der Konten von betroffenen Organisationen zur Folge hat.

In einer im April 2007 vom B*undesamt für Verfassungsschutz* herausgegebenen Broschüre beschäftigt sich die Behörde mit der angeblichen „Doppelstrategie des KONGRA-GEL“ . Danach bemühe sich die Organisation in Europa weitgehend um ein „gewaltfreies Erscheinungsbild“, in der Türkei bzw. in der nordirakischen Grenzregion hingegen trete sie militant-offensiv auf. Wobei wenig bis gar nichts über die Kriegstreiberei der Türkei und die politischen Hintergründe zu lesen ist. Die „Schuld“ an den Auseinandersetzungen zwischen türkischer Armee und den kurdischen *Volksverteidigungskräften* wird hier wie auch im Verfassungsschutzbericht 2007 einzig der kurdischen Freiheitsbewegung zugewiesen.

Wie in allen Berichten zuvor werden auch in der aktuellen Fassung die Aussagen von Funktionsträgern aus dem Zusammenhang gerissen zitiert und in einen bestimmten Kontext gesetzt. Sie erhalten dadurch eine Dimension, die vermitteln soll, hier spreche das personifizierte Böse, der Terrorist, der Gefährder der BRD.

So ist dort zu lesen, was der damalige YEK-KOM-Vorsitzende Mehmet Demir anlässlich der Eröffnung des *15. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals* am 1.9.2007 ausführte: „Freund und Feind sollen wissen, und ich wende mich in erster Linie an den deutschen Staat: Mit der Unterdrückung der Kurden werdet ihr kein Resultat erzielen. Das kurdische Volk führt seinen Freiheitskampf seit dreißig Jahren und es wird ihn auch weiterhin führen. Es wird den Staaten Europas nicht gelingen, uns durch eine Politik der Unterdrückung von unserer Führung zu trennen.“ So what?

Auf diese Weise wird ein Feindbild konstruiert, das einerseits dazu dienen soll, die kurdische Bevölkerung in Unruhe zu versetzen, abzuschrecken, einzuschüchtern, zu spalten, eine Solidarisierung mit dem kurdischen Befreiungskampf zu verhindern und einen Dialog mit kurdischen Repräsentant(inn)en zumindest zu erschweren.

Andererseits soll es der Türkei vermitteln, dass die deutsche Politik verlässlich an der Seite des NATO-Partners steht, dass sie dessen Verbalattacken gegen angebliches europäisches Wohlverhalten gegenüber den kurdischen Organisationen den Wind aus den Segeln nehmen und zeigen will, dass sie mindestens so gut verfolgen kann wie die Türkei. Das „Hurra“ aus Ankara folgt prompt jeder Durchsuchung oder Verhaftung. Besonders laut war dieses Lob nach den Polizeiaktionen gegen kurdische Medien. Auf entsprechende Resonanz stoßen auch die zunehmenden Anträge der türkischen Justiz auf Auslieferung von politischen Aktivist(inn)en kurdischer oder linker türkischer Organisationen. Bereitwillige Unterstützung hat Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble der Türkei mehrfach zugesichert.

Angriff auf die kurdischen Medien

Daran, dass der Türkei das kurdische Medienwesen ein besonderes Dorn im Auge ist, macht sie schon lange keinen Hehl. Seit Jahren übt sie Druck auf verschiedene EU-Länder aus, kurdischen TV-Sendern die Lizenzen zu entziehen, Zeitungsredaktionen zu schließen oder Nachrichtenagenturen die Arbeit zu untersagen. Die Aufklärung und Informierung der Öffentlichkeit über die Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei, über Folter, Verhaftungen, Verleumdungen, Verbalattacken auf kurdische Parlamentarier/innen, Angriffe auf DTP-Mitglieder oder -büros und insbesondere den Krieg der türkischen Armee in Nordirak soll unmöglich gemacht werden.

Der Verfassungsschutz sieht das offensichtlich ähnlich. In seinem Bericht 2007 wird in dem Abschnitt „Nutzung der Medien“ ausgeführt, dass der KONGRA-GEL „über ein umfassendes Medienwesen“ verfüge, mit dem „u. a. politische Botschaften“ veröffentlicht würden, die die „Anhänger informieren oder aktivieren“. Das gelte neben bestehenden Internetseiten insbesondere für die Zeitung *Yeni Özgür Politika*, den Fernsehsender ROJ TV und die Nachrichtenagentur *Firat News Agency*. Um die Teufelsliste vollständig zu machen, wird auch der in Neuss ansässige *Mesopotamien-Verlag* erwähnt.

Vor diesem Hintergrund sind die am 7. Mai erfolgten Durchsuchungen der Studioräume der in Wuppertal ansässigen Firma VIKO, die für den kurdischen TV-Sender ROJ in Dänemark produziert, zu werten. Von den Polizeimaßnahmen betroffen waren auch zahlreiche Wohnungen von (auch ehemaligen) Mitarbeitern. Wie dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen zur Wohnungsdurchsuchung eines ehemaligen Gesellschafters von VIKO zu entnehmen ist, ist der Hintergrund ein vom Bundesinnenministerium eingelei-

tetes Ermittlungsverfahren wegen angeblicher PKK-Unterstützung sowohl der Produktionsfirma als auch des TV-Senders. Ziel der Ermittlungen sind Erwägungen des Ministeriums, die Medien verbieten zu lassen.

Dass von der Repression nicht nur die kurdische Presse getroffen werden soll, zeigte auch die Razzia im Büro der *Informationsstelle Kurdistan* (ISKU) in Hamburg und die Wohnungsdurchsuchung eines Mitarbeiters in Berlin am 13. März. Laut Beschluss des Hamburger Amtsgerichts vom 7. 12. 2007 wird ihr u. a. vorgeworfen, „positiv" über die „kurdische Freiheitsbewegung" zu berichten, was bereits als Verstoß gegen das Vereinsgesetz zu gelten habe. Ebenso, dass das Programm von KONGRA-GEL in deutscher Sprache auf der Internetseite nachzulesen sei und man sich auf eine Unterschriftenliste eintragen könne, mit der die Streichung von PKK/KONGRA-GEL von der EU-Terrorliste gefordert wird.

Die Mitarbeiter/innen der ISKU übersetzen Meldungen und Berichte aus kurdischen/türkischen Nachrichtenagenturen und Zeitungen, berichten über herausragende Ereignisse in der Türkei, veröffentlichen Stellungnahmen kurdischer Politiker/innen und Organisationen. Weil sie durch diese Arbeit wichtige Öffentlichkeit in Deutschland herstellt, will man auch ihre Aktivitäten torpedieren.

Türkei plant Anti-PKK-Offensive in Europa

Es kann nicht damit gerechnet werden, dass die Kriminalisierung alsbald ein Ende hat.

So meldete die kurdische Nachrichtenagentur FIRAT NEWS am 25. Mai, dass auf einer Sitzung des „Hohen Antiterrorrates" der Türkei beschlossen worden sei, in der Türkei und den EU-Ländern – besonders in Deutschland – eine umfassende Kampagne gegen die PKK starten zu wollen. So sei einerseits geplant, in der Türkei die Familien von PKK-Kämpfer(inne)n aufzusuchen, damit diese auf ihre Söhne und Töchter einwirken, die Guerilla zu verlassen und den Kampf aufzugeben. Bedienen will man sich hierbei und bei der Kampagne in Europa auch der PKK-Abtrünnigen und -Kronzeugen. Die Lobby- und Öffentlichkeitsoffensive in den EU-Staaten soll über türkische „Nichtregierungsorganisationen", Botschaften und anderweitige Außenvertretungen verbreitet werden. Auf Plakaten, Konferenzen und Seminaren, per Flyer, über Radio und Fernsehen soll die Öffentlichkeit „aufgeklärt" werden – schwerpunktmäßig darüber, dass die PKK angeblich in den Drogenhandel verwickelt sei bzw. von diesem profitiere.

Am 30. Mai hat US-Präsident George W. Bush die PKK bzw. den KONGRA-GEL auf Grundlage des „Foreign Narcotics Kingpin Designation Act" auf die US-Liste der Organisationen, die Drogenhandel betreiben, setzen lassen – gemeinsam mit der kalabrischen N'drangheta, der sizilianischen Cosa Nostra und mexikanischen Drogenbaronen!

Auf einer Pressekonferenz am 5. Juni aus Anlass eines informellen Arbeitsbesuchs in Washington, erklärte der türkische Außenminister Ali Babacan u. a., dass man gemeinsam gegen die PKK kämpfe und militärische Operationen in enger Kooperation mit den im Irak stationierten US-Streitkräften durchführe. Diese enge Kommunikation werde man weiter fortsetzen.

Seine Amtskollegin Condoleezza Rice bekräftigte, dass die Türkei und die Vereinigten Staaten sowie die irakische Regierung gemeinsam der Ansicht seien, dass Attacken der PKK aus dem Irak gegen die Türkei nicht zugelassen werden dürften. Die PKK sei eine Feindin des Irak, eine Feindin der USA, eine Feindin der gesamten Region. Deshalb müsse man sich auf eine Zusammenarbeit mit der Türkei konzentrieren.

Hier also schließt sich der Kreislauf bzw. wird das gemeinsame Anti-PKK-Konzept deutlich, das seinen konkreten Anfang im Jahre 2006 mit den Planungen zur Installierung eines Gremiums namens „Anti-PKK-Koordination" genommen hatte. Hochrangige Ex-Militärs aus der Türkei, den USA und des Irak sollten mit einem strategischen Stufenplan den Boden bereiten für die „Lösung der kurdischen Frage" mit den Mitteln des Krieges und der Repression.

Das schmutzige „Spiel" wird also weitergehen. Seien wir aufmerksam und noch wichtiger: Lassen wir die Kurdinnen und Kurden nicht allein. ♦

Wir [AZADÎ] bitten um Ihre/Eure Unterstützung

Aufgrund der verschärften Repression gegen kurdische Aktivisten – mehrere Vereins- und Wohnungsrazzien, allein 5 Verhaftungen in den letzten Wochen und nicht zuletzt die Tendenz, Verstöße bislang gegen das Vereinsgesetz nunmehr als Straftaten nach § 129 (Unterstützung und Bildung einer kriminellen Vereinigung) zu verfolgen – rufen wir Sie/Euch auf, uns bzw. die Betroffenen auch materiell zu unterstützen. So erhält jeder Gefangene monatlich 103,– Euro für Einkauf in den Gefängnissen, die Zeitungsabos kosten vierteljährlich 60,– Euro und nach (finanzieller) Möglichkeit versuchen wir auch, die Bücherwünsche der Gefangenen zu erfüllen.
Schon jetzt bedanken wir uns für Eure Unterstützung. Da uns das Finanzamt Düsseldorf auch für die nächsten drei Jahre die Gemeinnützigkeit anerkannt hat, können wir auch Spendenquittungen ausstellen.

Kontaktadresse:
AZADI e.V.
40210 Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 70A
Tel: 0211-830 29 08
E-Mail: azadi@t-online.de

Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ.: 430 609 67
Kto. Nr.: 80 357 826 00

Gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen

Dieser Albtraum soll endlich enden

Meral Akyol, Yeni Özgür Politika, 3. 4. 2008

Die Kolumnistin der Tageszeitung *Yeni Özgür Politika* Songül Beyazgül hat die grausamen Spuren der Tat mit der Kolumne „Eine Frau“ bezeugt. Der Name „Einer Frau“ ist Aylin Korkmaz. Auch sie hat ihren Anteil an der Brutalität, die weltweit gegen Frauen – gleich welcher Sprache, welcher Religion und welcher Farbe – angewandt wird, erhalten. Ihr Gesicht wurde von ihrem Ex-Mann Mehmet Korkmaz zerschnitten, mit welchem sie in Adana durch eine arrangierte Heirat getraut worden war. Er schnitt ihr Ohr ab, durchbohrte ihren Hals und fügte ihr am ganzen Köper Messerwunden zu. Laut den Medizinern war es ein Wunder, dass sie überlebte. Ihre Muttergefühle haben sie wieder zum Leben gebracht. Aus dem von ihr erlebten Alptraum holte sie erst der Anblick der Gesichter ihrer Kinder zurück. Gegen die Brutalität von Männern, die dieses System erzeugt hat, rebellierend, trägt sie die Narben von 250 Stichen in ihrem Gesicht. 16 Jahre lang ertrug Aylin die Folterungen ihres Mannes, „um nicht alleinstehend zu sein, um die Kinder nicht ohne Vater aufwachsen zu lassen“. Nun trauert sie um ihre verlorenen Jahre: „Hätte ich es nur von Anfang an beendet!“ Mit dem Bewusstsein, dass dies weder der erste noch der letzte Fall sein wird, aber mit dem Wunsch, dass nicht noch einmal ein Mensch so eine Grausamkeit erleben muss, haben wir Aylin zugehört. Aylin teilte ihre unbeschreiblichen Qualen, ihre Wut und ihre trotz dessen nicht verlorenen Hoffnungen mit uns.

Wie verhielt sich Ihr Ex-Mann während Ihrer Ehe Ihnen gegenüber?

In den ersten Jahren unserer Ehe erniedrigte er mich wenigstens nicht. Er arbeitete für uns, für seine Kinder. Er mischte sich nicht darin ein, was ich anzog und wohin ich ging. Daher habe ich eine Möglichkeit gefunden, um mich weiterzuentwickeln. Da er lange Zeit im Ausland lebte, war er kein Fanatiker. Ich habe eine Fremdsprache (Deutsch, Anm. d. Ü.) erlernt. Es machte ihm nicht viel aus, dass ich einer anderen Nationalität angehörte, dass ich Türkin war. Mit der Zeit jedoch begannen die Unterschiede zwischen uns ihm etwas auszumachen. Es störte ihn, dass mein Bildungsniveau höher war als seins, dass die Position seiner Familie anders war als die meiner Familie. Wir mussten immer gut miteinander auskommen. Er begann, Gewalt auszuüben. Nachdem er mich geschlagen hatte, setzte er sich immer hin und weinte. Und ich glaubte ihm. Ich liebte ihn wohl. Dazu gab es so eine Mentalität: Du heiratest, hast einen Ehemann, du bleibst bei ihm, du bekommst Kinder und dann gibt es nichts anderes mehr. Und ich dachte, es sei mein Schicksal, und hielt das Ganze aus. Ich war noch sehr jung, ich hatte mit 18 Jahren geheiratet. Mit 24 Jahren war ich Mutter von drei Kindern. Ich habe meine Kinder bewusst und gewollt auf die Welt gesetzt. Wir sind hier sehr allein, wir haben niemanden. Ich wollte eine große Familie haben. Eigentlich wollte ich sechs Kinder haben. Das war mein Traum.

Aber nach der Geburt des dritten Kindes begannen die Probleme. Ich habe erkannt, dass die Gewalt kein Ende haben würde. Einmal hat er mich mit einer Axt in der Küche bedrängt. Er war wieder wütend auf mich. Mein kleinstes Kind fing gerade erst an zu laufen und umklammerte mein Bein. Ich habe mich gerettet, indem ich es auf den Arm nahm. In diesem Moment hatte er die Kontrolle verloren und war in einer Position, in der er alles hätte tun können. Eigentlich habe ich so mein Kind benutzt. Natürlich ist das eine sehr schmerzvolle Sache. Anschließend habe ich das auch bereut. Was wäre gewesen, wenn er in seiner Wut auch dem Kind etwas angetan hätte. Wenn er die Kontrolle verlor, wusste er nicht, was er tat. Anschließend bereute er seine Tat. Er sagte dann: „Hätte ich doch nur meine Hand im Feuer verbrannt, statt Dich zu schlagen.“ Er nutzte die Tatsache, dass ich Türkin war, mich und meine Familie zu erniedrigen. Ich habe begriffen, dass wir Menschen aus zwei unterschiedlichen Welten waren. Wir konnten nichts teilen.

Für viele verheiratete Frauen ist die Scheidung immer noch ein Tabu. Wir haben Sie sich von Ihrem Tabu befreit?

Aufgrund unserer Probleme bin ich im Jahre 1998 in die Türkei geflogen und dort 8 Monate lang geblieben. Ich

habe eine Arbeit gefunden. Ich habe mein ältestes Kind eingeschult und mein Leben organisiert. Seine Familie mischte sich ein. Und auch er sagte, dass er sich geändert hätte. Im August hat er mich erneut nach Deutschland zurückgeholt. Auch damals dachte ich nicht an Scheidung, ich wollte nur eine Zeit lang getrennt leben. Scheidung war für mich ein Tabu. Im Jahre 2003 hat er mich vor allen Leuten geschlagen. Die Polizei ist gekommen, aber ich habe ihn auch damals wieder nicht angezeigt. Nach diesem Vorfall hat er es wieder bereut. Er wollte sich versöhnen. Anschließend begriff ich einiges. Ich begann, meine hiesigen Rechte zu untersuchen. Ich erfuhr, dass ich in ein Frauenhaus gehen könnte. Und ich habe ihm gesagt: „Wir lassen uns scheiden." Ich wusste, was mir eines Tages bevorstehen würde, und versuchte, darauf vorbereitet zu sein. Damals waren meine Kinder natürlich noch viel kleiner. Im Februar 2003 habe ich die Scheidung gerichtlich eingereicht. Im November war unser Gerichtstermin.

Gerade als wir den Gerichtssaal betraten, sagte er: „Ich möchte nicht mehr, ich habe mich dagegen entschieden. Ich liebe Dich sehr. Ich werde mich nicht scheiden lassen." Ich habe geantwortet: „Dann werde ich mit meinen Kindern in eine andere Stadt ziehen, und du wirst mich nie mehr finden." Er war ein Mensch, der genau wusste, wann ich bluffte oder nicht. Ich sagte: „Wir werden in diesen Saal gehen und uns scheiden lassen." Er hatte begriffen, dass er mich wirklich verlieren würde und dass ich aus seinem Leben verschwinden würde. So haben wir uns in der ersten Sitzung scheiden lassen.

Hat er nach Ihrer Scheidung aufgegeben, sich in Ihr Leben einzumischen?

Auch nach unserer Scheidung war er immer noch irgendwie in meinem Leben präsent. Denn ich hatte Angst. Er bedrohte mich. Wir zogen um. Ich war immer unruhig, es gab nichts, das wir miteinander teilen konnten. Als wir

Songül Beyazgül: EINE FRAU! …

Yeni Özgür Politika, 5. Januar 2008

Ein haarsträubendes Ereignis ereignete sich nur einige Tage vor dem Beginn der Kampagne *„Jin jiyan e, jiyanê ne kuje!"* („Frausein heißt Leben – Tötet das Leben nicht!"). In einem weit entfernten Krankenhauszimmer kämpft eine Frau um ihr Überleben.

Der Mann hat sein Urteil über eine Frau gefällt, die sich seinen Zwängen nicht beugt: TOD! Gestern habe ich eine Frau kennengelernt. Der von Leben gefüllte, laute und deutliche Aufschrei dieser Frau ließ mir keine andere Wahl, als über sie zu schreiben. Was sie erlebt hat, musste geschrieben werden. Es musste geschrieben werden, damit andere Frauen nicht eine ähnliche Gräueltat erleben müssen. Es musste geschrieben werden, denn vielleicht würde es eine Frau erreichen, die sich in der gleichen Situation befindet, vielleicht würde es auch einen Mann erreichen, der die gleiche Brutalität in seinem Herzen und seinem Gehirn trug und sie würden von diesem Ereignis etwas lernen. Vielleicht können wir auf diese Weise das Leben einer Frau retten. Vielleicht würde es das Gewissen eines Mannes mit dem gleichen steinernen Herz erreichen oder das Gewissen eines anderen Individuums aus dieser Männer-tolerierenden Gesellschaft.

Wenn in dieser patriarchalen Welt, die auf Morden und Getötetwerden programmiert ist, in der alles auf Politik und Materielles ausgerichtet ist, ein derart schrecklicher Angriff verübt werden kann, dann ist das Leben einer Frau zu retten ebenso viel wert wie zehn Revolutionen. Das ist eine Feststellung, an die ich zutiefst glaube. Aber leider bleibt diese Feststellung häufig nicht mehr als ein Gerede. Denn Frauen werden hohen politischen oder organisatorischen Profiten, der Durchsetzung von Macht und der zu akzeptierenden gesellschaftlichen Realität geopfert. Deshalb vergraben sich zuallererst auch diejenigen in Todesstille, die sich als Revolutionäre bezeichnen. Leider verlieren genau dann diese schönen Feststellungen ihre Wirkungskraft. Wie viele revolutionäre Zusammenhänge sind zusammengebrochen, weil sie sich ins Gegenteil ihrer hochtrabenden Worte verkehrt haben und ihre Grundsätze unkenntlich geworden sind? Wieder eine Frauentragödie. Aber dieses Mal behalte ich den Namen der Frau für mich. Weil das Gerichtsverfahren zu dem, was sie erlebt hat, noch nicht abgeschlossen ist und weil sie mit sehr ernsten Gefahren konfrontiert ist, werde ich aufgrund ihrer Bitte weder ihren Namen noch den Ort nennen, an dem sich das Geschehnis ereignet hat. Und was macht es auch schon aus? Ob Ayşe oder Fatma. Frauen sind sowieso überall, zu jeder Zeit, an jedem Ort und auf jedem Kontinent Angriffen ausgesetzt. Aus diesem Grund, glaubt mir, wird die Tatsache, dass dieses Ereignis sehr schmerzvoll ist, nicht dadurch getrübt werden, dass ich den Namen der Frau verborgen halte. Lasst uns deshalb der von diesem Ereignis Betroffenen, EINER FRAU, zuhören.

EINE FRAU heiratete vor etwa siebzehn Jahren mit einem kurdischen Mann und ließ sich in Deutschland nieder. Sie selbst ist eine Türkin. Nach der Heirat bekam sie drei Kinder. Jedoch gab es nach einiger Zeit Probleme in ihrer Ehe. Jedes Mal gab sie nach, aufgrund der Kinder, aufgrund der gesellschaftlichen Normen, aus Angst vor dem Alleinsein und noch wegen einer Menge anderer Befürchtungen.

Auf was sie auch verzichtete, was sie auch erduldete, es wurde gegen sie benutzt. Deshalb beendete sie die nicht laufende Ehe und ließ sich scheiden. Obwohl Jahre seit der Scheidung vergangen waren, belästigte der Mann sie ständig. Trotzdem gab sie nicht nach und schreckte nicht davor zurück, auf eigenen Beinen zu stehen und für ein Leben in Würde zu kämpfen.

Während sich all dies ereignete, sahen einige Personen, die von sich angeblich behaupten, Patrioten zu sein, dem natürlich nicht tatenlos zu. Sie organisierten Besuche, um EINE FRAU zu überzeugen, sich wieder mit ihrem Mann zu versöhnen. Der Mann versuchte zunächst, EINE FRAU durch Schulden, die er ihr aufgeladen hatte, über Geld an sich zu binden. Nachdem auch das zu nichts führte, versuchte er, ihr die Kinder zu entziehen, indem er sie beim Jugendamt anzeigte, nur weil sie an mehreren Arbeitsstellen gleichzeitig arbeitete, um ihre Kinder ernähren zu können. EINE FRAU

zusammen waren, störte es ihn, wenn ich ein Buch las, wenn ich fernsah, wenn ich ins Internet ging. Wenn ich eine sehr nahe Freundin hatte, so machte er sie schlecht. Er isolierte mich von allen Menschen. Ich habe mich von vielen Freundinnen und Freunden abgewandt, damit es zu Hause keinen Ärger gab. Er setzte auch meine Kinder unter Druck. Er sagte: „Ich möchte nicht, dass meine Kinder bei Türken bleiben. Ich habe das Jugendamt informiert, sie werden Deine Kinder abholen.“ Wir haben uns gestritten. Er hat mich vor den Augen meiner Tochter geohrfeigt. Und ich habe ihn an sein Versprechen mir gegenüber erinnert. Ich habe begriffen, dass diese Sache nicht so weitergehen würde, und dass er auch meinen Kindern schadete. Es gab keine Lösung. Als ich im Juni 2007 nach Hause kam, hatte er seine persönlichen Gegenstände ausgeräumt. Auch meine, für mich wertvolle Dinge, hatte er weggenommen. Er wollte meine Kinder an das Jugendamt übergeben. Da habe ich die Polizei angerufen. Und die Polizei sagte, dass er gehen müsse, da ich die Mieterin der Wohnung sei. Er sagte zu mir: „Warte auf den richtigen Zeitpunkt, ich werde Dir den Kopf abschneiden.“ Ich habe der Polizei gesagt, dass er mich immer noch bedroht. Sie haben ihn aus dem Haus entfernt. Ich habe durch einen Eilantrag vom Gewaltschutzgesetz Gebrauch gemacht. Es war ihm fortan verboten, sich mir mehr als 100 Meter zu nähern. Anschließend habe ich ihn angezeigt.

Es wird für Sie sehr schwierig sein, aber können wir – mit der Hoffnung, dass solche Ereignisse nie wieder stattfinden – noch einmal zum Tag zurückkehren, an dem Sie diese Brutalität erleben mussten?

An jenem Tag hat meine Leiterin gegen 18 Uhr den Arbeitsplatz verlassen. Wir, zwei Frauen, blieben dort allein. Normalerweise sind dort sehr viele Männer, aber an jenem Tag waren keine Männer dort. Wir sind immer auf den Beinen, sitzen nie. Nachdem der Chef ging, atmeten wir auf. Unser Arbeits-

kämpfte auch hier ungemein, um ihre Kinder bei sich behalten zu können.

Ja, ein haarsträubendes Ereignis ereignete sich im letzten November, nur einige Tage bevor kurdische Frauen am 25. November mit ihrer Kampagne „*Jin jiyan e, jiyanê ne kuje!*“ begannen. Während Frauen unter dem Slogan „Frausein heißt Leben – Tötet das Leben nicht!“ auf die Straße gingen, kämpfte EINE FRAU weit abseits von jeglicher Aufmerksamkeit in einem Krankenhauszimmer um ihr Überleben. Denn ein unberechenbarer Mann hatte sein Urteil über EINE FRAU gefällt, da sie sich seinem Druck nicht beugen wollte: TOD … Am Tag des Ereignisses kam der Mann zum Arbeitsplatz EINER FRAU, ging während der Arbeitspause in ihren Raum und schloss hinter sich die Tür ab. Das Einzige, an das sich EINE FRAU erinnern kann, sind seine wilden und unverzüglich zum Töten entschlossenen Augen. Der erste Messerstich geht durch den Hals und kurz darauf wird EINE FRAU geradezu zerhackt. Zu diesem Zeitpunkt versuchten auch Menschen von draußen einzugreifen. Jedoch war das Einzige, was sie tun konnten, die herzzerreißenden, schrecklichen Schreie zu hören. Deshalb befinden sich einige ZeugInnen des Ereignisses zum gegenwärtigen Zeitpunkt in psychologischer Behandlung.

Mit dem Eintreffen der Polizei wurde EINE FRAU ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte gaben ihr eine Überlebenschance von dreißig Prozent. Unterdessen brachte das Jugendamt ihre Kinder in einem Heim unter, da sich niemand um sie kümmern konnte. EINE FRAU, die wie durch ein Wunder wieder ihre Augen öffnete, beschreibt diesen Moment so: „Eine Stimme in mir sagte mir, ich solle meine Augen öffnen. Aber eine andere Stimme sagte mir, ich könne sie nicht öffnen und wenn ich es täte, würde ich große Schmerzen erleiden. Auf einmal sah ich meine drei Kinder vor mir. Um sie zu sehen, schlug ich meine Augen auf.“ Die Ärzte sagten ihr: „Du bist ein Wunder.“ Sie entgegnete: „Nein! Ich bin nur eine Mutter.“ Während sie im Krankenhaus lag, kämpfte sie einerseits darum, zum Leben zurückzukehren, andererseits darum, ihre Kinder aus dem Heim zu holen, und sie war erfolgreich. Sie bekam ihre Kinder zurück.

Ihr schönes und sympathisches Gesicht musste mit zweihundertfünfzig Stichen genäht werden, auch ihr Ohr war abgeschnitten worden. Mit wie vielen Stichen ihre Wunden an den Armen und den anderen Körperteilen genäht wurden, sagte man ihr nicht. In dieser Zeit unterstützte sie niemand von den Menschen, die seit Jahren zu ihrem Umfeld gehörten und von denen EINE FRAU meint, dass sie ihnen in der Vergangenheit viel Gutes hat zukommen lassen. Sie hielten sich fern von ihr, als habe sie die Pest. Dazu sagt EINE FRAU Folgendes: „Ich weiß, dass die Wunden in meinem Gesicht niemals verheilen werden. Aber noch viel tiefer hat mich die Gleichgültigkeit der Menschen aus meiner Umgebung verletzt, die mich gut kennen.“

Nur einige wenige Menschen helfen ihr. Diese Menschen, die ein seltenes Beispiel derjenigen darstellen, die, ohne im Gegenzug etwas dafür zu erwarten, bereit sind, etwas Gutes tun, lassen EINE FRAU bei ihrem Kampf, wieder Fuß im Leben zu fassen, nicht allein. Aber die Familie des unberechenbaren Mannes ist schon in Bewegung geraten. Auch Menschen, die EINER FRAU helfen oder sich ihr nah fühlen, werden bedroht. Sie sagen, dass Sie immer noch die Braut der Familie sei, dass die Familie ihre Kinder nehmen und ins Dorf bringen würde und dass ihr Bruder, wenn er wieder aus dem Gefängnis frei gekommen sei, Sie umbringen werde. Auf unterschwelligen Wegen wird EINE FRAU bedroht, keine Aussage gegen den Mann zu machen, der wegen Mordversuches angeklagt ist.

Auch hier sind einige Menschen wieder unterwegs, die von sich meinen, ziemlich aufmerksam, demokratisch und patriotisch zu sein. „Wer weiß, was die Frau gemacht hat, dass der Mann sie abgestochen hat. So aus dem Nichts macht das keiner“, sagen diese Mittäter eines Mordes. EINE FRAU wird nicht nur von ihrem Ex-Ehemann gepeinigt, sondern auch von der Gesellschaft. EINE FRAU, sie hat bislang das Leben wirklich sehr fest umklammert und sich ihre Widerstandskraft bewahrt. Sie äußert, dass sie sich mit dem Fortschritt ihrer Behandlung und dem Abschluss des Strafprozesses dem Kampf gegen Gewalt widmen wird. Sie sagt, dass sie alles, was sie tun kann, machen wird, damit andere Frauen nicht das Gleiche erleben müssen wie sie. Obwohl das Gesicht EINER FRAU zerfetzt wurde, konnte das Messer ihren Augen nichts anhaben. Sie sind von Hoffnung gefüllt und strahlen. ♦

platz ist auf allen Seiten mit Glasfenstern versehen und kann von außen eingesehen werden. Das heißt, er beobachtete uns wahrscheinlich und sah, dass ich nach hinten ging. Ich hatte ein, zwei Zeitschriften und eine Kleinigkeit zu Essen mitgenommen und saß im Hinterzimmer. Es war ein winziges Zimmer. Ich erinnere mich nur noch daran, wie er an diesem Tag hereinkam und die Tür verschloss. Und ich sah seine Augen. Das Messer oder die Messer sah ich nicht. Also wahrscheinlich habe ich ihm nur ins Gesicht geguckt. Das erste Messer spürte ich in meinem Hals, ich sah es nicht, ich spürte es. An das Weitere kann ich mich nicht erinnern. Dieser Tag ist in meiner Erinnerung wie ausgelöscht. Mein Arzt sagt: „Du wirst Dich erinnern, aber nur Stück für Stück." Meine Kollegin bemerkte, dass er die Tür verschlossen hatte, und versuchte mit allen Kunden zusammen, die Tür zu öffnen, aber sie ließ sich einfach nicht öffnen. Ich weiß es nicht. Eigentlich will ich auch gar nicht wissen, was passierte. Daher frage ich auch nicht danach. Die Polizei kam. Ich war in solch einem schlechten Zustand, dass sie mich für tot hielten, weshalb sie es noch nicht einmal für notwendig hielten, einen Krankenwagen anzufordern. Als sie ihm Handschellen anlegten, stellten sie fest, dass ich meine Hand bewegte. Erst dann riefen sie einen Krankenwagen.

Unser Wohnort ist nicht besonders groß, ich wurde in das Krankenhaus eines anderen Ortes gebracht. Sie entschieden sich für ein Krankenhaus mit einem Spezialisten für Gesichtschirurgie. Auch von dort wurde ich wieder in ein anderes Krankenhaus verlegt. Eine Polizistin und ein Polizist, die den Vorfall sahen, sind momentan in psychologischer Behandlung. Auch meine Kollegin ist momentan in einer sehr schlechten psychischen Verfassung. Sie ist nicht bereit, sich mit mir zu treffen. Das Einzige, was sie sagt, ist: „Wenn ich meine Augen schließe, kann ich nicht einschlafen. Ich höre Deine Schreie in meinen Ohren." Da ich mich nicht an das Geschehen erinnern kann, sind sie in einer schlechteren psychischen Verfassung als ich. Ich lag wohl 3 Tage lang im Koma. Ich wollte meine Augen öffnen. Ich hörte im Schlaf meine eigene Stimme. Es war ein sehr schöner Schlaf. Ich erinnere mich nicht, dass ich jemals so friedlich geschlafen habe. Meine eigene Stimme sagte mir: „Du musst nun endlich Deine Augen öffnen." Dann antwortete mir meine eigene Stimme hierauf: „Öffne ja nicht Deine Augen. Sobald Du Deine Augen öffnest, wirst Du starke Schmerzen haben. Schlaf weiter." Genau in diesem Augenblick sah ich meine drei Kinder nebeneinander in einem hellen Lichtschein. Ich sah nur ihre Gesichter. Sie schauten mich an. Sobald ich sie sah, öffnete ich sofort meine Augen. Es war das Grausen. Ich kenne keinen ähnlichen Schmerz, kein ähnliches Leiden. Ich weiß auch nicht, welche Stelle schmerzte. Ich wusste, dass er mir etwas angetan hatte, aber nicht was. Mir tat alles weh. Ich wusste nicht, ob meine Beine gebrochen, meine Arme abgetrennt waren. Ich konnte mich noch nicht einmal an das Messer erinnern. Sie gaben mir die ganze Zeit über Schmerzmittel. Aber als ich sah, wie die Krankenschwestern, welche in mein Zimmer kamen, sich zum Kreuz umdrehten – in den Zimmern dort gibt es generell überall Kreuze – heimlich beteten und weinten, da verstand ich, dass etwas mit meinem Gesicht war. Doch auch an meinem Körper gab es noch andere Schnittwunden. Da er meinen Hals durchbohrt hatte, ernährten sie mich durch die Nase. Eine Woche lang sprach ich nicht. Sie sagten mir: „Du wirst nicht sprechen können." Ich war an eine Maschine angeschlossen. Ich hörte alles, aber ich konnte nicht reagieren. „Wir können Dich von der Maschine befreien, aber Du wirst nicht selbständig atmen können. Du kannst vielleicht ein Leben lang an die Maschine gebunden bleiben." Es war wie ein Albtraum. Jetzt kommt es mir so vor, als hätte eine andere Person dies alles erlebt. Ich kam von der Maschine los, und ich schaffte es, selbstständig zu atmen. So einen Schmerz gibt es nicht. Mein ganzer Körper war mit Hunderten von Kabeln an die Maschine gebunden. Die Krankenschwestern machten manchmal Scherze und sagten: „Du bist wie ein Kabelsalat." Ich schaffte es dann auch zu essen. Später sagten sie: „Dein Gesicht ist in sehr schlechtem Zustand. Du wirst Schönheitsoperationen über Dich ergehen lassen müssen, aber es wird nie wieder wie früher werden. Die Spuren gehen nicht weg, sie können nur ausgedünnt werden." Sie wollten mir einen Spiegel geben, ich habe ihn abgelehnt.

In Ihrem Gesicht haben Sie 250 Narben. Haben Sie auch an anderen Körperstellen Verletzungen?

Er hinterließ mich in dem Glauben, dass ich tot sei. Was ist das für ein Eifer, was für eine Wut. Seine Schuhe waren mit meinem Blut gefüllt. Als sie ihm die Handschellen anlegten, sah er, dass meine Hand zuckte. Da schlug er seinen Kopf gegen die Wand, weil ich nicht gestorben war. Auch aus dem Gefängnis bedroht er mich weiterhin. Er sagt: „Sobald ich aus dem Gefängnis komme, werde ich Dich sicher umbringen."

An meinem Arm gibt es Schnittwunden. Meine Milz ist gerissen. An meinem Bauch gibt es zwei Wunden. Aber er versuchte vor allem, meinen Hals durchzuschneiden und mein Gesicht zu verstümmeln. Auch am Rücken habe ich Wunden. Mein Ohr wurde abgeschnitten. Wegen der feinen Äderchen ist mein Ohr abgestorben. Als ich auf der Intensivstation war, fing ich an, Panikattacken und Atembeschwerden zu bekommen. Ich konnte nicht allein im Zimmer bleiben, die Tür durfte nicht geschlossen sein. Allein das Entfernen der Fäden von meinen Gesichtsnarben dauerte vier Tage. Es waren 250 Stiche. Ich weiß nicht, wie viele Stiche an meinem Körper waren. Mein Hals fing an zu bluten. Es war so schlimm, sie stopften ein Tampon rein, das nach noch nicht einmal 10 Minuten durchgeblutet war. Mitten in der Nacht holten sie den Oberarzt aus der Operation und brachten ihn zu mir. Er kontrollierte mich. Sollte das Blut bis zum Morgen nicht aufhören, so müssten sie mich erneut operieren, sagte er. Dies hätte bedeutet, dass ich lange Zeit im Krankenhaus bleiben müsste und meine Kinder an das Jugendamt überführt würden. Als sich der Vorfall ereignete, hatte die Polizei meine Kinder an das Jugendamt überführt, weil ich niemanden hatte. Ich dachte, ich hätte Freunde, aber diese waren mit Vorurteilen behaftet und meinten wohl, ich hätte es ver-

dient. Ich wollte so schnell wie möglich gesund werden und meine Kinder zurückholen. Ich dachte, ich hole meine Kinder, gehe nach Hause und alle würden mir helfen. Natürlich hatte ich mich geirrt.

Warum wollte das Jugendamt die Kinder nicht an Sie übergeben?

Sofort nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus sagte ich dem Jugendamt, dass ich meine Kinder zu mir holen möchte. Der Beamte sagte mir: „So einfach ist das nicht. Wir haben eine Gruppenbesprechung. Wir werden dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Dies könnte ein Ehrenmordversuch sein. Ihre Kinder könnten entführt werden, um Sie auf diese Weise zu bestrafen. Die Kinder sind bei uns in Sicherheit. Auch der Vater der Kinder hat dafür unterschrieben, dass wir die Kinder hier aufnehmen. Da der Vater ebenfalls sorgeberechtigt ist, müssen wir auch seine Unterschrift einholen. Er muss einverstanden sein, dass wir Ihnen die Kinder zurückgeben." Ich antwortete hierauf: „Sie bestrafen mich ein zweites Mal. Ich wurde einmal bestraft, ohne den Grund dafür zu wissen. Ich weiß auch nicht, was meine Schuld sein soll. Sie haben seit Juni bei allen über mich Auskünfte eingeholt und über mich Untersuchungen angestellt. Ich musste mich Ihnen gegenüber verteidigen. Sie wissen daher auch, was für eine Mutter ich bin." Er sagte: „Nein, Du kannst Deine Kinder nicht beschützen." „Werden Sie meine Kinder beschützen? Keiner kann die Kinder so beschützen wie die eigene Mutter." Er antwortete mir: „Es gibt solch eine Prozedur. Es gibt Gesetze. Im Fernsehen kommen eine Menge Nachrichten über das Jugendamt. Ich tue meine Arbeit." „Ich überlasse Sie Gott. Wenn es Gesetze gibt, so gibt es auch ein bisschen Menschlichkeit. Es ist nicht eine dritte Person, die mir das angetan hat. Es ist der Vater meiner Kinder. Solch eine Kreatur hat immer noch das Recht, etwas zu sagen. Und ich kämpfe am Krankenbett mit Ihnen um meine Kinder." Er sagte: „Deutschland ist ein Rechtsstaat, wir haben Gesetze. Auch er hat, wie jeder andere, das Recht. Wir können nichts tun."

Als ich vor dem Vorfall aufgrund der Drohungen meines Ex-Mannes zu meiner Anwältin ging, fragte sie mich: „Wie bedroht er Dich?" Ich antwortete: „Er sagt, ich werde Dir den Kopf abschneiden." Auch anderen Behörden habe ich von seinen Drohungen erzählt, jedoch schienen sie das nicht ernst zu nehmen. Das gaben einige Stellen nach dem Mordversuch selbst zu.

Später hat der Vater der Kinder seine Unterschrift gegeben, so dass ich die Kinder wiederbekam. Niemand soll erwarten, dass ich ihm dafür dankbar bin. Das Jugendamt sagte einerseits, dass ich in Gefahr sei, aber andererseits sagen sie der Kreatur im Gefängnis, die mich so zugerichtet hat, dass es mir besser ginge und dass ich nach Hause entlassen worden sei. Sie setzen mich damit einem Risiko aus.

Was haben Sie erlebt, nachdem Sie aus dem Krankenhaus entlassen wurden und nach Hause kamen?

Seitdem ich zu Hause bin, kann ich keine Brotmesser mit Zacken mehr sehen. Ein normales Messer ist kein Problem. Ich kann mich auch nicht erinnern, mit was für einem Messer er mich angegriffen hat. Aber kleine Messer sind kein Problem. Ich kann verriegelte Türen nicht ausstehen. Ich kann nicht allein sein. Manchmal fühle ich mich sehr allein, dann geht es mir sehr schlecht. Ich denke alles sehr pessimistisch. Durch diesen Vorfall habe ich meine wahren Freunde, das wahre Gesicht der Menschen kennen gelernt. Diejenigen, die ich meine Freunde glaubte, waren im Grunde nicht meine Freunde. Menschen, die ich überhaupt nicht kannte, haben mir geholfen, haben sich um mich gekümmert. Menschen in meinem Umfeld, die ich meiner Meinung nach sehr gut kannte, verhielten sich voreingenommen. Ich hätte das vor allem von den Frauen nicht erwartet. Viele haben sich als sehr unbarmherzig entpuppt. Wir treffen uns auch ohnehin nicht mehr. Ich möchte auch den Zustand meines Gesichtes nicht ausnutzen, deshalb möchte ich es auch niemandem zeigen. Ich schäme mich nicht. Ich gehe raus, erledige all meine Dinge. Aber ich möchte nicht dasitzen und in so ein Geplauder verfallen, wie „kommt und guckt es Euch an". Es gibt wohl welche, die sagten: „Sie hat es verdient." Zu solchen, die so denken, sage ich auch nicht: „Es soll die treffen, die es verfluchen." Denn ich möchte nicht, dass irgendjemand, nicht einmal ein Tier, so etwas erlebt. Man tut so etwas nicht einmal einem Tier an. Das Gericht wird ihn ohnehin bestrafen.

Was möchten Sie denjenigen Frauen sagen, die Ähnliches wie Sie erlebt haben?

Ich möchte, dass die Frauen etwas sensibler, bzw. aufmerksamer werden. Ich fordere sie dazu auf, dass sie Geschlechtsgenossinnen, denen so etwas passiert, vorurteilslos gegenübertreten. Weil ich Angst hatte, habe ich 16 Jahre lang mit solch einer Kreatur gelebt. Ich wusste, dass er mir eines Tages Schmerzen zufügen würde. In jeder Ehe gibt es negative Ereignisse, aber wenn diese wirklich unüberwindbar groß sind, dann sollte das niemand ertragen. Ich trauere um die Jahre, die ich verloren habe. Wäre es doch nur schon von Anfang an zu Ende gewesen. Ich wollte meine Ehe beenden und habe es getan. Ich habe teuer bezahlt. Die Frauen sollen keine Angst haben. Die Angst bringt letztendlich nichts. Ich wurde regelrecht zerstückelt. Ich möchte mich nicht erinnern. Seine Familie möchte, dass ich ihn nicht anklage. Sie sollen sich von mir und meinen Kindern fernhalten. Ich erwarte auch keinerlei finanzielle Hilfe. Sie wollten mir Blutgeld geben, damit ich meine Anzeige zurücknehme. Ich habe es abgelehnt. Welches Geld kann meinen erlebten Schmerz wiedergutmachen? Ich bin Türkin. Sogar der Polizist, mit welchem ich sprach, sagte mir: „Natürlich, er ist Kurde, hinter ihm steht sein ganzes Volk." Dies wird nicht nur seinem Heimatort Urfa, sondern dem gesamten Volk angelastet. Das macht mich traurig. Zu Anfang haben sie mich nicht verstanden und mich sehr alleingelassen. Ich hätte gewollt, dass sich viele Frauen im Krankenhausgarten versammeln und mich unterstützen, aber ich wurde sehr alleingelassen. Aber Ihr als Zeitung habt, trotz aller Reaktionen, zu mir gehalten. Ihr habt mich



Auf dem 4. Zilan-Frauen-Festival in Gelsenkirchen Foto: A. Bender

nicht alleingelassen. Es war für mich sehr wichtig, dass Ihr mich verteidigt habt. Nachdem durch Euch das Ereignis veröffentlicht wurde, haben sich kurdische und andere Frauen und Vereinigungen an meine Seite gestellt. Ich danke Euch sehr. Es ist sehr wichtig, dass eine Frau auf eigenen Beinen steht. Auch wenn ich mit dem gebildetsten Mann spreche, so denke ich, dass er mich eigentlich nicht versteht. Männer wollen keine starke Frau. Ich möchte auf eigenen Beinen stehen, ohne von irgendeinem Mann abhängig zu sein. Diese Vorfälle sollen endlich ein Ende haben. Ich möchte aus diesem Albtraum endlich erwachen. Ich möchte Ruhe. Alle Frauen sollen ihre ökonomische Unabhängigkeit erlangen. Mütter müssen unbedingt dafür sorgen, dass ihre Töchter eine gute Ausbildung bekommen. Nur damit wir nicht als Alleinstehende gelten, sollten wir nicht schweigen. Wir haben es nicht nötig, dass irgendjemand uns besitzt. Wir sind selbst eigenständige Individuen.

Wir sehen Sie das Leben, nachdem Sie diese Grausamkeit erlebt haben?

Mein Gesicht ist in einem sehr schlechten Zustand. Es gibt Spuren in meinem Gesicht, die nie verschwinden werden. Ich war eine schöne Frau. Viele Menschen können mir nicht ins Gesicht sehen. Aber meine Kinder und FreundInnen sehen mich an. Sie fragen und verurteilen mich nicht. Die Älteren neigen dazu zu urteilen. Es ist für mich wichtig, dass meine Kinder mich so akzeptieren. Ich bin so, wen das stört, der soll nicht hinsehen. Ich bin erst 35 Jahre alt. Meine Arbeit erfordert es, dass ich direkt mit den Menschen in Kontakt komme. Daher kann ich nicht zur Arbeit. Ich möchte arbeiten, aber er hat mich zum Arbeitslosengeld verurteilt. Man sieht mein Überleben als ein Wunder an, aber ich bin kein Wunder. Ich habe es nur ertragen, weil ich wusste, dass es niemanden gibt, der sich um meine Kinder kümmern würde. Ich versuche nun, meinen Verstand zu wahren. Ich versuche, von allen Menschen Abstand zu halten. Es interessiert mich überhaupt nicht, was die Menschen über mich denken. Aber es verletzt mich sehr, dass es immer noch Frauen gibt, die denken, ich hätte es verdient. Überhaupt nichts kann das rechtfertigen, selbst wenn ich etwas Schlimmes getan hätte, hätte ich eine solche Strafe nicht verdient. Seit Juni lebe ich als eine allein erziehende Frau. Niemand hat mich bisher gefragt, wie ich bis dahin meine Kinder versorgt habe, was ich gemacht habe. Aber nach diesem Vorfall meint jeder, das Recht zu haben, einen Kommentar abzugeben. Das macht mich traurig. Es gab Menschen, die sehr sensibel waren und die mich unterstützten. Ich habe ohnehin nicht erwartet, dass die Männer mich verstehen, aber von den Frauen hatte ich eine andere Einstellung erwartet. Es machte mich sehr traurig, und ich konnte es nicht verstehen, dass einige meiner Geschlechtsgenossinnen sagten: „Wer weiß, was sie gemacht hat. Vielleicht hat sie es ja auch verdient.“ Sie hätten fragen müssen, ob der Mensch ein Psychopath ist, ob er geistig gestört ist oder wie diese Frau das 16 Jahre lang ertragen hatte. Es hat mich verletzt, aber ich habe mich letztendlich daran gewöhnt. Wenn über mich geredet wird, trifft das meine Kinder. Ich möchte nicht, dass meine Kinder verletzt werden. Jetzt umklammere ich das Leben noch viel fester. Von meinem Mund bis auf die Rückseite meines Halses schnitt er in einer Tiefe von 12 mm. Die hintere Wunde hat sich noch immer nicht geschlossen. All meine Ärzte sagen, dass ich sehr schnell gesund geworden sei und mein Körpersystem sich sehr schnell regeneriert habe. Vielleicht liegt das daran, dass ich schnellstmöglich auf die Beine kommen, stark sein und einigen Menschen etwas zeigen möchte. Mich erwartet eine lange Zeit der Therapie. Und ich werde wieder viel Leid ertragen. Die Ärzte sagen im Voraus, dass es nicht einfach werden wird. Ich erlebe all diesen Stress. Ich war ein sehr arbeitstüchtiger Mensch. Nun bin ich im Haus gefangen. Er wollte mich in diese Lage stürzen und hat es erreicht. Ich habe viel Prügel bezogen, um arbeiten zu können. Für mich ist es das Wichtigste, dass eine Frau finanziell unabhängig ist. Auch jetzt habe ich finanziell Probleme, aber wenigstens habe ich eine Arbeit, an die ich zurückkehren kann. Ich möchte endlich Ruhe in meinem Leben. ♦

Aufruf zur Solidaritätskampagne: „Wir sind alle Aylin!“

Aylin Korkmaz wurde am 21.11.2007 von ihrem früheren Ehemann, Mehmet Korkmaz, auf grausame Weise an ihrem Arbeitsplatz auf der Autobahnraststätte Rastatt Baden-Baden in dem Aufenthaltsraum eingesperrt, mit zwei Messern gezielt angegriffen und niedergestochen. Erst als Aylin aufgrund des großen Blutverlustes ohnmächtig zusammenbrach, der Täter sie tot glaubte und die Tür von Dritten aufgebrochen wurde, ließ er von ihr ab. Aylin überlebte den Mordversuch nach Aussage ihrer Ärzte, die ihr nur 30 % Überlebenschance gegeben hatten, „wie ein Wunder“. Der Täter hatte Aylin insgesamt 26 Schnitt- und Stichwunden zugefügt, von denen allein die 18 Schnittwunden im Gesichts- und Halsbereich mit 250 Stichen genäht werden mussten. Zeugen berichteten, dass der Täter nach der Tat „gelöst und entspannt“ gewirkt habe. Als er jedoch erfuhr, dass seine geschiedene Ehefrau noch am Leben sei, habe er mehrfach laut „Nein!“ geschrien und mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen.
Aylin hatte sich im Jahr 2003 scheiden lassen, da sie die Demütigungen und die Gewalt ihres Ehemannes nicht länger ertragen wollte. Es gab einen Versöhnungsversuch, der wegen der Gewaltdrohungen mit einem Platzverweis und einem Gewaltschutzverfahren endete. Er versuchte sie beim Jugendamt als unzuverlässige Mutter darzustellen. Obwohl Aylin damals bei Behörden und Beratungsstellen von den Morddrohungen ihres ehemaligen Ehemannes berichtete, wurde Aylin vor Übergriffen nicht wirksam geschützt. So konnte der Täter trotz eines Näherungsverbotes Aylin an ihrem Arbeitsplatz auflauern und niederstechen.
Was Aylin angetan wurde, ist zugleich ein Angriff auf alle Frauen. Wir sollen eingeschüchtert und abgeschreckt werden. Jedoch hat Aylin zu dem Verbrechen nicht geschwiegen, und auch wir werden nicht schweigen!

Wir verlangen Gerechtigkeit für Aylin und ein Ende jeglicher Gewalt gegen Frauen!

♦ Gewalt gegen Frauen ist kein Einzelschicksal. Gewalt gegen Frauen bedeutete eine ernsthafte Bedrohung für das Leben und die Gesundheit von Frauen und Mädchen aller Nationalitäten.

♦ Jede dritte Frau wird in ihrem Leben zumindest einmal vergewaltigt, geschlagen oder auf andere Weise misshandelt.
Weltweit werden bis zu 70 % der weiblichen Mordopfer von ihren männlichen (ehemaligen) Partnern ermordet.

Gewalt gegen Frauen ist ein systematisches und strukturelles Machtmittel, mittels dessen Männer grenz-, klassen-, nations- und religionsübergreifend versuchen, ihren Verfügungs- und Besitzanspruch über Frauen durchzusetzen. Während Gewalt gegen Frauen in europäischen Ländern häufig immer noch als „Privatsache“, „Ehekonflikt“ oder „Eifersuchtsmord“ verharmlost wird, werden Frauen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern des Mittleren Ostens mittels feudal-patriarchaler Gesellschafts- und Familiennormen unter Druck gesetzt. Hierzu gehören auch Zwangsheirat, Gewalt und Morde im Namen der „Ehre“. Wir wollen nicht länger Opfer dieser Verbrechen sein, sondern wir wehren uns gemeinsam! Wir brechen das Schweigen über Täter und Taten in den Familien, im Freundes- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit. Denn diejenigen, die Gewalt ausüben, sollen in unserem Lebensumfeld nicht länger gedeckt und geduldet werden.

Als Frauen, die wir in der *Frauenbegegnungsstätte Utamara e. V.*, dem *Kurdischen Frauenbüro für Frieden Cenî e. V.* und *terre des femmes* aktiv sind, rufen wir anlässlich des bevorstehenden Strafprozesses gegen den Täter Mehmet Korkmaz zur Solidarität mit Aylin auf. Wir wollen den Prozess durch unsere Anwesenheit bei den Prozesstagen, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen öffentlichkeitswirksam begleiten. Für den ersten Prozesstag, am 25. Juni 2008 um 9 Uhr, sowie den Tag der Urteilsverkündung rufen wir zu einer Kundgebung vor dem Landgericht in Baden-Baden auf. Des weiteren laden wir alle Institutionen und Personen ein, die entschieden NEIN! zu jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen sagen, sich an dem UnterstützerInnenkreis für Aylin und der Solidaritätskampagne zu beteiligen.

Solidarität mit Aylin!
Gemeinsam gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen!
Jin jîyan e, jîyanê nekuje! – Stoppt Frauenmorde, keine Morde im Namen der Ehre!

UnterstützerInnenkreis *„Wir sind alle Aylin! – Hepimiz Aylin'iz!“*, April 2008

Initiatorinnen:
Frauenbegegnungsstätte Utamara e. V., Kurdisches Frauenbüro für Frieden Ceni e.V., Terre des femmes – Städtegruppe Stuttgart
Kontaktadresse: Frauenbegegnungsstätte Utamara e. V.
In der Stehle 26, 53547 Kasbach-Ohlenberg, Telefon: 02644/602424, E-Mail: utamara@web.de

Das Leben von Ehmedê Xanî, des Schöpfers von „Mem û Zîn“

Zu schreiben begann er ab seinem vierzehnten Lebensjahr

Lokman Turgut

Zum ersten Mal treffen wir im Buch von Aleksandr Jaba auf Informationen über das Leben von Ehmedê Xanî. Darin wird in dem ins Französische übersetzten Text von Mela Mehmudê Beyazidî die Herkunft Xanîs dem Stamm Hakkarîyan und dem Klan Xanîyan zugeordnet. Xanî soll „Mem û Zîn“, „Nûbar“ und viele Gedichte (darunter auch Lobgedichte auf Allah und Mohammed) auf Kurdisch verfasst haben, daneben zahlreiche Gedichte auf Persisch, Arabisch und Türkisch, von denen aber nur wenige erhalten sind. Er ließ eine Moschee (gleichzeitig Schule) in seinem Namen bauen, er selbst ist neben dieser Moschee begraben.

In seinem Werk „Mem û Zîn“ beschreibt Ehmedê Xanî seine eigene Geburt:

Lewra ku dema ji xeybê fek bû
Tarîx hezar û şêst û yek bû
Îsal gihişte çil û çaran
Wî pêşrevê gunehkaran

Bedeutung:

Als er aus dem Nichts geschaffen wurde
Es war 1061
Dieses Jahr wird er vierundvierzig
Der Erste der Sünder

Hier ist zu entnehmen, dass Xanî im Jahre 1061 islamischer Zeitrechnung geboren ist, entsprechend 1650, 1651 u. Z. Er schreibt weiter, dass er 44 Jahre zählte, als er „Mem û Zîn“ beendete. 44 Mondjahre entsprechen zwar 43 Sonnenjahren plus 9 Monaten, aber da trotz der Zeitrechnung nach Mondjahren in Kurdistan der Gregorianische Kalender zur Bestimmung der Jahreswechsel benutzt wurde, wird davon ausgegangen, dass Xanî bei Vollendung von „Mem û Zîn“ 44 Jahre alt war. Dies bedeutet, dass er sein wichtigstes Werk im Jahre 1695 u. Z. zu Ende brachte.

Nach den Informationen, die Elaeddin Seccadî von Mele Salih erhielt, soll Ehmedê Xanî, Sohn von Ilyas, seine Beziehungen zu seinem Klan Xanîyan in Hekkarî nicht verloren haben, obwohl er in Beyazid lebte. Im Jahre 1650 oder 1651 ist Xanî in Beyazid geboren. Seine Ausildung fängt in sehr jungem Alter an. Er wird zur Schule und *Dîwanxane* (Schule, in der Schriftgelehrte lehren) geschickt. Als Jugendlicher besucht er die *Fikih*-Schule (in der islamische Rechtswissenschaft gelehrt wird). Er studiert auch Redekunst und Methodik, Syntax und Morphologie. Xanî besucht in Beyazid die *Muradiye*-Schule, dann geht er nach Urfa, Exlat und Bedlîs, wo er verschiedene Wissenschaften erlernt. Er wird in vielen Bereichen sehr gelehrt.

Weiter heißt es, Xanî sei ein gottgläubiger und frommer Mensch gewesen, er sei 1706 im Alter von 56 Jahren in Beyazid gestorben.

Xanîs Todesjahr hat Elaeddîn Seccadî aus einem Satz auf der letzten Seite eines „Mem û Zîn“-Manuskriptes abgeleitet: „Tara Xanî ila rabbihi“ bedeutet: „Xanî ist zu seinem Gott geflogen.“

Dieser Satz entspricht nach der Ebced-Rechnung (Darstellung von Zahlen aus arabischer Schrift) dem islamischen Jahr 1118, nach unserer Zeitrechnung 1706, 1707. M. Emin Bozarslan hat diese korrekt berechnet.

Über Xanî wissen wir übrigens, dass er, als er „Mem û Zîn“ vollendete, schon seit dreißig Jahren schrieb. Dies entnehmen wir auch „Mem û Zîn“:

Emma bi murekkeba qebaih
Rureş kirine gelek sefaih
Xetê te ye serniwîşt û sermeşq
Sih sale xetê xeta diket meşq

Bedeutung:

Aber mit der hässlichen Tinte
Besudelt er gar manches Blatt
Deine Linien, die Überschriften und Schreibübungen
Seit dreißig Jahren übt er das Zeichnen der Linien

Das heißt, dass er schon ab seinem vierzehnten Lebensjahr begonnen hatte zu schreiben, denn er vollendete „Mem û Zîn“ mit 44.

Woher Ehmedê Xanî stammt, ist nicht genau festzustellen. Manche behaupten, er stamme vom Klan Xanîyan, andere, er komme aus dem Dorf Xan in Colêmerg. Aber wir haben nur seinen Namen „Xanî“, das reicht nicht für eine genaue Bestimmung. Zum weiteren Werdegang Xanîs sagt Seccadî, er habe in Exlat, Urfa und Bedlîs studiert, was aber, auch wenn nicht fehlerhaft, dann doch unzureichend ist. Denn „Mem û Zîn“ können wir entnehmen, dass er Cizîra Botan sehr gut kennt. Die Städte, das gesellschaftliche Leben und die Landschaft dort sind ihm sehr vertraut. Dies zeigt uns, dass Xanî vor der Niederschrift von „Mem û Zîn“ eine lange Zeit in Cizîra Botan gelebt und eine wichtige Position in der Dîwan (Administration) des Fürsten hatte. Bemerkenswert ist außerdem, dass Xanî alle Dialekte des Kurdischen kennt, ihre

Unterschiede, wo sie gesprochen werden.

Ehmedê Xanî hat sein Werk „Mem û Zîn" in Beyazid vollendet. In dem Teil unter der Überschrift „Unsere Sorge" schreibt er, der Fürst seines Ortes stamme aus Rewend. Rewend heißt die Gegend um Beyazid. Xanî ist in Beyazid gestorben und dort gegenüber dem Palast Ishak Pascha begraben.

Xanî und Liebe

Einige kurze Passagen aus seinem Meisterwerk „Mem û Zîn" werden uns erläutern, was die Liebe für Xanî bedeutete. Sie handeln von der Liebe zwischen Mem und Zîn, der Schwester des Prinzen von Botan, die sich bei Newroz-Feierlichkeiten kennen lernten. Sie können aufgrund der Intrigen des Dieners des Fürsten, Beko, nie zueinander finden. Mem wird eingekerkert und stirbt später im Gefängnis, Zîn stirbt daraufhin wegen des Verlustes Mems. Xanî drückt das so aus: „Die liebenden Seelen, befreit von den bedeutungslosen Körpern, fanden zueinander." Der Diener Beko wird daraufhin von Tacdîn, dem besten Freund Mems, getötet.

Lassen wir Xanî selbst beschreiben, was er unter der Liebe versteht:

Ob es sich um Scheichs, Mollahs oder Prinzen
Gar um Gläubiger, Reiche oder Arme handelt

Es gibt niemanden, der nicht nach Schönheit strebt
Ebenso niemanden, der nicht nach Liebe sucht

Manche streben nach der göttlichen Liebe
Manche sind Käufer leerer Körper

In Wirklichkeit suchen alle dasselbe, einen Freund
Der einzige Unterschied ist ähnlich dem Unterschied von Gehirn und Haut

Nach Liebe also suchen für Xanî alle Menschen, nur auf ihre Art und Weise.

Damit Fremde nicht behaupten, dass Kurden
Ohne Geschichte und Kultur seien

Alle Völker besäßen Bücher
Allein Kurden zählten nicht dazu

Damit Böswillige nicht behaupten, dass Kurden
Sich die Liebe nicht zum Ziel gesetzt hätten

Allesamt seien sie nicht Suchende und Gesuchte
Weder Liebende noch Geliebte

Sie haben keinen Anteil am Verlangen nach Liebe
Sie wissen nicht von der wirklichen und metaphorischen Liebe

Hier stellt Xanî die Liebe als etwas Erstrebenswertes dar. Auch die Kurden haben für die Liebe Anstrengungen unternommen und Opfer gebracht, das will er mit seinem Akt des Schreibens festhalten.

Er weiß auch sehr gut die Liebe zwischen zwei Menschen darzustellen, selbst bis in erotische Einzelheiten:

Je mehr sie miteinander sprachen
Umso mehr brannten sie füreinander

Je mehr sie Zucker miteinander schmeckten
Umso mehr saugten sie an den Lippen

Je mehr sie zusammen Wein tranken
Umso mehr spielten sie miteinander

Augen und Lippen, Hals und Brüste
Gesichter, Kinnbacken und Ohrläppchen

Sie begehrten einzig einander
Sie küssten mal, mal bissen sie

Die mit den durstigen Lippen, durstig nach Liebe zueinander
Rochen einander an den Hälsen

Xanîs Werke

Mem û Zîn (Mem und Zîn): ein inhaltlich sehr reiches Liebesepos. Es werden die Unabhängigkeit (bezogen auf türkische und persische Fremdherrschaft), verschiedene Philosophien, Sufismus, Geschichte, Politik, Religion und damalige Gesellschaftsstrukturen in Kurdistan dargestellt, Probleme festgestellt und Lösungsvorschläge gemacht.

Nûbara Biçukan (Frühling der Kleinen): ein kurdisch-arabisches Wörterbuch. Xanî selbst sagt dazu, er habe es geschrieben, damit die kurdischen Kinder wenige Schwierigkeiten erleben, wenn sie wissenschaftlich lernen: „herçî bixwînit zehmetî nebîtin" (damit du, was immer du liest, keine Schwierigkeiten erlebst).

Außer diesen beiden hat Xanî „Eqîda Îmanê", „Eqîda Îslamê", „Fî Beyanî Erkanî Îslam" (religionswissenschaftliche, meist Prosa-Werke) und zahlreiche Dichtungen und Kurzgedichte auf Kurdisch, Persisch, Arabisch und Türkisch verfasst.

Bibliographie:

Balî, Awe; Antolojiya Helbestvanên Kurd (Die Anthologie der kurdischen Dichter), Istanbul 1992

Ciwan, Mûrad; Ahmedê Xanî, Istanbul 1997

Jaba, Aleksandr; Recueil de Notices et Recits Kourdes, St. Petersbourg 1860

Kurdo, Qanatê; tarîxa edebyata kurdî I (Die Geschichte der kurdischen Literatur), Stockholm 1983
– tarîxa edebyata kurdî II (Die Geschichte der kurdischen Literatur), Stockholm 1985

Sağniç, Feqî Huseyn; Dîroka Wêjeya Kurdî, Istanbul 2002

Seccadî, Elaeddin; Mejuy Edebiy Kurdi (Die Geschichte der kurdischen Literatur), Bagdad 1956

Uzun, Mehmed; Destpêka Edebiyata Kurdî (Die Anfänge der kurdischen Literatur), Ankara 1992

Xanî, Ahmedê; Mem û Zîn, Istanbul 1990 ♦

Mittlerweile gibt es eine große Anzahl von Musikclips aus den Bergen

Musikclips mit besonderem Wert für die kurdische Bevölkerung

Zine Melita

Kurden und Berge sind voneinander nicht wegzudenken. Nicht umsonst werden sie das Volk der Berge genannt. Und so haben sie ihren Namen auch von den Bergen, was auf Sumerisch „kur" heißt. Diese Berge haben ihnen Jahrtausendelang ihren Schoß geöffnet und sie so vor Gefahren beschützt. Denn Gefahren sind stets Teil im Leben des kurdischen Volks gewesen. Stets sahen sie sich gezwungen, sich in den beschützenden Schoß der Berge zu begeben. Berge, deren Erde ihre Farbe vom vielen Blut, mit dem sie gewässert worden sind, erhalten haben.

Und auch heute vertraut sich dieses Volk, das zu den ältesten im Mittleren Osten gehört, im Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung seinen Bergen an. Dabei sind die Berge jedoch nicht nur Schauplatz für Gewalt, die bis an den Tod reicht. Zwar werden sie noch immer mit Blut gefärbt. Aber zugleich wird in diesen Bergen neues Leben geschaffen. Und eben dies macht die besondere Beziehung zwischen den Kurden und den Bergen aus. Während die Berge dem Volk einerseits ihren Schoß öffnen, wird hier neues Leben geschöpft.

Akteure dieses neuen Lebens sind Guerillakämpferinnen und Guerillakämpfer. Es sind Menschen, die aus den verschiedensten persönlichen Lebensumständen heraus sich auf den langen Weg zu den Bergen gemacht haben und dort mit der Waffe in der Hand für die Freiheit ihres Volks kämpfen. Manche sind seit 15, 20 oder mehr Jahren dort, manche erst seit kurzer Zeit. Manche sind aus gebirgigen Dörfern gekommen, manche aus den Zentren der Urbanisierung. Sie alle eint, dass sie dort einerseits mit der Waffe kämpfen, andererseits aber zugleich entsprechend ihrer gesellschaftlichen Ideale ein neues Lebensmodell aufbauen.

Und so sind alle KämpferInnen zugleich auch Mitglied einer Gesellschaft, in der sich jede/r entsprechend der Möglichkeiten und ihrer/seiner Interessen am sozialen Prozess beteiligt. Ein Halil Dağ trägt neben seiner Waffe seine Kamera und dreht Filme, ein Mahir Aydin schreibt Romane, ein Ozan Serhat trägt seine Saz und eine Delila Meyaser trägt ihre Trommel und singt ihre Lieder der Freiheit ...



Internetseite des Musikclipsenders MMC http://www.mmc.tv/

Während das Leben und die Bedingungen in den Bergen für Außenstehende nur schwer vorstellbar waren und noch immer sind, können die Menschen mittlerweile zusammen mit der zunehmenden Nutzung technischer Mittel nun verstärkt in diese Welt der GuerillakämpferInnen eintauchen. Dies gilt vor allem für den musikalischen Bereich. Seit Jahren schon gibt es innerhalb der kurdischen Guerillaeinheiten Gruppen, die sich mit Musik beschäftigen. Manche singen, andere spielen Instrumente, die sie teilweise erst in den Bergen erlernen. Auch zuvor hat es schon den einen oder anderen Videoclip, zusammengestellt aus einfachen Aufnahmen aus den Bergen, gegeben. Die Videokamera ist hierbei das wichtigste Mittel. Denn obwohl die Guerillaeinheiten schon viel Unvorstellbares, wie beispielsweise das Drehen von Spielfilmen, umgesetzt haben, scheint die Errichtung eines Musikstudios eher unwahrscheinlich. Deshalb können diese von GuerillakämpferInnen geschriebenen, komponierten, gesungenen und gespielten Lieder nur über Videokameras aufgenommen und somit einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Man erinnere sich beispielsweise an Ozan Serhat, der in einer Höhle Saz spielt und über seine GenossInnen singt, die in Hewler gefallen sind. Oder an die junge Neval, die mit schüchternen Augen an der Kamera vorbeiblickt, während sie ihr Lied „Bêkes Mam" (Ich bin allein zurückgeblieben) singt. Auch sie ist wie Ozan Serhat gefallen. Aber Millionen von KurdInnen kennen sie und ihre unverwechselbare Stimme aufgrund des Glücksfalls, dass sie beim Singen gefilmt worden ist.

Mittlerweile gibt es eine große Anzahl von Musikclips aus den Bergen und diese Zahl nimmt weiter zu. Zugleich findet auch eine qualitative Entwicklung statt; sind die Aufnahmen und der Schnitt nicht mehr amateurhaft sondern konzeptuell ausgerichtet. Zugleich gibt es auch mehr Möglichkeiten, diese Clips anzuschauen. Die Musikvideos aus den Bergen laufen im kurdischen Musiksender MMC (*Mezopotamya Music Chanel* – http://www.mmc.tv/) rauf und runter, da sie die Liste der per SMS gewünschten Lieder anführen. Und auch in den verschiedensten Internetportalen sind sie zu finden.

Dies zeigt, dass die kurdische Bevölkerung diesen Videos einen besonderen Wert beimisst. Dies mag auch daran liegen, dass die kurdische Musik an einen Punkt gelangt ist, wo sie sich qualitativ weiterentwickeln muss. Dies wird von kurdischen Musiker/Innen immer wieder zur Sprache gebracht und war auch Feststellung der kurdischen Musikkonferenz in Amed im vergangenen Jahr. Vielleicht sind die GuerillakämpferInnen in diesem Punkt schöpferischer und kommen den musikalischen Ansprüchen der Bevölkerung eher nach. Aber zugleich muss gesehen werden, dass die Guerilla aus Sicht der Bevölkerung von unermesslichem Wert ist. Denn es sind ihre Kinder, Brüder, Schwestern, Mütter, Väter. Aus Sicht der Bevölkerung sind sie die KämpferInnen der Freiheit des gesamten Volks. Und so stellen diese Lieder aus den Bergen auch ein Kommunikationsmittel zwischen den KämpferInnen und der Bevölkerung dar, drücken die KämpferInnen in ihren Liedern ihre Sehnsüchte, ihre Träume, ihre Freuden und ihre Schmerzen aus. Die Berge selbst sind für viele KurdInnen Sehnsucht und jede Stimme, jede Melodie aus den Bergen stillt diese Sehnsucht und bringt ihnen die Berge näher. Und so sind diese Lieder auch immer – egal, wo sie von der Bevölkerung nachgesungen werden; ob in kurdischen Städten oder in türkischen und europäischen Metropolen – immer Lieder der Berge. ♦

Die Worte von Berfin

Halil Dağ, Botan

In Erinnerung an Halil Dağ veröffentlichen wir in dieser Ausgabe den zweiten Text seiner Botan-Reise-Serie. Halil drehte mehrere Filme in den Bergen und hielt für ihn wichtige Erlebnisse schriftlich fest. Damit gibt er uns einen wichtigen Einblick in das Leben der Guerilla in den kurdischen Bergen.

Als sie mich fragte: „Wer wird von uns erzählen?“, hatte die Abendsonne begonnen, ihre rote Farbe auf die Felsen des Herekol zu werfen. Ich fühlte, dass ich auf diese Frage, die unerwartet gestellt wurde, eine Antwort geben müsste. Sie wurde genau in einem Moment gestellt, als ich mich, bevor die Dunkelheit einbricht, zum Aufbruch vorbereitete. Wir hatten den ganzen Tag über viele Schriftsteller und über das, was sie gesagt haben, gesprochen, dass ich über diese Frage eigentlich nicht hätte staunen dürfen. Aber dennoch prallte die Frage von Berfin wie der Wind, der zwischen den Felsen des Herekol hervorstößt, mitten in mein Gesicht.

An diesem Tag spazierten wir die einzigartigen Steinkorridore dieses Berges entlang, der am Rande von Besta emporsteigt. Während wir redeten, legten wir gleichzeitig Zeichen aus Steinen, damit wir uns nicht verlaufen. Wir beide wussten nicht, dass unser Gespräch bei diesem Spaziergang unser letztes sein würde. In unserer Unterhaltung, die sich von Orhan Pamuk bis Marquez erstreckte, waren wir gezwungen, in diesen Korridoren, die ineinander übergingen, Pausen einzulegen, um uns auszuruhen. Während wir zum einen feststellten, dass der Erfolg der Schriftsteller, die des Nobelpreises für würdig erachtet werden, in ihrer Stärke liegt, ihr Volk richtig analysieren zu können, tranken wir von dem Wasser, das sich auf der Oberfläche der Felsen gesammelt hatte und nach Erde schmeckte.

Als sie meine riesige Tasche mit den Worten „Lass mich sie ein wenig tragen“ auf ihren Rücken warf und sich lächelnd schnell entfernte, dachte ich noch immer über die Antwort auf ihre Frage nach. Sie hatte die Gelegenheit, die sich ergab, genutzt, um meine Tasche zu schnappen. Nachdem ich mich über die Steinschale gebückt hatte, um von diesem nach Erde schmeckenden Wasser zu trinken, lief ich ihr nach. Ich wollte sie so schnell wie möglich einholen, um meine schwere Kameratasche – bei deren Tragen auch ich Schwierigkeiten habe – von ihr zurückzunehmen, bevor sie ermüdete.

Nach ein paar Minuten hatte ich sie erreicht und begann, hinter ihr herzulaufen. Mir war nicht entgangen, dass sie, nachdem sie mein Kommen bemerkt hatte, versuchte, den Anschein zu erwecken, als habe sie keine Schwierigkeiten, mit der schweren Tasche zu laufen. Ich konnte es nicht lassen, sie zu fragen: „Meine Tasche ist schwer, oder?“ Nach ihrer fertigen Antwort „Nein, es ist gar nicht so schwer, wie es aussieht“ beschleunigte sie ihre Schritte. Eine andere Antwort und Haltung wären ja auch von ihr nicht zu erwarten gewesen. Ohne etwas zu sagen, näherte ich mich ihr von hinten und griff meine Tasche. „Ich weiß, dass sie sehr leicht ist, aber ich will sie dennoch“, sagte ich. Wie erwartet wollte sie mir die Tasche nicht geben, aber auch ich ließ nicht nach.

Als wir an beiden Seiten an meiner Kameratasche zerrten, die nach einigen Tagen bei einem Gefecht in den Wäldern von Garisa total zertrümmert werden

sollte, gab ich auf dieselbe unerwartete Weise die Antwort auf ihre Frage:
„Ich werde von Euch erzählen."

Eine solche Antwort hatte sie nicht von mir erwartet. Auch ich nicht. Die Worte kamen von selbst über meine Lippen. Sie stutzte ... Ich stutzte … Sie schaute mich an, als würde sie fragen: „Kannst du über mich, eine Frau mittleren Alters, eine Frau, die über zehn Jahre in diesen Bergen ist, erzählen?" Das Abendrot der untergehenden Sonne schien in ihr vom kalten Wind verbranntes Gesicht. Im Nu schwiegen wir. Niemand von uns fand weitere Worte, nur das Sausen des heiteren Windes am Herekol war zu hören.

Während ich sie nach dem erbarmungslosen Gefecht zwischen den Stellungen, in denen ich sie zuletzt gesehen hatte, suchte, wusste ich tief in meinem Herzen, dass ich diesen Tagesausklang, dieses Gesicht und diese Worte, die sich tief in mein Gedächtnis gesetzt hatten, nie mehr werde vergessen können.

Still nahm ich meine Tasche auf den Rücken und machte mich auf den Weg, die sich verdunkelnden Felsen im Blick. Diesmal hatte ich die Gelegenheit ergriffen. Als ich ging, wusste ich, dass sie mir still folgte, und sofort dachte ich daran, ob meine Antwort angebracht war.

Es wird absonderlich klingen, aber ich weiß über sie nichts außer ihren Namen. Wer war sie? Wessen Augenlicht, wessen Tochter? Unter welchen Mutterhänden wurde sie aufgezogen, aus welchem Garten hat sie die Früchte von den Bäumen gepflückt? Auf welchen Straßen ist sie fröhlich gerannt, auf welcher Schulbank hat sie gesessen? Welches Lied hörte sie am liebsten, welche Gedichte trug sie mit Begeisterung vor? Hatte sie jemanden, den sie in ihrem Herzen verbarg, jemanden, den sie in der Vergangenheit zurückgelassen hatte? Es gibt unzählige Fragen, die über ihre Person gestellt werden könnten, aber ich weiß keine ihrer Antworten.

Ich weiß nicht, mit welcher Kühnheit ich zu sagen wagte: „Ich werde von Euch erzählen", obwohl ich doch weiß, dass die geheimnisvollsten Frauen diejenigen in den Bergen sind.



Halil mit seiner schweren Kameraausrüstung Foto: ANF

Wir begegneten Berfin zum ersten Mal in den Bergen und wir durchquerten dieselben Felsritzen. Wir hatten diese Reise, der ich den Namen „Schicksalsbund" gegeben habe, gemeinsam begonnen. Als wir die Grenzkette, die die türkische Armee mit fünfzigtausend Soldaten und Wärmebildkameras errichtet hatte, durchbrachen, waren wir auch zusammen. Als die Freunde unsere Gruppe in zwei aufteilten, waren wir zusammen und versäumten nicht, uns zuzulächeln, während wir schnell die Grenze überquerten. Auch sollten wir gemeinsam in die Hinterhalte des Feindes geraten, die auf uns lauerten.

Als wir den Sonnenuntergang vom Herekol am Felsrand, den kein Wind erreichte, beobachteten, erinnerte ich sie an das Foto, dass ich von ihr vor acht Jahren, in ihren ersten Jahren in den Bergen, geschossen hatte. Kaum hatte sich Berfin an das Foto erinnert, schon begann sie, so laut zu lachen, dass ihr Lachen zwischen den Felsen nachhallte und der Wind, der uns bis dahin nicht entdeckt hatte, uns im Nu fand.

„Sollte mir eines Tages etwas zustoßen, kannst du das Foto meiner Mutter schicken", konnte sie mit Mühe hervorbringen, während sie weiter lachte. Und fügte dann hinzu: „Das ist mein Foto, wo ich am meisten wiege. Wer weiß, wie sehr sie sich freuen wird, wenn sie mich so sieht."

Erst nach achtzehn Tagen erbarmungsloser Gefechte in den Garisa-Wäldern erhielt ich die erste Information über Berfins Gesundheitszustand. Als die Gefechte begannen, war sie unser Posten, und folglich kam sie als erste mit dem Feind in Berührung. Während die Spezialeinheiten mit aller Kraft unseren Posten angriffen, schallten die hässlichen Rufe der verdammten Dorfschützer, die gemerkt hatten, dass unser Posten eine Frau ist, in den Himmel. Auch wenn ich durch die Schüsse aus ihrem Aufenthaltsort wusste, dass sie lebte, hatte ich sie das letzte Mal gesehen, als ich ihr wenige Minuten vorher den Posten übergeben hatte.

Die spontane Antwort „Ich werde von Euch erzählen" hatte mein Herz von Tag zu Tag zu einer größeren Last werden lassen, bis ich nach achtzehn Tagen erfuhr, dass Berfin verletzt die Freunde erreicht hatte.

Dieses Versprechen hatte wohl auch einen großen Anteil daran, dass ich die Gefechte überlebte. Der einzige Gott für diejenigen, die in den Bergen leben, dem wir den Namen „Natur" gegeben haben, hatte mir noch einmal mein Leben geschenkt, damit ich all das, dessen Zeuge ich geworden bin, erzählen kann.

In diesen Tagen, in denen sich der Herbst sehr bemerkbar macht und die Guerilla sich auf harte Gefechte in Botan vorbereitet, sitze ich an einem abgelegenen Platz in der Natur und kann nur so viel über Berfin schreiben. Ich bin mir bewusst, dass das, was ich hier über sie erzählen konnte, unbedeutend wenig ist im Vergleich zu dem, was sie erlebt hat. Aber dass sie noch am Leben ist, hat meine Seele, wenn auch nur einen Hauch, beruhigt und ich habe, so weit es mir möglich war, das, was in mir war, in diese Zeilen gegeben. ♦

Rodi Khalil:

Meine Bilder zeigen Elemente vielfältiger Kulturen

Wolfgang Struwe



Vor über einem Jahr eröffnete der kurdische Künstler Nuri Aslan die Galerie *Enlil* in Hamburg-Eppendorf. Neben Ausstellungen verschiedenster KünstlerInnen bietet Nuri Aslan auch Zeichenkurse für Kinder und Erwachsen in den Räumlichkeiten seiner Galerie an.

Vom 19.04. – 31.05.2008 stellt der Künstler Rodi Khalil seine Werke in der Galerie *Enlil* aus.

Rodi Khalil wurde in Tal Hedat 1973 geboren, ein kleiner Ort im Südwesten Kurdistans, der syrische Teil. Er stammt aus einer großen, künstlerisch tätigen Familie. Nach seinen Angaben fing er schon als Kind mit dem Malen an. Da der Familie nur wenig Geld zur Verfügung stand, stellte er, wie auch heute noch, seine Farben selber her. Er zeichnete in den Sand oder er malte an die Häuserwände, was ihm immer wieder Ärger einbrachte.

Bis 2003 lebte er in Damaskus. Dort besuchte er auch die Kunsthochschule, die er 98/99 abschloss. Doch legal arbeiten konnte er in dem Land nicht. Als einer von Hunderttausend staatenlosen Kurden gab es auch für ihn keine Arbeitspapiere, so dass er trotz akademischer Ausbildung nur ohne Papiere arbeiten konnte. Er arbeitete als Bühnenbildner am Theater von Damaskus, fertigte Dekorationen für verschiedene in Syrien ausgestrahlte Fernsehfilme an.

Seine Bilder zeigen die Schönheiten seiner Kultur, sie sprechen von dem Wunsch nach Freiheit und Frieden, der Hoffnung auf ein Leben ohne Unterdrückung – Männer und Frauen gemeinsam tanzend, singend. „Aber meine Bilder zeigen zugleich auch Trauer, Hunger und Unterdrückung. Auch das gehört dazu: Ich komme aus einem Land der Mythen und der Unterdrückung. Diese Mythen stellen für mich eine Verbindung zur Gegenwart dar. Sie bieten mir Themen, die mich fesseln und die ich als zeitlos ansehe. Ich möchte eine Brücke von der Vergangenheit zur Gegenwart bauen für alle Menschen heute, die dafür aufgeschlossen sind.“ So beschreibt er selbst seine Bilder auf seiner Internetseite: „Meine Bilder zeigen Elemente vielfältiger Kulturen: denen der Assyrer, Meder, Marer, zu deren Nachfolgern wir gehören. Die reiche Symbolik, die in ihnen steckt, und ihre Geisteswelt möchte ich auf die Gegenwart übertragen. Dieser Reiz steht hinter meiner Malerei. Der Reichtum dieser Tradition ist tausendfach in meinem Denken vorhanden. Hier möchte ich vermitteln – nicht zuletzt durch Ausdruck von Frieden und Liebe.“

Seine Bilder sind sehr beeindruckend. Von den Themen, den Farben her – oft dunkel, erden – strahlen sie Ruhe aus. Sie sind wie die Erde, auf der er geboren ist, sagt er: „In der Gegend ist es nur sehr kurz grün, dann ist alles von der Sonne verdorrt, die Häuser, die Erde, dunkel, braun. Dort hab ich auch mit dem Malen angefangen, ich hab in der Erde gemalt oder an die Häuser. Dadurch hab ich natürlich auch viel Ärger bekommen. Aber es gab nur wenig Papier oder auch keine Farben, weil dies alles zu teuer war. Wir waren arme Menschen, hatten keine Arbeit...“

Seine Farben mischt er immer noch selbst. Es sind zu 75 % Naturfarben, auf der Basis von Ton, Olivenöl, Eiweiß und Baumharz, vermischt mit Farbpigmenten. Er malt fast hauptsächlich auf Leinwand, manchmal auch direkt auf Holz.

Mit seinen Bildern ist er schon in vielen Ländern gewesen, in großen Städten wie London, Beirut, Kuwait und New York, aber auch in kleinen Ortschaften und Städten wie im Wendland oder in Oldenburg, wo er lebt und wo er auch gern mit Schulkindern künstlerisch zusammenarbeitet.

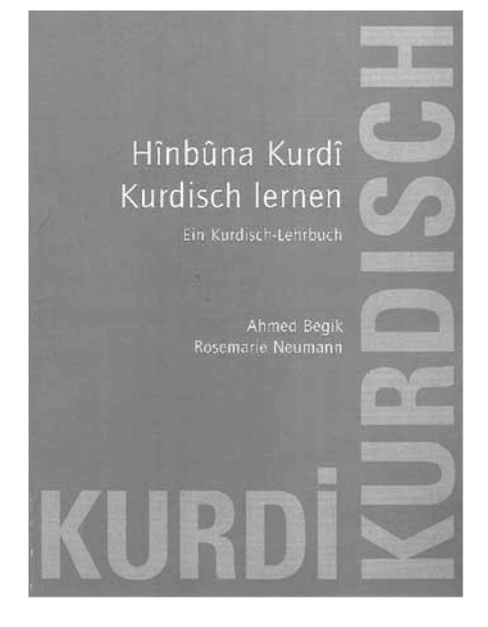
Als nächstes werden seine Bilder in Spanien zu sehen sein. Nach Hamburg kommt er erst wieder 2009. Er bekam vom Kulturhaus in Eppendorf eine erneute Einladung, nachdem seine Ausstellung dort 2006 so gut angekommen war.

Wer Kontakt mit ihm aufnehmen möchte, kann dies über seine Internetseite tun.
Rodi Khalil: www.rodi-khalil.de
Galerie *Enlil*: www.galerie-enlil.de ♦

„Hînbûna Kurdî Kurdisch lernen“

Reimar Heider

Obwohl es einige Lehrbücher der kurdischen Sprache gibt, hatten diese in der Vergangenheit stets mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Keines war darunter, das man uneingeschränkt empfehlen konnte. Deshalb wird hin und wieder der Versuch unternommen, ein neues Lehrbuch auf den Markt zu bringen. Mehr durch Zufall stieß ich auf das kürzlich erschienene „Hînbûna Kurdî - Kurdisch lernen“ von Ahmed Begik und Rosemarie Neumann.



Das Buch kommt in einer spartanischen Gestaltung daher, auf 240 DIN A4-Seiten finden sich kaum Abbildungen, und die vorhandenen sind aus anderen Lehrbüchern übernommen. Dagegen enthält es sonst alles, was man sich von einem Lehrbuch wünschen kann: Dialoge, Lesetexte, intelligent gestaltete Übungen, Konjugationstabellen, Wörterlisten deutsch-kurdisch und kurdisch-deutsch und sogar einen Grammatikindex. Man merkt auf den ersten Blick: Dies sollte ein Allroundbuch werden, mit besonderem Schwerpunkt auf Dialogen und der Vermittlung der Grammatik.

Die Zielgruppe des Buches ist nicht ganz offensichtlich. In den Aufgaben werden die LeserInnen durchgehend gesiezt, auf die Frage „Wie alt bist Du?“ stehen allerdings nur die Zahlen 1–12 zur Verfügung. Auch die äußerst spärlichen Abbildungen sind Kinderbüchern entnommen.

Andererseits sind viele Erläuterungen der grammatischen Konstruktionen recht anspruchsvoll gehalten und keineswegs kindgerecht.

Tatsächlich betont schon das Vorwort die besondere Situation des Kurdischlernens. Oft sind keine Kurse vor Ort, viele Lernende sind weitgehend auf sich allein gestellt. Bekannt ist auch die Situation, dass MuttersprachlerInnen eine bestimmte grammatische Konstruktion zwar kennen, aber nicht ausreichend erklären können. „Hînbûna Kurdî“ leistet in dieser Hinsicht hervorragende Arbeit. Ich kenne kein anderes Lehrbuch, welches die Grammatik so ausführlich und gut erklärt. Dabei wimmelt es allerdings von lateinischen Fachbegriffen.

Leider enthält das Buch viele unnötige Fehler und Ungenauigkeiten. „Hînbûna Kurdî“ ist wahrscheinlich das einzige Lehrbuch, das es fertigbringt, auf der Titelseite einen Rechtschreibfehler im Buchtitel zu enthalten (KURDİ statt KURDÎ). Bedeutender ist ein Fehler in der Aussprachetabelle: Das erste „i“ in Mizgîn wird mit dem „I“ im deutschen Wort „Insel“ gleichgesetzt, was bei Anfängern für erhebliche Verwirrung sorgen dürfte. Auch bei „r“ und „x“ sind die Erklärungen mangelhaft. Obwohl das „x“ dem deutschen „ch“ in „Bach“ oder „machen“ entspricht, sehen die Autorinnen „kein Vorbild im Deutschen“.

Kurdisch ist noch nicht standardisiert, deswegen gibt es gerade in Fragen der Rechtschreibung viele Diskussionen. Trotzdem zeichnen sich in vielen Fragen seit einigen Jahren de-facto Konventionen ab, die für die meisten kurdischen Presseorgane gelten. So verwenden beispielsweise mittelerweile alle Neuerscheinungen das Standardalphabet, was in Petra Wurzels „Rojbaş“ und Ludwig Pauls „Kurdisch Wort für Wort“ noch nicht der Fall ist. Leider verlässt „Hînbûna Kurdî“ diesen Konsens jedoch an anderen Stellen und schreibt beispielsweise „gotîye“ statt „gotiye“, „zman“ statt „ziman“, „dixweynim“ statt „dixwînim“ und „Tirk“ statt „tirk“. Schlimm daran ist vor allem, dass anders als bei grammatischen Varianten kein Hinweis auf die verbreiteteren Varianten erfolgt.

Der Wortschatz ist überwiegend praxisnah und gut gewählt, einige Wörter wie „canik“ (Dame) sind allerdings kaum geläufig, wie mir zwei Muttersprachlerinnen bestätigten.

Die Kritikpunkte sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die AutorInnen mit „Hînbûna Kurdî“ ein solides Lehrbuch vorgelegt haben, das vielen Ansprüchen gerecht wird. Für Erwachsenenkurse besonders an Universitäten und zur Vertiefung von bereits Gelerntem kann ich „Hînbûna Kurdî“ empfehlen, ebenso als Kurzgrammatik, da die Grammatik von Bedirxan praktisch nicht erhältlich und sehr ausführlich ist. Zusammen mit Übungsbuch und Vokabelliste erhält man für 18 Euro einen Band, der alles Nötige enthält.

Herausgeber des Buches ist der in Köln ansässige Verein „Eine Schule für Kurdistan e. V.“ zusammen mit „Neue Deutsche Schule“, dem Verlag der GEW Nordrhein-Westfalen.

Zu bestellen ist es bei „Eine Schule für Kurdistan e. V.“, Glockenblumenweg 4, 51061 Köln, zum Preis von 18,– Euro. Die ISBN lautet 978-3-87964-311-0 ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

- Bestellschein -

Hiermit bestelle ich den Kurdistan Report für sechs Ausgaben. Wenn ich den Kurdistan Report nicht mit der vorletzten Ausgabe kündige, verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr. Das Abonnement kostet für sechs Ausgaben 15,– Euro plus Portokosten. Die Bezahlung erfolgt per Rechnung.

Den Bestellschein bitte senden an:
Kurdistan Report
c/o ISKU
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
oder einfach eine E-Mail an: k.report@gmx.de

Ich bestellen den Kurdistan Report an folgende Adresse:

Name

Vorname

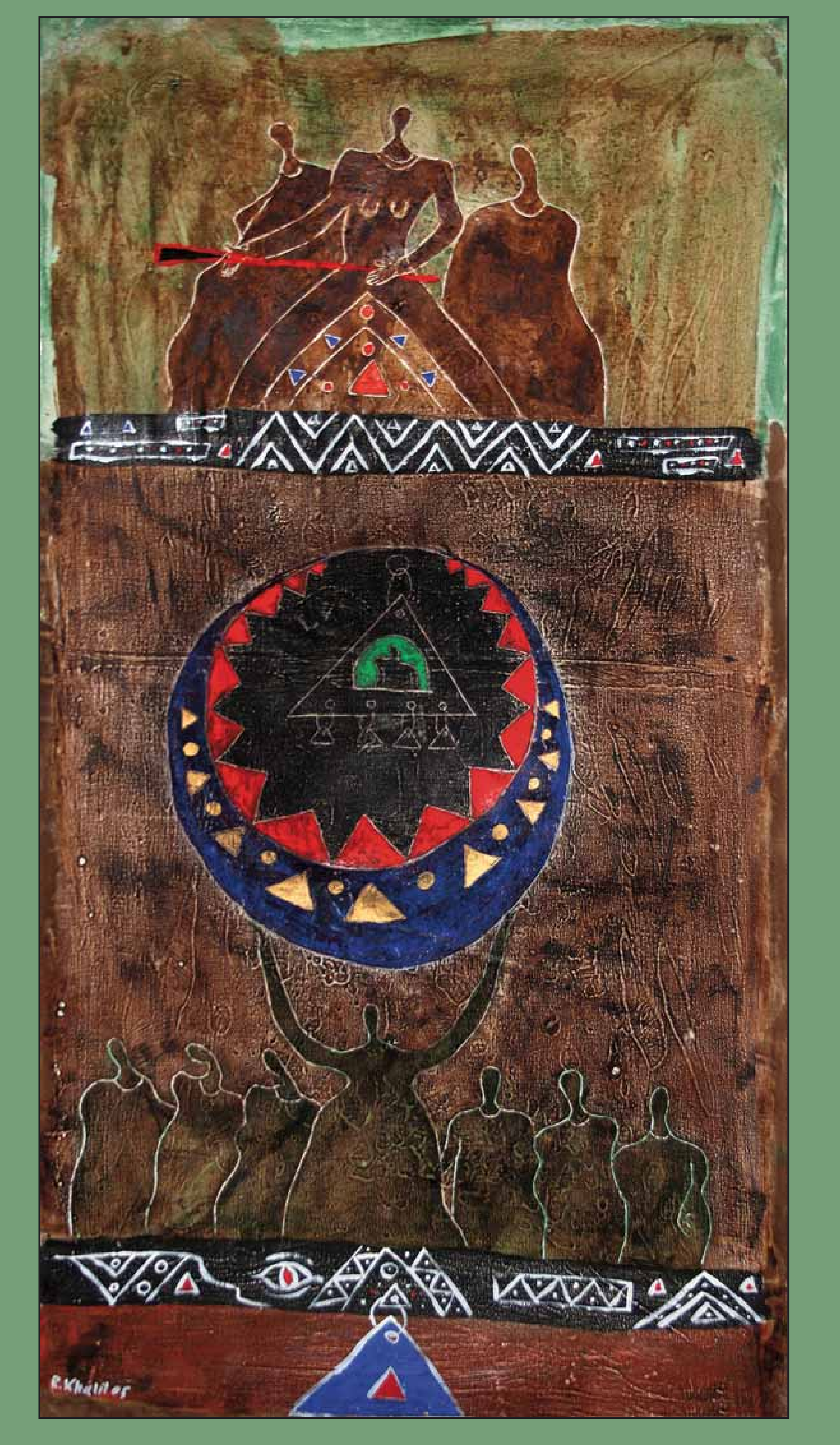
Straße

PLZ/Wohnort

Tel./Fax

E-mail

Datum und Unterschift



ISSN 0935-5375